



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Maßnahmen zur Standortverbesserung von
Gemeinden am Beispiel Audit
„familienfreundliche Gemeinde“

Verfasserin
Carina Rumpold

angestrebter akademischer Grad
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300
Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuer: Priv.-Doz. Dr. Karin Liebhart

Inhalt

Inhalt.....	3
Vorwort	5
Einleitung	7
Der Begriff „Familie“.....	10
Demografische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Österreich und der EU.....	14
Demografische Entwicklungen in der EU	14
Altersstruktur Europas.....	17
Demografische Entwicklungen in Österreich.....	18
Eheschließungen und Ehescheidungen	20
Natürliche Bevölkerungsbewegung: Fertilität, Geburten, Kindersterblichkeit.....	23
Lebenserwartung und Alterung	24
Binnenwanderung.....	26
Haushalte.....	29
Resümee	31
Rational Choice und das Individuum	33
Entscheidung	34
Gibt es eine objektiv rationale Entscheidung?	36
Rational-Choice auf der Makro-Ebene.....	37
Zusammenfassung der in der Arbeit verwendeten Auffassung der Rational Choice-Theorie	38
Das Audit <i>familienfreundlichegemeinde</i>	40
Die Gemeinden und das Audit	42
Schritte bis zur familienfreundlichen Gemeinde	43
BürgerInnenbeteiligung	49
Erhebung und Auswertung der Daten – Erklärung zur Methode	51
Auswertungsmethode	54
Die ausgewählten Gemeinden im Detail	55
Deutsch Schützen-Eisenberg.....	59
Moosburg	60
Kaumberg.....	61
Weissenbach an der Triesting.....	63
Frankenmarkt	65
Hallwang	66
Mühlbach am Hochkönig	68
Gabersdorf	69

Weinburg am Saßbach.....	71
Bludenz.....	73
Analyse der Motive der Gemeinden beim Audit <i>familienfreundlichegemeinde</i> mitzumachen.....	76
Auswertung der familienfreundlichen Maßnahmen.....	83
Auswertung der Fragebögen zu den Maßnahmen und Effekten der Teilnahme am Audit <i>familienfreundlichegemeinde</i>	94
Steigerung der Lebensqualität durch das Audit <i>familienfreundlichegemeinde</i> ?	94
Welche Maßnahmen waren erfolgreich und welche weniger?.....	97
Gibt es aufgrund des Audits mehr Geburten, Hauptwohnsitze, Familien oder Zuwanderung?	100
Conclusio.....	105
Anhang	111
Fragebogen zur Diplomarbeit über das Audit <i>familienfreundlichegemeinde</i>	121
Abkürzungsverzeichnis	126
Literaturverzeichnis.....	127
Grafiknachweise.....	133
Bildnachweis	136
Tabellenverzeichnis.....	137
Verzeichnis des Anhangs	138
Gemeindehomepages.....	140

Vorwort

Im Rahmen dieser Diplomarbeit hatte ich ein anderes Vereinbarkeitsproblem, als ich es hier in der Diplomarbeit anspreche. Die Vereinbarkeit von Studium und Vollzeitarbeit war schwierig, weswegen ich meiner Familie, meinen KollegInnen und meiner geduldigen Betreuerin Dr.ⁱⁿ Karin Liebhart zu besonderem Dank verpflichtet bin.

Gar nicht genug danken kann ich meiner Mutter, die mir mit viel persönlichem Verzicht ein Studium ermöglicht hat, obwohl ich aus keiner Akademikerfamilie stamme. Sie hat immer an mich geglaubt und mich, auch wenn die Jahre meines Studiums im privaten Bereich alles andere als leicht waren, stets ermuntert weiter zu machen. Danke, an deine Ideen, deine Unterstützung und dein offenes Ohr, wenn ich jemanden zum „Ausheulen“ brauchte.

Auch auf meinen Bruder, der mich bei den technischen Fragen immer unterstützt hat, und der mir am Ende den nötigen Freiraum für die Fertigstellung der Diplomarbeit freigeschaufelt hat, möchte ich „danke“ sagen. Meine beste Freundin Daniela möchte ich an dieser Stelle auch nicht vergessen, denn mit viel Geduld hat sie mir Tipps und Ratschläge gegeben, und hat mich angespornt, die Diplomarbeit in dieser kurzen Zeit doch noch zu schaffen.

Zum Schluss möchte ich meinen Kolleginnen beim Österreichischen Gemeindebund Mag. Anna Nödl-Ellenbogen und Heike Trammer danken, die mir mit Ihrem reichen Erfahrungsschatz rund um das Audit *familienfreundliche Gemeinde* bei meinen zahlreichen Fragen immer beratend zur Seite gestanden sind.

Ich widme diese Arbeit meiner Großmutter, die leider eineinhalb Jahr vor der Fertigstellung dieser Arbeit verstorben ist. Ohne dich wäre ich gar nicht so weit gekommen zu studieren.

Danke!

Einleitung¹

Die Entwicklung der Bevölkerung einer Gemeinde hängt unmittelbar mit der Entwicklung der Gemeinde als Ganzes zusammen, denn nicht nur die Ertragsanteile, durch die sich die Gemeinden neben den Erträgen aus den eigenen Steuereinnahmen wesentlich finanzieren und die pro EinwohnerIn berechnet werden, sondern auch die Altersstruktur entscheiden über die positive oder eine negative Zukunft einer Gemeinde. Gerade junge Menschen stellen für Gemeinden einen sehr wichtigen, auf längere Zeit an die Gemeinde gebundenen Bestandteil dar, wenn sie sich entscheiden, Kinder zu bekommen, da auf deren Leistung, sowohl in Hinblick auf die Wirtschaft, als auch auf sonstige Beiträge zur Gemeinschaft einer Gemeinde wie gesellschaftliches Engagement im Rahmen von Freiwilligenarbeit, gezählt werden kann. Neben der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen ist natürlich auch das Angebot für alle Formen von Familien wichtig, wenn sich Menschen gerade in einem neuen Lebensabschnitt, wie dies beispielsweise die Geburt eines Kindes darstellt, für oder gegen eine Gemeinde als Wohnort entscheiden müssen.

Gibt es – vereinfacht ausgedrückt – immer weniger junge und immer mehr ältere Menschen, so werden die Gemeinden, die auch für immer weniger BürgerInnen eine entsprechende Infrastruktur bereitstellen müssen, jedoch immer weniger Anteil an den Ertragsanteilen aufgrund der schrumpfenden Bevölkerungszahl bekommen, auf lange Sicht vor eine harte Probe gestellt. Doch nicht nur die natürliche Bevölkerungsbewegung, sondern auch Abwanderung macht vielen Gemeinden stark zu schaffen, wie im ersten Teil dieser Diplomarbeit dargestellt wird. Trotz dieser Entwicklung ist es für die Gemeinschaft einer Gemeinde elementar wichtig, dass alle Altersgruppen eine möglichst ideale Lebensbasis vorfinden. Egal welche Alters- oder Gesellschaftsgruppe, jede ist für eine funktionierende und sich positiv entwickelnde Gemeinschaft in einer Gemeinde wichtig.

Theoretisch kann in dieser Umbruchssituation einer Gemeinde nur ein Standortvorteil helfen, einer negativen Entwicklung (wie mehr Arbeitslosigkeit, einer sich daraus ergebenden Abwanderung von Betrieben, keiner Zukunftsaussichten für Menschen, die sich gerade in den Erwerb begeben oder schon lange im Erwerbsleben stehen; oder ältere, sich nutzlos vorkommende Menschen; einem fehlenden Zusammenhalt unter den BürgerInnen) ein Ende zu setzen.

¹ Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Obwohl es viele Prozesse, wie die Gesunde Gemeinde, die seniorenfreundliche Gemeinde, Klimabündnisgemeinden, E5-Gemeinden, gibt, die Gemeinden helfen sollen gewisse Standortvorteile zu entwickeln, ist das Audit *familienfreundlichegemeinde* der Prozess, der erstens die meisten GemeindebürgerInnen einbindet, zweitens am besten durchdacht ist, was das Konzept betrifft und der drittens die meisten Veränderungen verspricht. Das Audit *familienfreundlichegemeinde*, das durch das Bundesministerium für Familie ins Leben gerufen wurde und seit 2009 vom Österreichischen Gemeindebund mitgetragen wird, verspricht, dass eine Gemeinde im Rahmen eines Prozesses einen Standortvorteil entwickeln kann². Doch inwiefern ist dies auch durch Zahlen nachvollziehbar? Steht die Demografie auch im Zentrum der Motive der Gemeinden, beim Audit mitzumachen, oder haben sie andere Gründe familienfreundlicher zu werden?

Diesen Einzelfragen steht die große Frage gegenüber: Ist das Audit *familienfreundlichegemeinde* das geeignete Instrument, um die Zukunft einer Gemeinde langfristig abzusichern? Sprich: Kann das Audit dazu beitragen, eine positive Entwicklung in Richtung mehr EinwohnerInnen bei einer Abwanderungsgemeinde hervorzurufen und die gute Entwicklung einer Zuzugsgemeinde abzusichern?

Um diese zentrale Forschungsfrage zu beantworten, muss zunächst geklärt werden, welches Familienbild in dieser Arbeit vertreten wird. Um die Veränderung der demografischen Struktur in den Gemeinden analysieren zu können, wird im darauffolgenden Kapitel gezeigt, wie sich Österreich (auch im europäischen Feld) in der Vergangenheit, der Gegenwart und der

² Siehe 17 Erfolgsfaktoren des Audit *familienfreundlichegemeinde*, Homepage des Österreichischen Gemeindebunds, (<http://www.gemeindebund.gv.at/schwerpunkt.php?id=28&m=4&sm=19&PHPSESSID=7b9cbaecf68e8d84fcc73ea2dc3d115e>); erhoben am 2. Dezember 2011

1. Es ist eine Entwicklungsstrategie
2. Es ist ein Evaluierungs- und Controllinginstrument
3. Es ist ein Regionalentwicklungsprojekt
4. Es unterstützt die Gemeinden bei der objektiven Bestandsaufnahme ihrer familienfreundlichen Angebote
5. Es unterstützt die Gemeinden bei der Festlegung von bedarfsgerechten familienfreundlichen Maßnahmen
6. Es fördert die Identifikation der Bürger/innen mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Generationen
7. Es fördert die Freiwilligenarbeit
8. Es fördert die Bürgerbeteiligung
9. Es fördert das überparteiliche Miteinander
10. Es fördert die Kommunikation
11. Es erhält die Vielfalt
12. Es erhöht die Lebensqualität in der Gemeinde
13. Es aktiviert das soziale Kapital
14. Es aktiviert die Jugend
15. Es stärkt den Wirtschaftsstandort Gemeinde
16. Es stärkt die lokale Identität
17. Es stärkt das soziale Kapital der Gemeinden

Zukunft gestaltet hat bzw. gestalten wird. Dieser Teil bildet die Ausgangsbasis für die weitere Analyse der Veränderungen durch das Audit *familienfreundliche Gemeinde*. Nach einer eher kurz gehaltenen Vorstellung des Audit *familienfreundliche Gemeinde* (dem Aufbau und dem Ablauf) werden die für die Analyse ausgewählten Gemeinden, die bis auf eine, den Prozess schon mindestens einmal abgeschlossen haben, vorgestellt. Dies bildet die Grundlagen für die Analyse der Motive, der Maßnahmen, der persönlichen Einschätzung des Erfolgs, oder Misserfolgs der Maßnahmen und die Einschätzungen über die demografischen Entwicklungen. Somit macht den größten Teil der Arbeit die qualitative Auswertung der bei den Motiven und Maßnahmen vorhandenen Daten, sowie der durch den Fragebogen selbst erhobenen Daten aus.

Dieser umfangreichen Analyse liegt die Annahme zugrunde, dass durch die Umsetzung des Audit *familienfreundliche Gemeinde*, bei dem es sich um einen mehrjährigen Prozess handelt, ein Unterschied in der demografischen Struktur der Gemeinden in Richtung mehr EinwohnerInnen oder mehr Geburten nachweisen lässt.

Den theoretischen Rahmen für die Analyse bildet die Rational Choice Theorie, da davon ausgegangen wird, dass die persönliche Kosten-Nutzen-Rechnung jedes einzelnen durch BürgerInnenbeteiligung in größtmöglicher Akzeptanz der familienfreundlichen Maßnahmen mündet, wodurch schlussendlich ein Standortvorteil für die Gemeinde entstehen kann.

Der Begriff „Familie“

„Familie“ wird im Rahmen dieser Diplomarbeit der zentrale Begriff sein. Deswegen ist es umso wichtiger, die Verwendung des Begriffs in dieser Arbeit vorab zu klären. Wie im Laufe dieses Kapitels herauskommen wird, gibt es viele Wege, Familie zu definieren.

Der Begriff „Familie“ hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. So verstand man beispielsweise in römischer Zeit noch etwas anderes darunter, als 1900. Erst langsam kristallisierte sich der Begriff der „Kernfamilie“ heraus, die „maximal zwei bis drei Generationen einschließt“³ und sich erst in den modernen Gesellschaften als die dominierende Form des menschlichen Zusammenlebens entwickelt hat. Ursprünglich bedeutet dieser Begriff die Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern. Grundsätzlich bildete die Ehe die Ausgangsbasis für die Kernfamilie.

In der Statistik wird dieser Begriff auch recht eng gefasst, wie Rainer Münz und Albert F. Reiter im Rahmen des Familienberichts 1999-2009 feststellen:

„Familien lassen sich – anhand amtlicher Daten – nur als verwandte Personen im gemeinsamen Haushalt analysieren.“⁴

Dass die Kernfamilie sich im Laufe der Zeit gewandelt hat, spiegelt auch das österreichische Recht wider, das „*Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie auch alleinerziehende Elternteile mit ihren nicht im Haushalt lebenden Kindern*“⁵ kennt. Demnach entscheidet nichtmal mehr in juristischer Sicht der Familienstand über das „*Vorhandensein oder Fehlen einer Familie*“⁶.

Für die beiden Autoren des ersten Kapitels des letzten österreichischen Familienberichts gibt es jedoch mehr als diese Form der verwandschaftlichen Familie. Sie definieren Familie eher über Beziehungen. Gerade im Rahmen von Patchwork-Familien zählt nicht die Verwandtschaft zwischen den einzelnen „Familienmitgliedern“, sondern die Beziehung

³ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 39

⁴ Ebds., S. 39

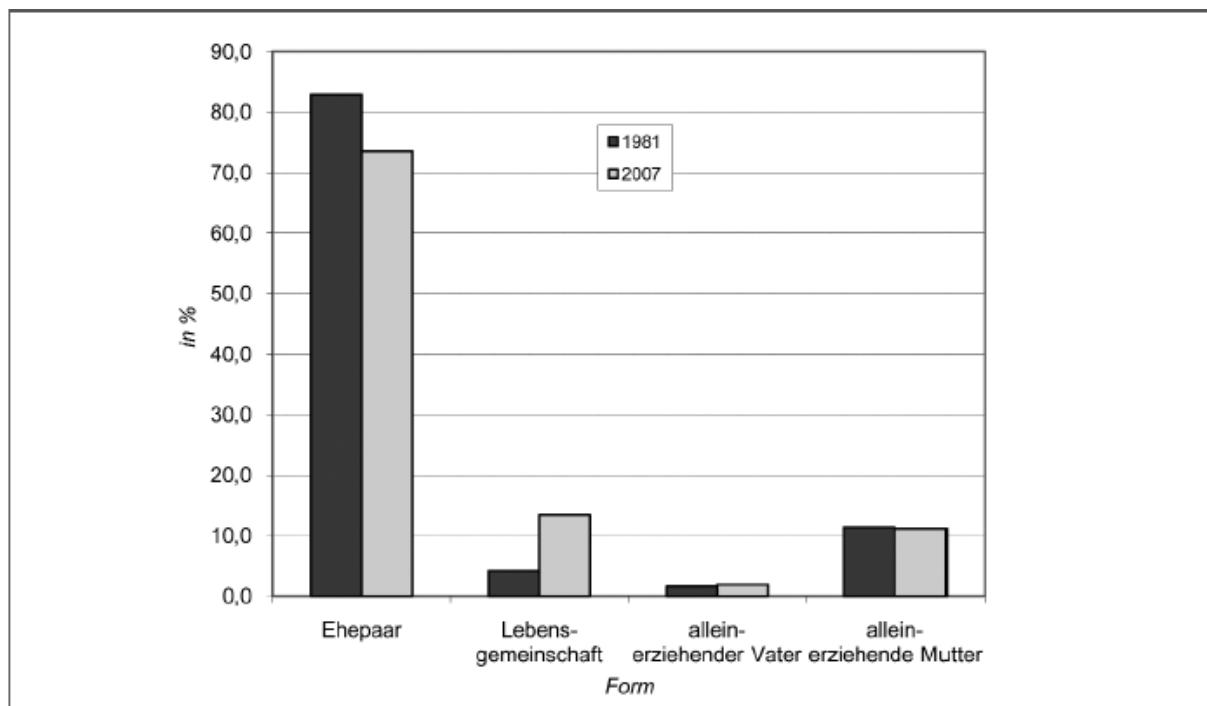
⁵ Ebds., S. 39

⁶ Ebds., S. 39

zueinander. So führen es die beiden Autoren auf die bewusste Entscheidung der Individuen zurück, was als Familie gilt, und was nicht.⁷

Auch die Demografie weist eindeutig auf eine Veränderung im Bereich der Familienformen hin, wie diese Grafik, die den Vergleich zwischen den Daten von 1981 und 2007 zeigt:

Grafik 1: Familienformen 1981-2007



Quelle: VZ und MZ

Auch Andreas Lange und Renate Kränzl-Lange thematisieren im Familienbericht 1999-2009, dass sich der Begriff der Familie in den letzten Jahrzehnten, und ganz besonders in jüngerer Zeit gewandelt hat:

„Prinzipiell lässt sich eine Tendenz hin zu einem erweiterten Familienbegriff erkennen, wobei sich diese Erweiterungen sowohl in zeitlicher Hinsicht (etwa in lebenslauftheoretischen bzw. familienbiografischen Arbeiten) als auch in räumlicher Hinsicht (Abkehr vom haushaltsbezogenen Familienbegriff und Hinwendung zu einem Verständnis von Familie als einem multilokalen, generationenübergreifenden Netzwerk, das auf Solidarbeziehungen basiert, zeigen.“⁸

⁷ Siehe Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 40

⁸ Lange, Andreas; Kränzl-Nagl, Renate: „Familie im Spiegel öffentlicher Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 112/113

Da das Audit *familienfreundliche Gemeinde* einen noch weiteren Familienbegriff verwendet: „Die Gemeinde ist Familie“⁹ wird auch im Rahmen dieser Diplomarbeit ein sehr weiter Familienbegriff verwendet. Immerhin umfasst das Audit Maßnahmen für die traditionelle Kernfamilie, zur Integration, für ältere Menschen, aber auch zum intergenerationellen Austausch. Somit basiert der Familienbegriff in dieser Diplomarbeit dem Verständnis von Lange und Kränzl-Nagl, demzufolge Familie ein multikulturelles, generationenübergreifendes Netzwerk ist, das auf Solidarbeziehungen basiert. Allerdings ist wichtig, festzuhalten, dass dieser Begriff von den Menschen selbst konstruiert wird und sich den jeweiligen Anforderungen an die Zeit anpasst.

Mit der Erkenntnis dieser veränderten Situation auch in der Politik, tritt zunehmend ein Wandel der Infrastruktur rund um die Familien ein. Ging man in der Kernfamilie noch vom „brotverdienenden“ Vater und der Kinder-versorgenden Mutter aus, so wandelt sich dieser mit der zunehmenden Gleichstellung der Frau im Erwerbsleben. Nicht nur, dass zunehmend das *wissenschaftliche Interesse auf den Wert der Hausarbeit*¹⁰ gelenkt wird, auch der politische Diskurs passt sich der veränderten Definition von Familie an¹¹. Dies zeigen die beiden AutorInnen am Beispiel der Kinderbetreuung auf:

„Die außefamiliale Kinderbetreuung mit all ihren unterschiedlichen Facetten (ab welchem Alter, in welchem Ausmaß usw.) zählte Jahrzehntelang zu den Dauerbrennern familienpolitischer Diskurse, die über weite Strecken von normativen Vorstellungen und den damit verbundenen Ideologien geprägt waren. Diese normativen Vorstellungen waren einerseits eng an das traditionell-bürgerliche Modell der Kernfamilie gekoppelt und damit an die Zuweisung der Mutterrolle an (Ehe-) Frauen, die als für die Versorgung, Erziehung und Betreuung verantwortlich angesehen wurden (...)“¹²

Durch den *Feminismus*, den gestiegenen Anteil erwerbstätiger Frauen und den Wandel des *Familienbilds*¹³, hat sich dieses Bild gewandelt und die Politik ist gefragt, die passende

⁹Auskunft von Projektkoordinatorin Mag. Anna Nödl-Ellenbogen

¹⁰ Siehe dazu Lange, Andreas; Kränzl-Nagl, Renate: „Familie im Spiegel öffentlicher Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 114

¹¹ Siehe dazu Lange, Andreas; Kränzl-Nagl, Renate: „Familie im Spiegel öffentlicher Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 117

¹² Lange, Andreas; Kränzl-Nagl, Renate: „Familie im Spiegel öffentlicher Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 117

¹³ Siehe Lange, Andreas; Kränzl-Nagl, Renate: „Familie im Spiegel öffentlicher Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 118

Infrastruktur für die geänderten Ansprüche zu schaffen. „*Das normative Verständnis von Kinderbetreuung als rein privater Angelegenheit brach damit erstmals auf, und Kinderbetreuung wurde nun auch zu einer Aufgabe des Staates.*“¹⁴

Somit bleibt mir abschließend zu diesem Kapitel nur wieder den Familienbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend zu zitieren, denn es fasst die Position im Rahmen dieser Diplomarbeit zum Begriff Familie bestens zusammen:

„‘Familie’ ist kein natürlicher Gegenstand und keine biologisch determinierte Vergemeinschaftungsform, sondern ein kulturspezifisches, diskursiv geprägtes und kommunikativ von individuellen und kollektiven Akteuren (z.B. Parteien, weltanschauliche Gruppierungen, Konfessionen, aber auch Wissenschaften) immer wieder neu herzustellendes Sinnkonstrukt mit vielen Schattierungen und Nuancierungen.“¹⁵

¹⁴ Ebds. S. 118

¹⁵ Ebds. S. 120

Demografische Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Österreich und der EU

Die wesentlichsten Daten für dieses Kapitel stammen aus dem Beitrag von Rainer Münz und Albert F. Reiterer aus dem Familienbericht 2009. Diese Analyse von Münz und Reiterer der Daten der UN-Population Division, des EU-Statistikamtes EUROSTAT und der jeweiligen nationalen Statistikämter bildet einen einzigartigen Überblick über die demografische Situation in Österreich und der EU. Dieser Teil ist eher deskriptiv, da er diese Daten, Zahlen und Fakten als Grundlage für die Situation in Österreich und die anschließende Analyse der Daten aus den Evaluationsberichten bildet.

Demografische Entwicklungen in der EU

Demografie wird in den nationalen Statistikämtern gemessen. Trotzdem sind demografische Entwicklungen nie nur auf eine Nation beschränkt – im Gegenteil: Obwohl es in Europa regional unterschiedliche Entwicklungen gibt, gibt es doch in den politisch, ökonomisch und soziologisch ähnlichen Regionen vergleichbare Entwicklungen. So kann man, wenn man von „Europa“ spricht, dennoch bis heute zwischen den Entwicklungen auf der westlichen Seite, den „alten“ EU-Mitgliedern, und der östlichen Seite (die meisten der „neuen“ EU-Mitglieder) sprechen, auch wenn der Süden Europas nocheinmal eigene demografische Wege gegangen ist.

Münz und Reiterer unterscheiden in ihrer wissenschaftlichen Arbeit zwischen zwei demografischen Übergängen, die sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Sterblichkeit wesentlich beeinflusst haben. Gegen Anfang des 19. Jahrhunderts brachten die „*wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung in Europa zuerst eine Verstetigung*“ anschließend „*sogar einen Rückgang der Sterblichkeit, insbesondere der Säuglings- und Kindersterblichkeit*“¹⁶. Vor allem die besseren hygienischen Bedingungen können für den Rückgang der Sterblichkeit verantwortlich gemacht werden. Klarerweise wuchs dadurch die Bevölkerung schneller als zuvor, worauf die „*betroffenen Gesellschaften mit einem Rückgang der Kinderzahlen*“¹⁷ - also einer grundlegenden Werteänderung¹⁸ - reagierte. Die zurückgehende Sterblichkeit und die daraufhin folgenden zurückgehenden Geburtenzahlen sin

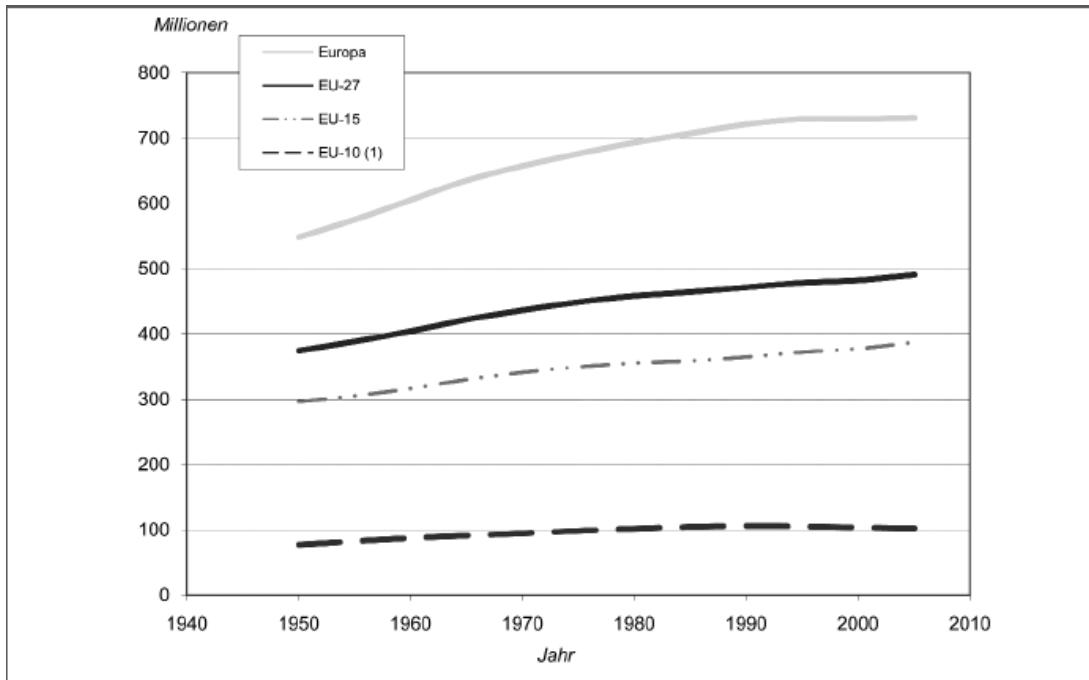
¹⁶ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 6

¹⁷ Ebds.

¹⁸ Ebds. S. 7

die Kennzeichen für den „*Ersten demografischen Übergang*“¹⁹. Diese Werteänderung bildet laut Münz und Reiterer den nötigen Hintergrund einer so grundlegenden Veränderung in der Handlungsweise der Menschen.

Grafik 2: Bevölkerungsentwicklung in Europa seit 1950



1) EU-10: EU-Mitgliedsstaaten im südlichen und östlichen Europa (ohne Zypern und Malta)
Quelle: für Europa insgesamt: UN PD; ansonsten EUROSTAT

Dieser erste demografische Übergang hatte den Effekt, dass sich die EinwohnerInnenzahlen von 1800 von ungefähr 200 Millionen in hundert Jahren auf 408 Millionen²⁰ Menschen mehr als verdoppelten. Aber auch hier zeigen sich innereuropäische Unterschiede:

„In den Benelux-Ländern und auf den Britischen Inseln lag der Kinder-Anteil (0-15 Jahre) bereits unter einem Drittel, in Frankreich bei einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu war damals für den Osten sowie für etliche Gebiete im Süden Europas ein Altersaufbau charakteristisch, wie er heute für die am wenigsten entwickelten Gesellschaften (LLCDs) kennzeichnend ist. Im damaligen Bulgarien betrug der Anteil der Kinder (...) zwei Fünftel der Bevölkerung (zum Vergleich: Afrika 2005: 41,4 Prozent, also gleich viel), während der Anteil der Alten (60+) bei 8,3 Prozent lag (Afrika 2005: 5,2 Prozent).“²¹

¹⁹ Ebds. S. 6

²⁰ Zahlen aus: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 6
Diese Zahlen schließen alle europäischen Länder einschließlich Russland aber nicht die Türkei ein.

²¹ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 8

Die geringere Sterblichkeit wirkte sich derart auf die Bevölkerung aus, dass in den Folgejahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die Bevölkerung trotz zwei Weltkriegen und anhaltender Auswanderung von *den 408 Millionen im Jahr 1900 auf 548 Millionen Menschen im Jahr 1950*²² weiter anstieg. Obwohl sich dieser Trend auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis heute (2008: *731 Millionen Menschen*²³) weiter fortsetzte, prognostizieren Münz und Reiterer für die Zeit bis 2050 keine weitere Fortsetzung dieses Trends:

„Nach der Hauptvariante der UN-Bevölkerungsprognose wird die EinwohnerInnenanzahl unseres Kontinents bis 2050 auf 664 Mio. Menschen sinken; zuerst langsam und dann mit wachsendem Tempo. Hauptgrund sind die gesunkenen Kinderzahlen pro Frau.“²⁴

Auch stetig zunehmende Migrationsströme nach Europa werden die zu geringe Fertilitätsrate europäischer Frauen nicht aufhalten können. Einzige Ausnahmen in der relativ geringen Fertilität bildet die Phase des Baby-Booms nach dem Zweiten Weltkrieg in den 1950er und 1960er Jahren. Ab Mitte der 1960er- bis Mitte der 1990er pendelten sich die Geburtenzahlen wieder auf dem Level von 2 und später von 1,5 Kindern pro Frau ein, womit sie ihr niedrigstes Niveau in Westeuropa erreicht hat. Diese Entwicklung ist auch kennzeichnend für den *Zweiten Demografischen Übergang*²⁵. Während dieser Trend der geringer werdenden Geburtenzahlen Westeuropa vorbehalten war, stiegen in Osteuropa die Geburten zwischen 1975 und 1985 noch einmal an. Danach vollzog sich der Zweite Demografische Übergang auch dort noch rascher als in Westeuropa.

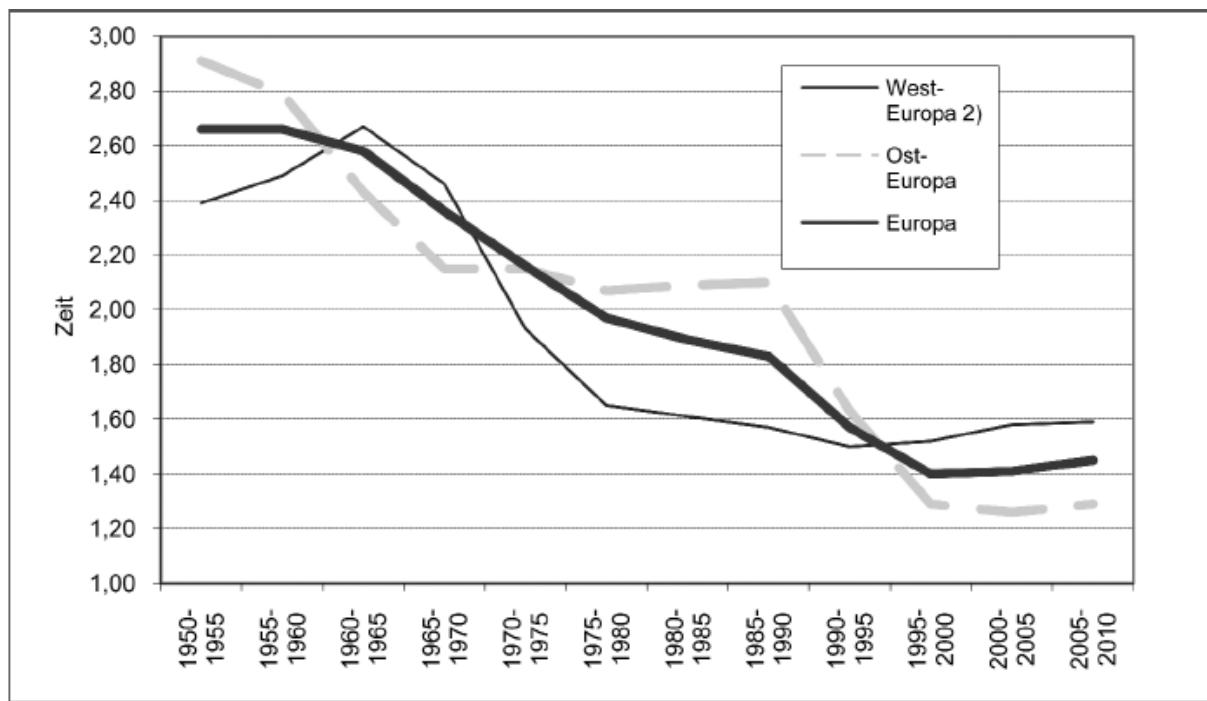
²² Zahlen aus: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 9

²³ Ebds. S. 9

²⁴ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 9

²⁵ Siehe Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 9

Grafik 3: Gesamtfruchtbarkeit in West- und Osteuropa:



„Westeuropa“ umfasst hier nur das kontinentale Aggregat aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz.

Quelle: UN PD

Während die gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit den ersten Übergang hervorgerufen hat, spielt beim zweiten Übergang „*die Individualisierung in unserer Gesellschaft und die wachsende Autonomie in der Gestaltung unserer Lebenspläne eine zentrale Rolle*“²⁶. Dienten zuvor Kinder noch der Absicherung der eigenen Existenz, trat hier nun ein Paradigmenwechsel ein. Mit weniger Kindern begann man sich darauf zu konzentrieren, diesen wenigen einen besseren Lebensstandard zu bieten. Damit traten Kinder zunehmend in „*Konkurrenz zur Erwerbsarbeit*“ oder standen der „*Verwirklichung anderer Lebensziele*“²⁷ im Wege.

Altersstruktur Europas

Der Anteil der Bevölkerung mit über 60 Jahren wird steigen, gleichzeitig wird der Anteil der Jugend (0-19 Jahre) weiter sinken. Während der „*Anteil der jungen Leute (0-19 Jahre) (...) sich von 34,6 Prozent im Jahr 1950 auf 22,7 Prozent im Jahr 2005*“ verringerte und auch bis 2050 weiter auf 19,5 Prozent sinken wird, verdoppelte sich der Anteil der über 65-Jährigen auf 15,9 Prozent und er wird auch bis 2050 auf 22,6 Prozent weiter ansteigen. Bei dem Teil

²⁶ Ebds. S. 10

²⁷ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 10

der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) kommt der Baby-Boom der 1950er und 1960er zu tragen: Er stieg in den letzten 50 Jahren an. Dieser Teil der Bevölkerung wird jedoch in den nächsten Jahren von 61,4 Prozent auf 52,9 Prozent bis 2050 wieder sinken.²⁸

Demografische Entwicklungen in Österreich²⁹

Bevölkerungsentwicklung in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Österreich 6,953 Millionen EinwohnerInnen und die Zahl war damit trotz der Vertreibung der Jüdinnen und Juden und den vielen Opfern des Krieges deutlich höher als noch 1939 mit 6,634 Millionen Menschen. Durch den anschließenden Baby-Boom der 1950er- und 1960er Jahre kam es bis Anfang der 1970er Jahre zu einem stetigen Wachstum auf 7,5 Millionen Menschen. In den darauffolgenden zehn Jahren machte das schnelle Wachstum erneut eine Pause, um ab den 1980er Jahren vor allem durch Zuwanderung wieder Fahrt aufzunehmen.³⁰ Bis zum ersten Quartal 2011 steht Österreich nun auf dem historischen Höchststand von 8,404 Millionen EinwohnerInnen und schon zwischen 2020 und 2031 wird Österreich die Neun-Millionen-EinwohnerInnengrenze durchschreiten.³¹

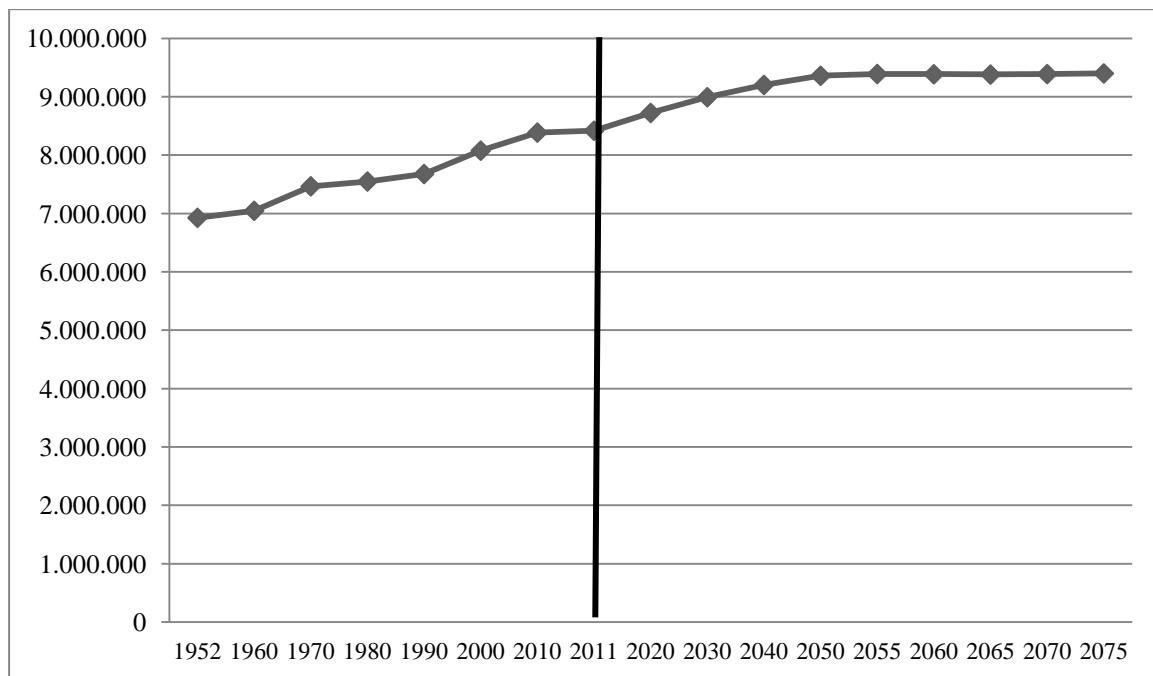
²⁸ Alle Zahlen aus Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 12

²⁹ Da der Familienbericht, der als Grundlage für das Demografiekapitel dient, aus dem Jahr 2009 stammt, werden die Daten und Grafiken durch die aktuellen Zahlen der Statistik Austria aktualisiert.

³⁰ Alle Zahlen bisher aus Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 22

³¹ Dieser Bevölkerungsstand stammt von der Statistik Austria. (Erhoben am 9. Oktober 2011)

Grafik 4: Österreichs Bevölkerung von 1952 bis 2075 nach absoluten Zahlen



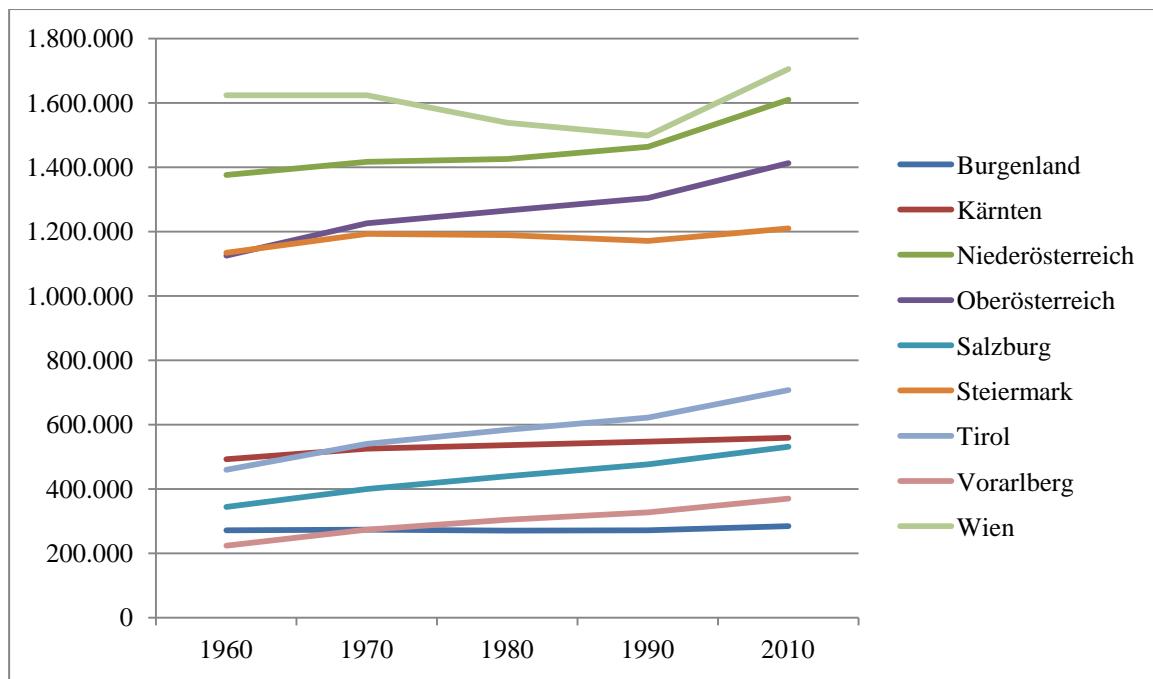
Quelle: Statistik Austria

Innerhalb Österreichs ist das Wachstum jedoch recht unterschiedlich verteilt. Während seit 1960 vor allem Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg und auch Wien wuchsen, verzeichneten Kärnten und die Steiermark in den letzten Jahrzehnten nur ein geringes Wachstum.³² Das Burgenland bildet hier die einzige Ausnahme, denn es wuchs von 1960 bis 2011 nur um rund 13.000 EinwohnerInnen.³³

³² Siehe auch: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 22

³³ Quelle: Statistik Austria; erhoben am 9. Oktober 2011: 1960: 271.318 EinwohnerInnen – 2011: 284.363 EinwohnerInnen

Grafik 5: Bevölkerung nach Bundesländern bis 2011 nach absoluten Zahlen



Quelle: Statistik Austria

Eheschließungen und Ehescheidungen

Die Heirat nach unserem modernen Verständnis gibt es erst seit dem 20. Jahrhundert. Davor durfte nur die Person heiraten, die auch über eine entsprechende wirtschaftliche Grundlage verfügte. Das hat das Heiratsalter – vor allem der Männer – entsprechend in die späteren Lebensjahre verschoben. Das hatte natürlich auch zur Folge, dass viele gar nicht heiraten konnten. Mit dem Wegfall dieser Beschränkungen begann das Heiratsalter bis in die 1970er Jahre zu sinken und die Zahl derer, die lebenslang unverheiratet blieben, verringerte sich ebenfalls.³⁴ Die Zahl der Eheschließungen ist auch heute noch für die Familiengründung sehr relevant, denn der Charakter der Ehe als „Familienform für Kinder“ hat sich etwas verstärkt, denn oft wird erst geheiratet, wenn das erste Kind geplant oder bereits geboren ist. So verringerte sich der Anteil der vorehelich konzipierten Kinder von 31,3 Prozent im Jahr 1997 auf 26,1 Prozent im Jahr 2007. Mehr als die Hälfte aller Kinder kommen im Zeitraum zwischen ein und fünf Jahren nach der Eheschließung auf die Welt.³⁵ In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gab es besonders viele Eheschließungen, da viele durch den Zweiten

³⁴ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 23/24

³⁵ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 44

Weltkrieg aufgeschoben wurden. Die Zahl verringerte sich erst wieder nach 1960. Der Rückgang wurde durch zahlreiche familienpolitische Maßnahmen wie 1972 zuerst mit der Einführung und 1988 der Abschaffung der Heiratsbeihilfe beeinflusst. Dadurch warteten viele Paare, die sich eigentlich 1971 trauen wollten, ein Jahr und umgekehrt schlossen besonders viele im Jahr 1987 ihre für später geplanten Ehen. Für Münz und Reiterer ist dies der Beweis, dass Familien keineswegs resistent gegen die Einflüsse der Politik seien.³⁶

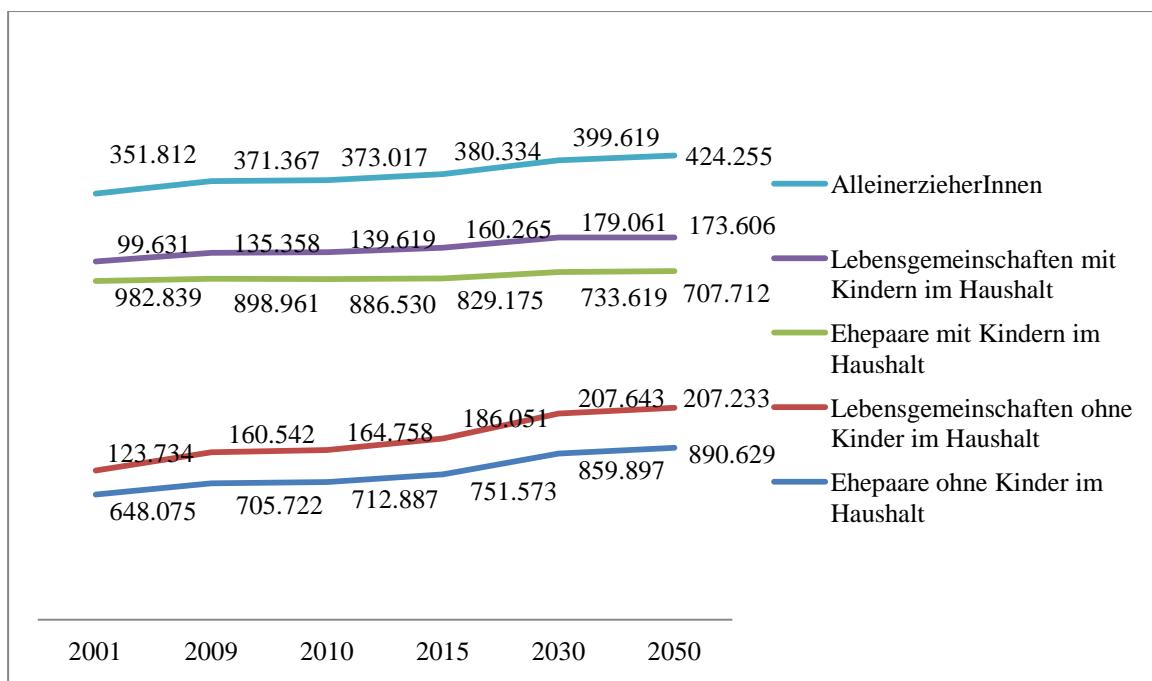
Seit Beginn der 1990er-Jahre gibt es noch weniger Ehen, was aber keine Schlüsse auf die Attraktivität von Familie und Partnerschaft zulässt, die lediglich andere Formen angenommen haben. Die Zahlen der Statistik Austria geben Aufschluss über die statistische Definition von Familie, als der Summe von Ehepaaren und Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder sowie der AlleinerzieherInnen.

Die Prognose bis 2050 zeigt, dass die „Familie“ in dieser statistischen Auffassung keineswegs ausgedient hat – im Gegenteil, sie zeigt eindeutig, dass sogar in Summe bis 2050 die Zahl der Familien stetig wachsen wird. Einzig die Form der Familie wird sich ändern. Vor allem die Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder werden mehr werden. Kommen Kinder zur Familie, so wird es bis 2050 immer weniger in einer Ehe passieren, als in Lebensgemeinschaften, aber auch die Zahl der AlleinerzieherInnen wird sich erhöhen. Insgesamt jedoch wird es bis 2050 um ungefähr 55.000 weniger Kinder als noch 2010 geben.³⁷

³⁶ Ebds. S. 24

³⁷ Statistik Austria: Familien und Kinder in Familien nach dem Familientyp und Bundesländern 2001 – 2050; erhoben am 9. Oktober 2011

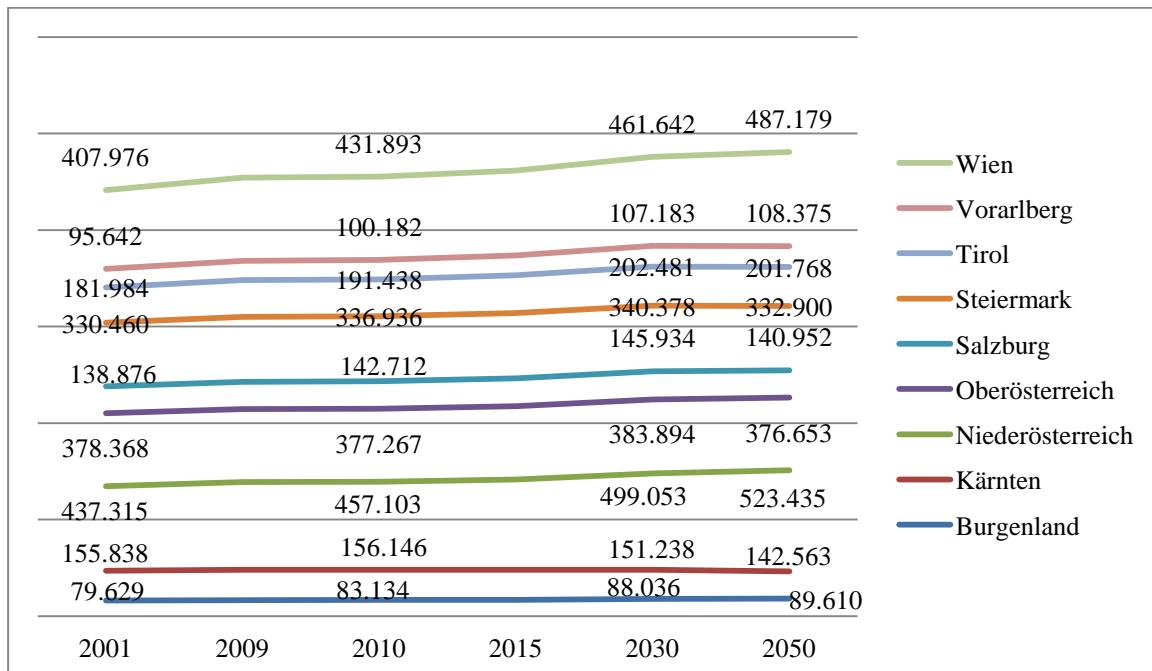
Grafik 6: Familientypen in Österreich von 2001 bis 2050 in absoluten Zahlen



Quelle: Statistik Austria

Je nach Bundesland schlagen sich diese Entwicklungen schneller oder langsamer nieder. So wachsen die Familien in Oberösterreich, der Steiermark oder Salzburg nur um wenige tausend an, in Kärnten wird es 2050 sogar um 13.000 weniger Familien geben als noch 2001, und in den restlichen Bundesländern werden die Familien weiterhin kräftig zulegen.

Grafik 7: Familien insgesamt nach Bundesländern 2001 bis 2050 in absoluten Zahlen



Quelle: Statistik Austria

Natürliche Bevölkerungsbewegung: Fertilität, Geburten, Kindersterblichkeit

Durchschnittlich vier Kinder bekamen Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Zwischen dem Zeitraum 1936 bis 1951 und dem Zeitraum 1951 bis 1970 zeichnet sich ein sprunghafter Anstieg der Geburten ab, der nach dieser Periode des „Baby-Booms“ allerdings wieder sinkt. In diesen Zeitspannen wuchs die durchschnittliche Kinderzahl von 2 auf 2,5 Kinder pro Frau. Bei einer im Jahr 2001 durchgeführten Befragung der Frauen, die von 1956 bis 1960 geboren wurden, deren Fruchtbarkeit zum Zeitpunkt der Befragung also bereits abgeschlossen war, zeigte, dass die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau auf 1,77 gesunken ist. Der zweite demografische Übergang mit der Durchsetzung der Pille kann somit als Zeit der Individualisierung der Entscheidung über Nachkommenschaft gesehen werden. Dadurch sank die Fruchtbarkeit weiter auf 1,4 im Jahr 1995 und verblieb seither mit kleinen Abweichungen auf diesem Niveau.

1871 lag die Kindersterblichkeit noch bei 290 auf 1.000 Lebendgeburten und ist damit deutlich über der Kindersterblichkeit heutiger Entwicklungsländer. Mit wachsender Modernisierung schrumpfte auch die Kindersterblichkeit von zunächst 172 pro 1.000 Lebendgeburten³⁸ kurz vor dem Zweiten Weltkrieg auf 2010 3,7 Sterbefälle auf 1.000 Lebendgeburten, was einen kaum zu verringernden Wert darstellt. Trotzdem waren es in Summe 2010 immer noch 296 Kinder, die im ersten Lebensjahr verstarben³⁹.

Insgesamt stieg das Gebäralter beim ersten Kind stärker an als das beim zweiten Kind. Daraus ergibt sich: „*Frauen, die mehr Kinder bekommen und später damit anfangen, haben ihre Geburtenabstände im Schnitt deutlich verringert. Zu Beginn der 1980er-Jahre vergingen im Durchschnitt zehn Jahre zwischen der Geburt eines ersten und eines fünften Kindes. Heute sind es etwas weniger als acht Jahre.*“⁴⁰

Die regionalen Unterschiede haben sich seit 1960 deutlich verringert. Hatte Wien 1961 mit 1,83 Kindern pro Frau noch die niedrigste Geburtenrate und Tirol mit 3,24 Kindern pro Frau beinahe doppelt soviele, so liegt der österreichische Durchschnitt 2007 bei 1,38 Kindern pro Frau. Dabei haben sich die regionalen Unterschiede großteils angeglichen: Tirol und Oberösterreich liegen mit 1,47 Kindern immer noch etwas über dem Durchschnitt, während das Burgenland mit 1,29 Kindern pro Frau eine deutlich niedrigere Fruchtbarkeit aufweist.

³⁸ Zahlen aus: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 27

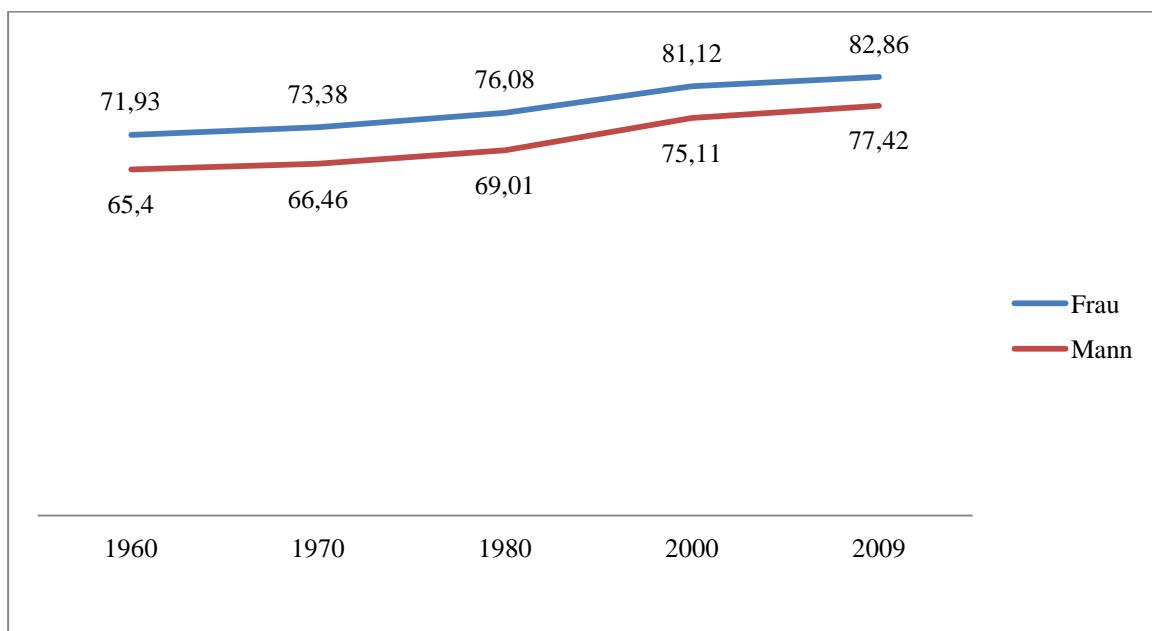
³⁹ Zahlen von Statistik Austria: Lebend- und Totgeborene seit 1871; erhoben am 9. Oktober 2011

⁴⁰ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 28

Lebenserwartung und Alterung

Von 1960 bis 2009 hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung für Frauen um fast elf Jahre und für Männer um mehr als zwölf Jahre verlängert. Hatte ein Mann, der 1960 geboren wurde, damals noch eine Lebenserwartung von 65,40 Jahren, so kann er 2009 bereits 77,42 Jahre werden. Bei Frauen verhält sich dies ähnlich: Eine Frau, die 1960 geboren wurde, durfte sich auf 71,93 Lebensjahre freuen und heute sogar auf 82,86 Jahre.⁴¹

Grafik 8: Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlechtern 1960 bis 2009 (Angaben in Jahren)



Quelle: Statistik Austria

Dabei gibt es laut Münz und Reiterer eine interessante Entwicklung: „*Stieg die Lebenserwartung bei Geburt vor Jahrzehnten hauptsächlich, weil die Kindersterblichkeit sank, so ist dieser Faktor ausgeschöpft. Zwar sinkt sie immer noch etwas weiter, aber sie ist mittlerweile so niedrig, dass sie zur Lebenserwartung nichts mehr beitragen kann. Nun steigt die Lebenserwartung in mittleren und späteren Jahren.*“⁴²

Hatten Frauen, die 1960 60 Jahre alt waren, noch eine Lebenserwartung von 18,58 Jahren und Männer eine von ungefähr 15 Jahren, so haben Frauen 2009 noch eine durchschnittliche

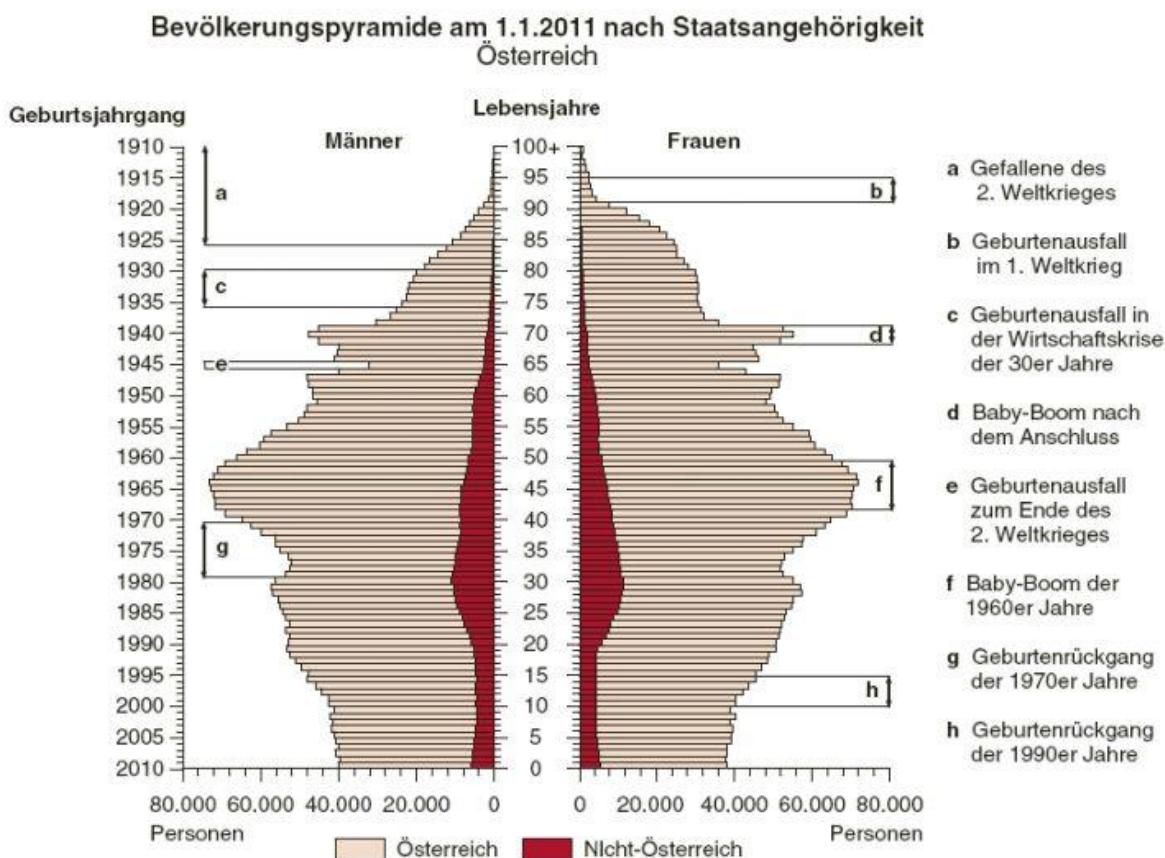
⁴¹ Vergleiche Statistik Austria: Grafik 8: Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlechtern 1960 bis 2009 (Angaben in Jahren)

⁴² Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 30

Lebensdauer von ungefähr 25 Jahren und Männer von ca. 21 Jahren. Durch diese gestiegene Lebenserwartung und den Geburtenrückgang kommt es zunehmend zum „*Prozess der demografischen Alterung*“⁴³. Dieser Prozess hat zur Folge, dass Österreichs Bevölkerung immer älter wird und es dadurch zu einem wachsenden Übergewicht an älteren Menschen kommt, was wesentliche Auswirkungen auf die Wohlfahrtssysteme des Landes hat.

Bild 1: Bevölkerungspyramide am 1.1.2011 nach Staatsangehörigkeit Österreich

(Bildquelle: Statistik Austria)



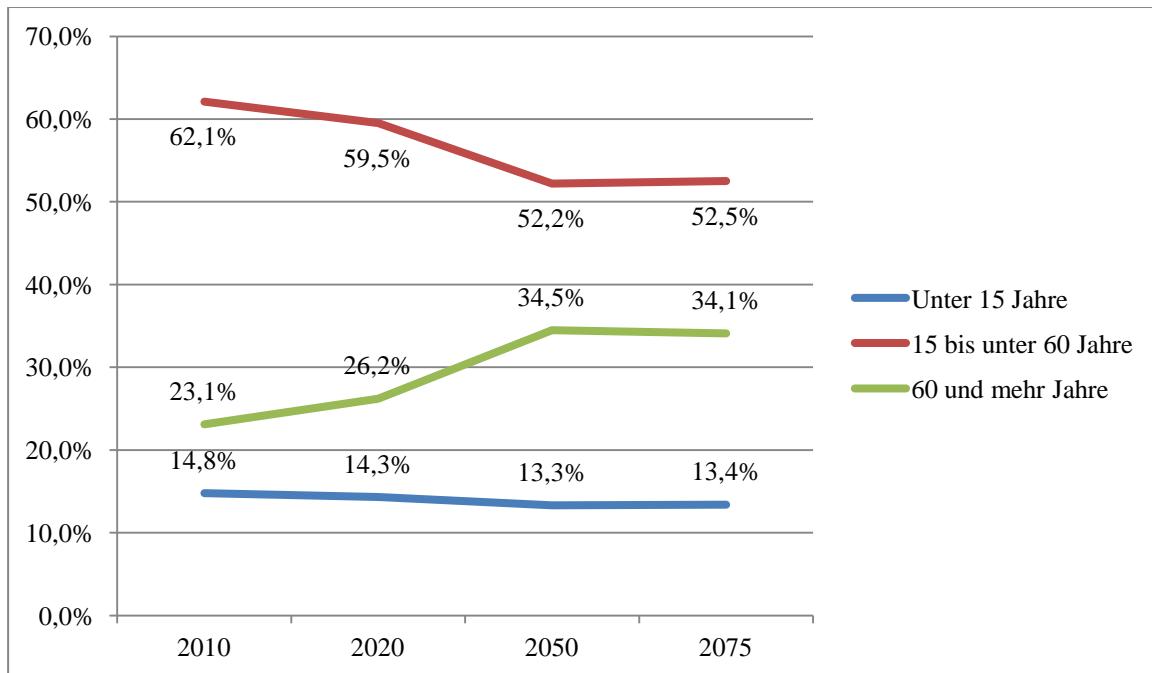
Liegt der Anteil der Jugendlichen 2010 noch bei 14,8 Prozent, so wird er in den nächsten 75 Jahren auf 13,4 Prozent schrumpfen, wobei zeitgleich der Anteil der Über-60-Jährigen von 23,1 Prozent auf 34,1 Prozent zunimmt.⁴⁴ Brisant werden diese Zahlen jedoch erst, wenn man sie beispielsweise mit Zahlenmaterial vom 19. Jahrhundert vergleicht. 1869 lag der Anteil der Über-65-Jährigen noch bei mageren 5,2 Prozent und auch 1951 lag diese Altersgruppe noch 10,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. 1991 wuchs ihre Anzahl schon auf 15 Prozent.

⁴³ Siehe Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 30

⁴⁴ Statistik Austria: Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2011 bis 2075 laut Hauptszenario; erhoben am 9. Oktober 2011

Vergleicht man diese beiden Altersgruppen mit der Altersgruppe, die das Sozialsystem derzeit durch ihre Beiträge durch Erwerbsarbeit erhalten kann, so zeigt sich, dass sich diese im Laufe der Zeit durch die geburtenschwachen Jahrgänge weiter vermindern wird, wenn es zu keiner Erhöhung des Pensionsalters kommt. Gibt es 2011 noch 62 Prozent der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 60 Jahren, so sind es 2075 nur mehr 52 Prozent.

Grafik 9: Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2011 bis 2075 laut Hauptscenario nach absoluten Zahlen



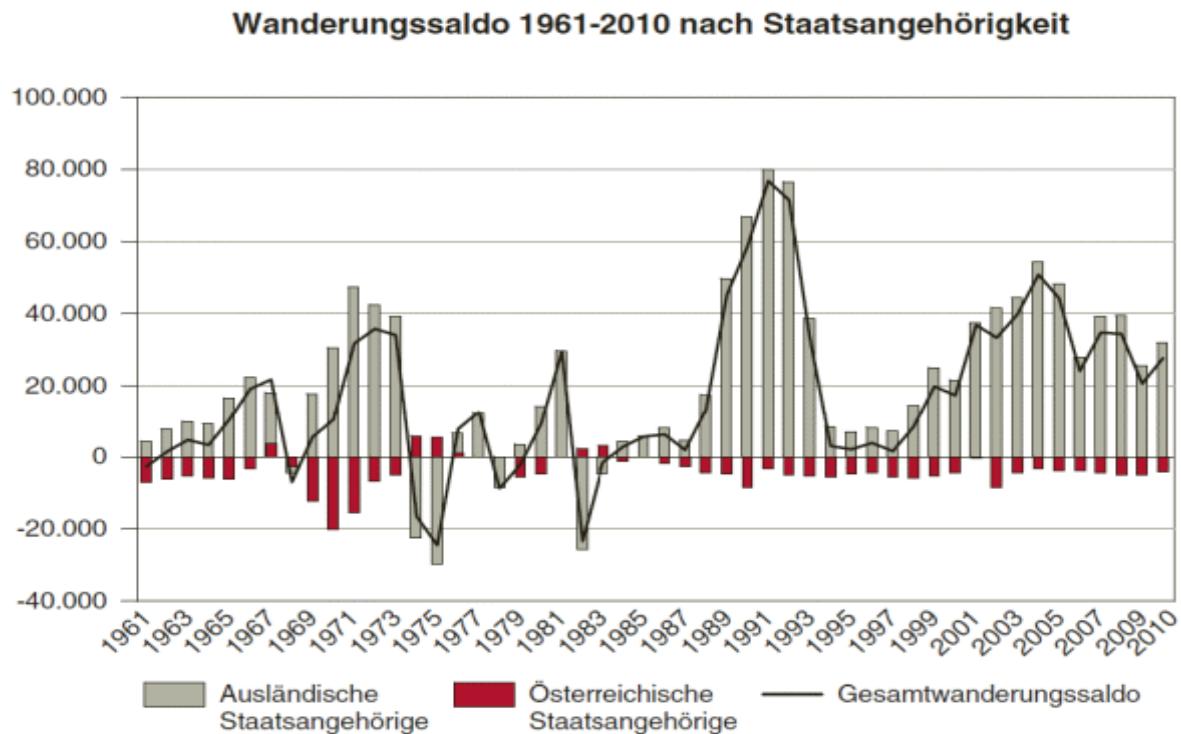
Quelle: Statistik Austria

Binnenwanderung

Neben den natürlichen Wanderungsbewegungen, wie Geburten und Sterbefälle, gibt es auch migrationsbedingte Wanderungsbewegungen. In manchen Gegenden Österreichs trägt beispielsweise die Binnenwanderung neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung noch wesentlich zur Ausdünnung der jüngeren Bevölkerungsschichten und in Folge auch der Familien bei. Somit wird deutlich zwischen internationalen Bevölkerungswanderungen und jenen innerhalb Österreichs unterschieden. Der Begriff „Binnenwanderung“ umfasst sowohl die Zu- und Wegzüge zwischen Gemeinden, Bezirken, als auch zwischen Bundesländern innerhalb Österreichs.

Der Wanderungssaldo ist das Ergebnis der Zu- und Wegzüge einer gewissen Zeitspanne. Für Österreich kann man sagen, dass seit Anfang der 1970er Jahre die Bevölkerungsentwicklung in Österreich fast ausschließlich durch Wanderungsbewegungen bestimmt wird, da Geburten und Sterbefälle sich mehr oder weniger die Waage halten.⁴⁵

Grafik 10: Wanderungssaldo 1961 bis 2010 nach Staatsangehörigkeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, 1961-1995: Bevölkerungsfortschreibung; ab 1996: Wanderungsstatistik.
Erstellt am: 19.05.2011.

Quelle Statistik Austria

An oben stehender Grafik sieht man die Wanderungssaldi seit 1961. Auffällig ist, dass seither – bis auf ein paar kleinere Ausnahmen in wirtschaftlichen Krisenjahren – der Wanderungssaldo bei österreichischen Staatsangehörigen fast immer negativ war (in der Grafik rot eingezeichnet), und, dass viel mehr ausländische Staatsangehörige nach Österreich gewandert sind, als von Österreich weg (in der Grafik grau eingezeichnet). Seit 1987 liegt der Wanderungssaldo bei österreichischen Staatsangehörigen konstant im Minus.

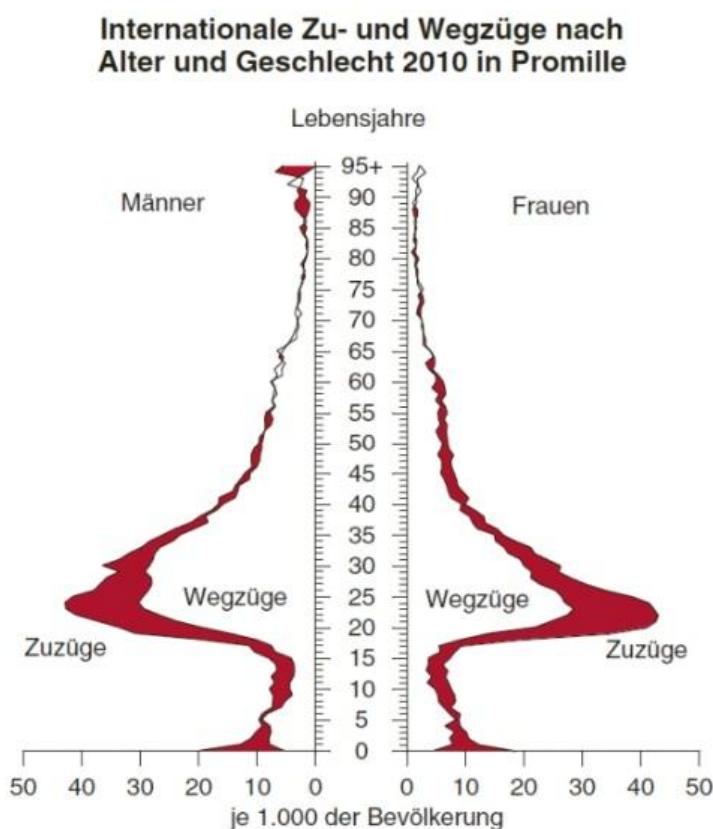
Dies war nicht immer so. Von 1951 bis 1961 verlor Österreich durch Abwanderung ins Ausland netto 129.000 Personen. Erst ab den 1960ern drehte sich dieser Trend. Münz und Reiterer resümieren: „Der Wanderungsüberschuss zwischen 1961 und 2007 erklärt damit fast zwei Drittel des österreichischen Bevölkerungswachstums dieser fast 50 Jahre. Hinzu kommt

⁴⁵ Siehe Statistik Austria: Wanderungen insgesamt; Resümee auf der Homepage vom 23. Oktober 2011 (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen_insgesamt/index.html)

der indirekte Beitrag durch die in Österreich geborenen Kinder ausländischer Zuwanderinnen und eingebürgerter Migrantinnen. Seit 1960 brachten Ausländerinnen in Österreich über 300.000 Kinder zur Welt.“⁴⁶

Zur Stabilisierung von Österreichs Sozialsystem ist es positiv, dass die Zuwanderer überwiegend junge Menschen im erwerbsfähigen Alter sind. So waren beispielsweise 2010 die meisten Zuwanderer im Alter von 20 bis 30 Jahren.

Grafik 11: Internationale Zu- und Wegzüge nach Alter und Geschlecht 2010 in Promille



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wanderungsstatistik 2010. Erstellt am: 19.05.2011.

Quelle: Statistik Austria

Welche Auswirkungen die Binnenwanderung auf die Gemeinden hat, wird im Laufe dieser Diplomarbeit im Rahmen der Vorstellung der ausgesuchten Beispielgemeinden noch näher erläutert.

⁴⁶ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 31

Haushalte

Beim Blick auf die Formen des Zusammenlebens unterscheidet die Statistik Austria zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten sowie Familien. Familien werden einerseits über Kinder und auch die Form des Paar-Zusammenlebens definiert. „*Als Kinder*“ gelten für die Statistik Austria bei ihrer Datenerhebung „alle mit ihren beiden Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt lebenden leiblichen, Stief- und Adoptivkinder, die ohne eigene Partner im Haushalt leben und selbst noch keine Kinder haben.“⁴⁷ Insgesamt gab es in Österreich 2010 3,6 Millionen Haushalte.⁴⁸ Im Vergleich dazu gab es 1951 noch 2,2 Millionen Haushalte⁴⁹, was einem Plus von mehr als 60 Prozent entspricht.

Signifikant ist, dass die Anzahl der Eipersonenhaushalte seit 1984 stark zugenommen hat. Lag die Anzahl dieser Wohnform damals noch bei 743.000, so stieg sie 2010 schon auf 1.305.000 Haushalte. Dazu muss man allerdings sagen, dass darin eben nicht nur die typischen „Single-Haushalte“ der jüngeren Menschen enthalten sind, sondern auch jene der älteren, die aufgrund einer Scheidung oder eines verstorbenen Partners alleine leben. So sind die größten Gruppen der Eipersonenhaushalte in den Altersgruppen 25 bis 34 Jahren und 65 bis 74 Jahre zu finden, was aber eben nicht bei allen Altersgruppen die oft in den Medien dargestellte Unfähigkeit zur Familiengründung als Ursache hat. Es ist wahr, dass 2001 die meisten der 25 bis 34 Jährigen ledig waren, doch dieser Familienstand zählt jene Personen nicht mit, die zwar einen Partner haben, aber mit diesem noch nicht in einer Wohnung wohnen – die sogenannten „living apart together“. In der Altersgruppe 65 bis 74 hingegen waren 2001 die meisten Allein-Lebenden verwitwet und dabei großteils die Frauen.⁵⁰

Im gleichen Zeitraum haben die Mehrpersonenhaushalte viel weniger stark zugenommen. So gab es 1984 noch 2.022.000 Mehrpersonenhaushalte und 2010 2.320.000 Haushalte. Auch die Anzahl der Familien, Ehepaare, Lebensgemeinschaften und AlleinerzieherInnen, ist nur leicht

⁴⁷ Statistik Austria: Privathaushalt und Familien 1984 bis 2010, Tabelle; (http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_privathaushalte_und_familien_040791.pdf); erhoben am 29. Oktober 2011

⁴⁸ Siehe Statistik Austria Tabelle „Privathaushalt und Familien 1984 bis 2010“

⁴⁹ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 35

⁵⁰ Zahlen aus: Statistik Austria: Eipersonenhaushalte 1971 bis 2001 nach Geschlecht, Familienstand und Altersgruppen; Tabelle;

(http://www.statistik.at/web_de/static/eipersonenhaushalte_1971_bis_2001_nach_geschlecht_familienstand_und_alter_023304.pdf) erhoben am 30. Oktober 2011

gestiegen. Gab es 1984 noch zwei Millionen Familien insgesamt, so stieg diese Zahl bis 2010 nur auf 2,3 Millionen.⁵¹

Diese Entwicklung spiegelt sich auch an der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,29 Personen im Jahr 2010 wider, denn 1984 lag sie im Vergleich noch bei 2,70 Menschen pro Haushalt.

Interessant ist die Entwicklung auch bei den Ehepaaren. Während die Zahl der Ehepaare ohne Kinder gestiegen ist (1984: 593.000; 2010: 731.000) ist jene der Familien mit Kindern um ungefähr 200.000 gefallen (1984: 1.107.000; 2010: 975.000). Umgekehrt ist aber die Anzahl der Lebensgemeinschaften in beiden Varianten weiter angewachsen. So gab es 1984 noch 49.000 Lebensgemeinschaften ohne Kind, während es 2010 schon 186.000 waren. Auch die Anzahl der Lebensgemeinschaften mit Kind ist von 30.000 im Jahr 1984 auf 147.000 im Jahr 2010 angewachsen. Die Zahl der Alleinerziehenden ist hingegen eher gering angestiegen. Die Zahl der alleinerziehenden Männer hat sich seit 1984 um 9.000 vergrößert und die Zahl der alleinerziehenden Mütter um 28.000. Trotzdem ist auffallend, dass die Zahl der alleinerziehenden Mütter auch im Jahr 2010 immer noch um 213.000 größer ist, als die Zahl der alleinerziehenden Männer, denn 2010 gab es 254.000 alleinerziehende Mütter und 41.000 alleinerziehende Väter.⁵²

Die Haushaltsgrößen sind außerdem bei bestimmten Gruppen von MigrantInnen größer als bei österreichischen StaatsbürgerInnen. Aus den Zahlen geht außerdem hervor, dass bis zum 15. Lebensjahr beinahe 100 Prozent mit zumindest einem Elternteil zusammenwohnen. Als Ursachen orten Münz und Reiterer vor allem die längeren Ausbildungszeiten. Umgekehrt wächst mit wachsendem Alter die Wahrscheinlichkeit in den Haushalt der Kinder zu ziehen. „*In der Altersgruppe über 75 Jahren trifft dies für 11,5 Prozent aller Gleichaltrigen zu, in der Gruppe über 95 Jahren immerhin für 19 Prozent. In absoluten Zahlen waren dies 2001 110.000 Personen.*“⁵³

⁵¹ Zahlen aus der Tabelle „Privathaushalt und Familien 1984 bis 2010“ von der Statistik Austria

⁵² Zahlen aus der Tabelle „Privathaushalt und Familien 1984 bis 2010“ von der Statistik Austria

⁵³ Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“, In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf; S. 36, 37

Resümee

Mit dem Überblick über die Haushaltsgrößen wurde nun der einleitende demografische Teil über Familien abgeschlossen. In diesem Teil wurden die Probleme der Familien wie Geburtenrückgang, Verkleinerung der Haushaltsgröße und der Anstieg der Scheidungen thematisiert, trotzdem läuten sie aus meiner Sicht nicht das Ende der „Familie“ ein. Im Gegenteil: Die Form der Familie reagiert auf viele Einflüsse wie Unsicherheiten im Erwerbsleben, neue Möglichkeiten der Verhütung, bessere Ausbildungs- und Erwerbschancen oder die Emanzipation. Eine Verringerung der Geburtenzahlen muss auch nicht unbedingt den Schluss zulassen, dass es deswegen keinen Willen in der Bevölkerung gibt, Kinder zu bekommen. Diese Zahlen könnten auch ein Hinweis darauf sein, dass die Ansprüche an eine Elternschaft gestiegen sind. Ähnlich ließe sich dies auch bei der hohen Scheidungsrate beurteilen, denn vielleicht sind auch weniger Menschen bereit, eine „schlechte“ Ehe zu führen.

Es muss auch festgestellt werden, dass dieser demografische Überblick nur einen kleinen, ausgewählten Ausschnitt der Vielfalt der Einflüsse auf Familien repräsentiert.

Dank der modernen Kommunikationsmittel ist es möglich, Familie nicht nur in einem Haushalt zu leben, was zur eingangs erwähnten Entstehung der multilokalen Mehrgenerationenfamilie beigetragen hat. Wie und wann sich Menschen dazu entscheiden, eine Familie zu gründen, hängt von vielen Punkten ab.

Die kleinste Gebietskörperschaft, die am nächsten bei den Menschen ist, hat jedoch unmittelbar die Möglichkeit auf neue Einflüsse zu reagieren und die Entstehung von Familien aktiv zu fördern, wie dies im Rahmen der familienpolitischen Maßnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und dem Österreichischen Gemeindebund seit Jahren im Rahmen des Audits *familienfreundliche Gemeinde* durchgeführt wird. Familien bilden einen wichtigen Grundstock der Gemeinden. Ab dem Zeitpunkt, ab dem Kinder in eine Partnerschaft kommen, sind sie für viele Jahre an einen Ort gebunden. Sie tragen zur aktiven Entwicklung der Gemeinde bei. Umgekehrt haben die Gemeinden auch die Aufgabe, den Familien die passende Infrastruktur wie Betreuungsplätze, Erwerbsmöglichkeiten, Ausbildungsplätze usw. zur optimalen Entwicklung bereit zu stellen. Hier wirken Effekte wie die Landflucht und umgekehrt aber auch die Stadtflucht, wirtschaftliche Auswirkungen und familienpolitische Maßnahmen direkt auf die Familien und Gemeinden ein.

So wird im folgenden Teil nicht nur die Theorie, die dieser Arbeit zugrunde liegt, vorgestellt, sondern auch das Audit und die Erhebungsmethode, mit der festgestellt werden soll, ob das Audit *familienfreundliche Gemeinde* wirklich dazu beitragen kann, eine familienfreundlichere Umgebung für Familien zu schaffen, und vielleicht sogar wieder mehr Familien an die Gemeinde zu binden. Ebenso wird Fragen nach der Motivation der Gemeinden nachgegangen und analysiert, welche Maßnahme welchen Effekt hatte.

Rational Choice und das Individuum

Die wachsende Modernisierung der westlichen Gesellschaft hat im Endeffekt nicht nur in Bezug auf die demografischen Zahlen und deren Aussagen wie mehr Scheidungen, weniger Geburten oder wachsende Vielfalt der Lebensformen dazu geführt, dass „*Individuen innerhalb der Familie*“⁵⁴ in ihren Entscheidungen autonomer geworden sind. Historisch entwickelte sich diese starke Betonung der Individualität in Bezug auf die Familie vor allem durch die gestiegene Erwerbsquote bei Frauen, die besseren Bildungschancen der Bevölkerung, die stark verbesserten Verhütungsmittel und die Emanzipation. All das hat dazu geführt, dass Menschen heute die Möglichkeit haben, sich aktiv für oder gegen eine Familie zu entscheiden.

„Die Wahl haben“ bedeutet auch, sich bei Entscheidungen aktiv mit dem Für und Wider auseinanderzusetzen zu müssen. An diesem Punkt trifft die Individualisierungstheorie, die besagt, dass der Lebenserfolg oder Misserfolg der Menschen stärker das Ergebnis ihrer eigenen Entscheidungen ist⁵⁵, auf die Rational-Choice Theorie (RC-Theorie). Da die RC-Theorie ursprünglich aus der Ökonomie kommt, beruht sie auf der Annahme, dass Menschen sich unter einer rationellen Abwägung einer Kosten-Nutzen-Rechnung aller zur Verfügung stehenden Alternativen die für sie beste Alternative wählen. Der „*homo oeconomicus*“ stellt die Spitze der RC-Theorie dar. Steht die „*Mensch gewordene*“ Rational-Choice-Theorie vor einer Entscheidung, so weiß sie über alle Alternativen Bescheid, kann alle ihre Vorteile und alle Nachteile rational genau abwägen und trifft somit eine objektiv rationale Entscheidung. Dieses egozentrische Wesen handelt immer so, dass für es die beste Lösung herauskommt.

Mit wachsendem Einfluss der Individualisierungstheorie wuchs auch die Bedeutung der RC-Theorie in den Sozialwissenschaften. Doch bei der Anwendung auf diesem Gebiet stieß die RC-Theorie bald an ihre Grenzen, denn nicht jedes Individuum kann bei gewissen Entscheidungen nur danach handeln, was für ihn/sie das Beste ist. Dabei werden Fragen einer emotionalen Entscheidung, von Normen und altruistische Gedanken völlig ausgeblendet. Deswegen ist die ökonomische Auslegung der RC-Theorie gerade in den Sozialwissenschaften umstritten, denn es sei dahingestellt, dass man bei jeder Entscheidung schon vorher Nutzen und Kosten bzw. Konsequenzen einer Handlung absehen kann.

⁵⁴ Burkhart, Günther: Familiensoziologie; UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2008; S. 160

⁵⁵ Burkhart (2008), S. 159

Außerdem stellt sich die Frage, ab wann man weiß, dass man alle Alternativen abgewogen hat.

Dass auch die Wissenschaft im Sinne der angewandten Spieltheorie⁵⁶ die Grenzen dieser Annahmen über den „homo oeconomicus“ widerlegt, zeigt folgendes experimentelles Spiel von Werner Güth:

„Ein Spieler erhält die Aufgabe, einen Geldbetrag mit seinem Mitspieler zu teilen. Akzeptiert der Mitspieler diese Aufteilung, dann wird sie realisiert (und in realem Geld ausbezahlt). Lehnt der Mitspieler das Angebot ab, erhalten beide nichts.“⁵⁷

Gehen wir nach dem Modell des „homo oeconomicus“, so würde der egoistische Spieler dem anderen nun den kleinst-möglichen Betrag anbieten, um selbst größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Umgekehrt würde der andere dies akzeptieren, da selbst das kleinste mögliche Angebot besser ist, als nichts.

Doch: „In praktisch sämtlichen Experimenten haben die Spieler viel mehr (oft die Hälfte des Betrages) abgegeben als rationale Egoisten es tun würden oder Angebote zurückgewiesen, die positiv, aber niedrig waren.“⁵⁸

Damit ist es am empirischen Beispiel erwiesen, dass eben nicht nur der eigene Vorteil in die Entscheidungen der Individuen einbezogen wird.

Entscheidung

Grundsätzlich muss dabei beantwortet werden, was eine rationale Entscheidung überhaupt ist und wie frei Menschen in ihren Entscheidungen sein können, sind sie doch in ein enges Korsett aus staatlichen und gesellschaftlichen Gesetzen und Normen eingegliedert.

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“⁵⁹

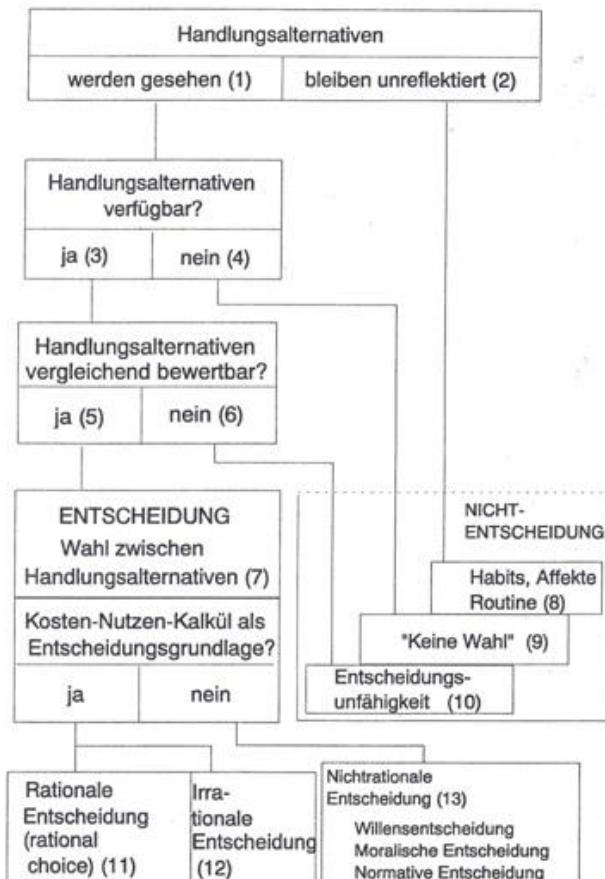
⁵⁶ Die Spieltheorie hat ihre historischen Ausgangspunkt in der Erforschung der Rational Choice Theorie. Sie versuchte die Annahmen aus dieser Theorie rund um den homo oeconomicus anhand von Fragestellungen und angewandter Beispiele zu erforschen. Das wohl bekannteste Beispiel der Spieltheorie das Gefangenendilemma.

⁵⁷ Diekmann, Andreas; Eichner Klaus; Schmidt, Peter; Voss Thomas: Rational Choice: Theoretische Analysen und empirische Resultate – Festschrift für Karl-Dieter Opp zum 70. Geburtstag; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008; S. 8

⁵⁸ Diekmann (2008); S. 8

Verhält es sich mit der Entscheidungsfreiheit wie Karl Marx schon 1852 schrieb, oder hat sich die Welt seither so grundlegend verändert, dass Menschen autonome Entscheidungen über ihr Leben treffen können?

Grafik 12: Sequenzen von Handlungs-Entscheidungs-Rationalitäts-Typen



Quelle: Burkhart (1994), S. 84

sie sich entscheiden, kann das entweder eine „rationale Wahl“ sein oder eine andere Art von Entscheidung.“⁶⁰ Entcheidet sich nun der Mensch, keine Kosten-Nutzen-Rechnung im Sinne der ökonomischen Auffassung von Rational Choice anzustellen, so handelt es sich laut Burkhart um eine „nichtrationale Entscheidung“, also eine Willensentscheidung, eine moralische oder eine normative Entscheidung. Macht der Mensch jedoch eine Kosten-Nutzen-Analyse, so kann er immer noch eine rationale oder eine irrationale Entscheidung treffen.⁶¹

Günther Burkhart hat sich im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeit ebenso der Frage der Entscheidung in der RC-Theorie gewidmet und kam zu folgender Lösung:

Grundlage für eine Entscheidung ist ein Handlungsproblem, das auf mindestens zwei verschiedene Arten gelöst werden kann. Ausgehend davon unterscheidet Burkhart zwischen zwei Möglichkeiten: „*Menschen handeln entweder, indem sie sich für eine Handlungsalternative entscheiden, oder sie handeln ohne sich zu entscheiden (affektiv, spontan-unreflektiert, konventionell, habituell, routinemäßig, regelgeleitet, etc.)* Wenn

⁵⁹ Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. MEW, Bd. 8; S. 115; In: Burkhardt, Günter : Die Entscheidung zur Elternschaft - Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien ; Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, 1994; S. 5

⁶⁰ Burkhardt, Günter : Die Entscheidung zur Elternschaft - Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien ; Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, 1994; S. 83

⁶¹ Siehe Burkhart (1994), Grafik S. 84

Gibt es eine objektiv rationale Entscheidung?

Dem Individuum wird also von Burkhart unterstellt, wie ein homo oeconomicus bei einer rationalen Entscheidung über vollständige Information zu verfügen. Und gerade in diesem Punkt muss Burkhart entschieden widersprochen werden, denn bei wichtigen Entscheidungen, die grundsätzliche biografische Veränderungen bezüglich der Familie beinhalten – egal ob man vor der Entscheidung steht, mit einem Partner zusammenzuziehen, ein Kind zu zeugen, zu heiraten oder sich wieder scheiden zu lassen – muss davon ausgegangen werden, dass die Menschen genau abwägen, ob es für sie eine gute Entscheidung ist, oder nicht. In den meisten dieser Fälle kommt zu der individuellen Entscheidung noch hinzu, dass man diese auch noch interaktiv mit dem jeweils anderen entscheiden muss (beispielsweise für oder wider eine Ehe). Zusätzlich muss bei einer rationalen Entscheidung nach Burkharts Auffassung die Frage entgegenstehen, ab wann das Individuum weiß, wann es wirklich über vollständige Information für eine Kosten-Nutzen-Rechnung verfügt? Aufgrund dieses Dilemmas weichen auch neuere Auffassungen der RC-Theorie von dieser strikt-ökonomischen Auffassung rationaler Entscheidungen ab und beziehen Präferenzen, Normen und Restriktionen in die rationalen Entscheidungen ein.⁶²

Deshalb liegt dieser Arbeit außerdem die Annahme zugrunde, dass Menschen zwar in einem Geflecht von Normen und Gesetzen leben, diese jedoch je nach Kosten-Nutzen-Abwägung gemäß der Rational-Choice-Theorie befolgen oder nicht. Diese Kosten-Nutzen-Analyse hat jedoch Grenzen. So kann man sich heute nicht mehr aus freien Stücken entscheiden, in einem Staat zu leben oder nicht. Diese Freiheit wurde Rousseau gemäß schon im Übergang vom Naturzustand im Sinne des Gemeinwillens im Rahmen des Gesellschaftsvertrags aufgegeben. Demgemäß haben wir Menschen einen Teil unserer Selbstbestimmung (das Gewaltmonopol hat somit der Staat) zugunsten einer gewissen Sicherheit an einen Staat abgegeben. Somit hat man, wenn man vor der Entscheidung steht, ein Gesetz zu befolgen oder nicht, abzuwägen, ob der Vorteil, der aus dem Nicht-Beachten entsteht, gegenüber den Restriktionen, die zu befürchten sind, überwiegt.

Das oben angegebene Beispiel von Werner Güth zeigt schon, dass es eine objektive Rationalität nicht geben kann, denn welche Pro und Contras jedeR persönlich bei einer Entscheidung anlegt, lässt sich schwer genau berechnen. Insofern muss auch die Rationalität einer Entscheidung individualisiert werden, denn solange Menschen sich aktiv Gedanken zu einer Entscheidung machen, muss davon ausgegangen werden, dass eine Entscheidung für das

⁶² Vgl. Diekmann (2008); S. 8

Individuum nach rationalen Kriterien abgelaufen ist. Um meine Auffassung rationaler Entscheidungen von der ökonomischen Auffassung abzugrenzen, möchte ich den Begriff „subjektive Rationalität“ einführen, da jedes Individuum für sich nach eigenen, subjektiven Maßstäben seine Kosten und seinen Nutzen abwägt.

Insofern lege ich im Rahmen dieser Arbeit die Rational-Choice Theorie so aus, dass „subjektiv rationale Entscheidungen“ aufgrund einer Abwägung der bewusst gemachten zur Verfügung stehenden Alternativen, ob sie nun normativer, moralischer, emotionaler oder altruistischer Natur sein mögen, getroffen werden.⁶³ Folgt man dieser Betrachtungsweise, so können Entscheidungen für andere irrational wirken, die für das Individuum jedoch subjektiv rational sind.

Rational-Choice auf der Makro-Ebene

Gibt es auf der Mikro-Ebene Individuum nun den klaren Begriff der subjektiven rationalen Entscheidungen, so ist diese Auffassung angepasst auch auf der Makro-Ebene anwendbar. So gehe ich im Rahmen dieser Diplomarbeit von der Annahme aus, dass auch die Politik beim Setzen von familienpolitischen Maßnahmen subjektiv rationale Maßstäbe ansetzt, denn auch sie muss die Kosten und Nutzen ihrer Maßnahmen kalkulieren. Anders als beim Individuum reicht es nicht, die Kosten und Nutzen für den Staat einzurechnen, sondern gerade bei Anreizen, die die BürgerInnen in eine gewisse Richtung lenken sollen, müssen auch die vermuteten persönlichen Kosten und Nutzen der BürgerInnen mit eingerechnet werden. Da der Staat jedoch nicht alle individuellen Beweggründe für oder gegen die Inanspruchnahme eines Anreizes kennen kann, geht er meist von einer eher ökonomischen Sichtweise aus.

Um dies einfacher erklären zu können, nehme ich das Beispiel Mehrkindzuschlag⁶⁴ in Österreich. Da er einerseits eingeführt wurde, um Großfamilien finanziell zu unterstützen und deren Entstehung durch den finanziellen Anreiz zu begünstigen, lautete die Auffassung der Regierung nach der Rational-Choice-Theorie offensichtlich: Wenn wir den Familien ab dem dritten Kind einen Beitrag zur Familienbeihilfe geben, dann gibt es bei deren Kosten-Nutzen-

⁶³ Siehe auch Elster (1974; S. 22) In: Burkart, Günter : Die Entscheidung zur Elternschaft - Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien ; Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, 1994; S. 40: „Das grundlegende Axiom der Theorie der Rationalität lautet dann einfach: Menschen entscheiden sich für diejenigen Handlungen, deren Folgen sie gegenüber den Folgen jeder anderen realisierbaren Handlung bevorzugen.“

⁶⁴ Der Mehrkindzuschlag wurde erstmals ... eingeführt. Eigentlich diente dieser Geldbetrag, der ab dem dritten Kind monatlich zusätzlich zur Familienbeihilfe ausbezahlt wurde, der finanziellen Unterstützung der Großfamilien. Gleichzeitig sollte das natürlich ein Anreiz für die Familien sein, mehr als zwei Kinder zu bekommen. Ab 1. Jänner 2011 wurde er im Rahmen der Sparmaßnahmen um 16 Euro (von 36 Euro auf 20 Euro) heruntergesetzt. (Familienlastenausgleichsgesetz § 9

Rechnung mehr Pro als Contra. Dass dies offensichtlich nicht so einfach war, zeigten die demografischen Zahlen. Die Maßnahme brachte eindeutig nicht den gewünschten Erfolg, denn im Gegenteil die Anzahl der Ehepaare mit drei Kindern sank von 419.658 im Jahr 1991 auf 392.457 Kinder im Jahr 2001⁶⁵. Also entweder war der finanzielle Anreiz nicht groß genug, es war einfach der falsche Anreiz oder die Mehrheit der Familien will, aus welchen Gründen auch immer, einfach am liebsten weniger als drei Kinder haben.

Der durchaus nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Rechnung der Makro-Ebene „Regierung“, durch einen kleinen finanziellen Anreiz, die Zahl der Kinder in Familien zu erhöhen, standen jedoch andere Kosten und Nutzen in den Familien - der Mikro-Ebene - gegenüber. Wodurch man nun behaupten könnte, dass die Entscheidung der Regierung keine rationale Entscheidung im Sinne der ökonomischen Auffassung war, da sie offensichtlich bei der Einführung nicht alle Alternativen beachtet hatte. Obwohl jede politische Maßnahme auf das Kalkül, dass rational handelnde Akteure auf die so zustande gekommene Maßnahme dementsprechend reagieren, setzt, hat die Regierung meiner Auffassung der RC-Theorie nach, zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Einführung des Mehrkindzuschlags alle ihr zur Verfügung stehenden Alternativen geprüft und es im Sinne einer rationalen Entscheidung für sinnvoll betrachtet, diesen Anreiz einzuführen – also eine aus Sicht der Regierung subjektiv rationale Entscheidung getroffen.

Durch diese Annahme grenzt sich die Rational Choice-Theorie auch von der Strukturtheorie ab, denn wären die Individuen von Strukturen geleitet, so hätten beispielsweise familienpolitische Maßnahmen mehr Einfluss auf das Handeln der Menschen.

Zusammenfassung der in der Arbeit verwendeten Auffassung der Rational Choice-Theorie

Im Rahmen dieser Arbeit distanziere ich mich von der wirtschaftlichen Auffassung der Rational Choice Theorie, wonach der homo oeconomicus nach größtmöglichen Nutzen oder geringstmögliche Kosten unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten strebt.

So lernt beispielsweise jedeR Politikwissenschaft-Studierende gleich zu Beginn des Studiums, dass auch die Politik nach der Rational Choice Theorie erklärbar ist. Ein Beispiel, das gerne

⁶⁵ Zahlen siehe: Statistik Austria: Kinder in Familien 1981 bis 2001 nach Familientyp und Kinderzahl in der Familie:

(http://www.statistik.at/web_de/static/kinder_in_familien_1981_bis_2001_nach_familientyp_und_kinderzahl_in_der_fa_023084.pdf), vom 11. November 2011

genannt wird, ist, dass PolitikerInnen nach ihrem größtmöglichen Eigennutz streben, auch wenn sie Taten für das Allgemeinwohl setzen. Denn auch auf ihrer Kosten-Nutzen-Rechnung steht die (Wieder-) Wahl, die sie durch das Bemühen der Verbesserung der Lage der potentiellen WählerInnen erreichen wollen.

Kritisieren möchte ich an diesem Beispiel, dass dies als die objektiv rationale Entscheidung nach Abwägung der Kosten und des Nutzens dargestellt wird. Die einfache Anführung des Gegenbeispiels des/der korrupten Politikers/Politikerin scheint die Objektivität dieser Rationalität ad absurdum zu führen.

Womit ich meine Auffassung nach der subjektiven Rationalität untermauert sehe. Denn auch jedeR PolitikerIn muss für sich nach seiner persönlichen Kosten-Nutzen-Rechnung handeln. Diese Entscheidung kann mit anderen (beispielsweise der/dem Ehe-/LebenspartnerIn) getroffen werden, kann, muss aber nicht an Normen (Restriktionen, Belohnungen) orientiert sein. So ist diese Auffassung der subjektiven rationalen Entscheidungen nicht nur auf der Mikro-Ebene des Individuums, sondern auch auf der Makro-Ebene der Regierung beispielsweise anwendbar. Einziger Nachteil: Es gibt keine wirklich berechenbaren Reaktionen der BürgerInnen auf Top-down-Handlungen der Bundesregierung.

Welchem Einfluss allerdings Bottom-up-Handlungen im Sinne von BürgerInnenbeteiligung auf die Akzeptanz von Strukturen und Anreizen, die von der kleinsten Gebietskörperschaft, den Gemeinden, vorgegeben werden, haben, wird nun mit dem Hintergrund der theoretischen Erkenntnisse aus diesem Kapitel im Rahmen des folgenden Teils der Arbeit betrachtet werden. Besonders steht dabei die Frage im Mittelpunkt, ob es für die Akzeptanz zentral ist, dass die BürgerInnen ihre persönlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen bei Fragen der Infrastruktur für Familien einbringen können.

Das Audit *familienfreundlichegemeinde*

Grundsätzlich hat das Audit *familienfreundlichegemeinde* wie auch eingangs im Kapitel „Der Begriff Familie“ erwähnt, nicht die enge Auffassung von Familie wie der Statistik Austria, die Familie aus Mangel an erhebbaren Daten eher über den offiziellen Status eine zwischenmenschlichen Beziehung oder über die Existenz von Kindern definiert. Das Audit *familienfreundlichegemeinde* sieht viel eher die Gemeinde als Familie an, in der durch die Schwerpunktsetzung nicht nur die typische Kernfamilie von den Maßnahmen eingeschlossen ist, sondern auch ältere Menschen und benachteiligte Gruppen wie MigrantInnen oder Menschen mit Handicaps.

Die Idee Familienfreundlichkeit ins Zentrum zu stellen kam ursprünglich aus den USA, wo in den 1980er-Jahren der „family friendly index“ initiiert wurde, der einen Maßstab für die Familienfreundlichkeit von Unternehmen setzte. 1995 kam die Entwicklung mit der Gründung der berufundfamilie gGmbH nach Deutschland⁶⁶, bis es 1998 schließlich in Österreich angekommen ist. Zuerst war man jedoch bei diesen familienfreundlichen Offensiven sowohl in Deutschland, als auch in Österreich eher auf die Verbesserung der Bedingungen in der Wirtschaft fixiert. Die erste Initiative, die sich auf Gemeinden bezog, wurde 1999 (im Jahr der Familie) in Oberösterreich durch eine Familienoffensive in Gemeinden und ein Familienleitbild gestartet.⁶⁷ 2001 wurde die Idee, Unternehmen familienfreundlicher zu machen, europäisiert und als „european work & family audit“ umgesetzt. Dieses Audit setzte einheitliche Standards und ermöglichte die grenzüberschreitende Anerkennung und Auszeichnung.⁶⁸ Auf Basis des Audit *berufundfamilie* und aus den Erfahrungen des Familienleitbilds wurde das Audit *familienfreundlichegemeinde* entwickelt. Dabei handelt es sich um ein staatliches Zertifikat, das auch mit dementsprechender Nachvollziehbarkeit und objektiven Kriterien vergeben wird.

Die Entwicklung des Audit *familienfreundlichegemeinde* ist in Österreich jedoch eng mit der Entwicklung des Audit *berufundfamilie* verknüpft, denn beide wurden in ihren Anfängen von jeweiligen Familienministerium und ab 2006 von der Familie & Beruf Management GmbH

⁶⁶ Zur Entwicklung des Audit siehe: Familie & Beruf Management GmbH: Die Entstehung des Audits; (<http://www.familieundberuf.at/Entstehung-des-Audits.262.0.html>), vom 29. November 2011

⁶⁷ Siehe: Familienbericht 2000 des Landes Oberösterreich; (http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbl/SID-1385857B-56946119/ooe/Praes_FamBericht2000.pdf); erhoben am 29. November 2011

⁶⁸ Entstehung des Audit; (<http://www.familieundberuf.at/Entstehung-des-Audits.262.0.html>), vom 29. November 2011

(FBG) als Zulassungsstelle organisiert. Um die familienfreundlichen Aktivitäten national zu bündeln und auf europäischer Ebene zu vernetzen, hat das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG) im Jahr 2002/03 das von der Europäischen Kommission geförderte EU-Projekt „Vereinbarkeitsmaßnahmen einer nationalen Koordinierungsstelle“ durchgeführt. Ziel war es, eine nationale Koordinierungsstelle für Vereinbarkeitsmaßnahmen zu gründen.

Aus dem Leitbild und den Erkenntnissen des Auditprozesses *berufundfamilie* wurde in einer Arbeitsgruppe unter Federführung der Fachabteilung des damaligen BMSG unter Bundesminister Herbert Haupt der Auditprozess für Gemeinden entwickelt und eine Rahmenrichtlinie in Kraft gesetzt. Gestartet wurde damals mit zehn Pilotgemeinden. Im Jahr 2006 wurde schließlich die Familie & Beruf Management GmbH als Service-, Koordinierungs- und Umsetzungsstelle für Vereinbarkeitsmaßnahmen eingerichtet⁶⁹, das Audit *familienfreundlichegemeinde* in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Institut für Familienforschung überarbeitet und eine neue Rahmenrichtlinie entwickelt.⁷⁰ 2009 stieg schließlich der Österreichische Gemeindebund in die Projektarbeit des Audits *familienfreundlichegemeinde* ein und übernahm

- die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen (z.B.: Auditseminare, Erfahrungsaustausch, Schulungen, Zertifikatsverleihung),
- die Organisation der Prozessbegleitung/Gemeindecoaching,
- die Organisation der Begutachtungen durch die Zertifizierungsstelle,
- die Informationsarbeit und Servicierung der Gemeinden, Öffentlichkeitsarbeit, Presseberichte und
- den Versand von Unterlagen und Give aways.

Durch die Kooperation konnte das Audit größere Verbreitung erfahren⁷¹, verbesserte Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, und 2008 durch das Ansuchen der Familie & Beruf Management GmbH um Eintragung der europaweit geschützten Marke „familyfriendlycommunity“, die 2010 schließlich auch bewilligt wurde, dieses Audit auch

⁶⁹ Siehe gesetzliche Verankerung: StF: BGBl. I Nr. 3/2006 und BGBl. I Nr. 91/2007 <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20004508>; erhoben am 29. November 2011

⁷⁰ Familie & Beruf Management GmbH: Über uns; (<http://www.familieundberuf.at/UEber-uns.227.0.html>), vom 13. November 2011, Rahmenrichtlinie aus dem Jahr 2006; (<http://www.familieundberuf.at/Kooperation-mit-dem-Gemeindebund.275.0.html>), vom 13. November 2011

⁷¹ Von 2006 bis 2009 gab es 85 Gemeinden, die sich am Audit *familienfreundlichegemeinde* beteiligten, seit der Beteiligung des Österreichischen Gemeindebunds 2009 befinden sich weitere 135 Gemeinden im Prozess.

europaweit bekannter gemacht werden.⁷² Dadurch werden europäische Mindeststandards vorgegeben.

Von Seiten des Ministeriums werden die kostenlose Informationsveranstaltung (Auditseminar), alle Arbeitsunterlagen, sowie die zwei Zusatzschilder „familienfreundlicheGemeinde“ für die Ortstafeln kostenlos zur Verfügung gestellt, die Hälfte der Kosten für die Begutachtung (max. 816 Euro) werden von der FBG getragen.⁷³

Um die Arbeit vor Ort zu unterstützen steht den Gemeinden und vor allem auch den ProjektleiterInnen einE ProzessbegleiterIn im Ausmaß von 30 Stunden zur Verfügung. Die ProzessbegleiterInnen werden von der FBG zugewiesen und helfen bei der Erstellung einer Projektgruppe, leisten Überzeugungsarbeit vor der Teilnahme im Rahmen der Strategie Workshops, sind parteiübergreifende Mediatoren, sie unterstützen die Projektleitung bei der Ideenfindung, sie assistieren bei den Workshops und beim Projektbericht. Es liegt in der Entscheidung der Gemeinde, eineN ProzessbegleiterIn zu beteiligen oder nicht.

Die Gemeinden und das Audit

Grundsätzlich geht es beim Audit darum, einen Prozess, der GemeindebürgerInnen aus allen Altersgruppen einschließt, zu starten, um die Gemeinde aktiv an der Gestaltung ihrer „familienfreundlichen Gemeinde“ zu beteiligen.⁷⁴ Teilnahmeberechtigt sind grundsätzlich alle österreichischen Gemeinden, Marktgemeinden, Stadtgemeinden und Städte mit eigenem Statut sowie Gemeinden, die interkommunal zusammenarbeiten.⁷⁵ Somit ist es seit 1. August 2006 auch möglich, dass gleich mehrere Gemeinden im Sinne der Zusammenarbeit familienfreundlicher werden, was auch beim Aspekt der BürgerInnenbeteiligung interessante neue Handlungsfelder bringt. Damit wird es durch diese Erweiterung möglich, dass nicht nur in einer Gemeinde, sondern gleich in einer ganzen Region die Familienfreundlichkeit weiterentwickelt werden kann. Grundsätzlich handelt es sich beim Audit *familienfreundlicheGemeinde* um einen vierjährigen Prozess, der die Gemeinde auf ihrem Weg in mehreren Phasen begleitet. Grundlage in diesem Prozess, damit eine Gemeinde

⁷² Familie & Beruf Management GmbH: Details zur neuen Aufgabenteilung; (<http://www.familieundberuf.at/Kooperation-mit-dem-Gemeindebund.275.0.html>), vom 13. November 2011

⁷³ Siehe Folder zum Audit familienfreundlicheGemeinde; (http://www.familieundberuf.at/fileadmin/downloads/Gemeinden/2_Folder_familienfreundlicheGemeinde_v.pdf) erhoben am 16. Dezember 2011

⁷⁴ Folgende Informationen zum Ablauf, zur Gestaltung und den Schwerpunkten stammen aus dem „Handbuch *familienfreundlichgemeinde*“, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund; Stand April 2011

⁷⁵ Familie & Beruf Management GmbH: Audit familienfreundlicheGemeinde; (http://www.familieundberuf.at/fileadmin/user_upload/familienfreundlicheGemeinde/Audit_familienfreundlicheGemeinde_Kurzinfo.pdf), vom 29. November 2011

überhaupt familienfreundlich werden kann, ist eine Erhebung des IST-Zustands. Denn das Audit ist auf dem Credo aufgebaut: „*Ob man nun an das Motto „Der Weg ist das Ziel“ glaubt oder ob man das Ziel vor Augen hat, man wird in keinem Fall daran vorbeikommen, dass man eine klare Vorstellung davon hat, wo denn der Ausgangspunkt ist.*“⁷⁶ Da der Ursprung dieser Initiative bei der Wirtschaft liegt, wird von Seiten der FBG klarerweise empfohlen, die Synergieeffekte durch die Durchführung beider Audits – also dem Audit *familienfreundlichegemeinde* und dem Audit *familieundberuf* – in einer Gemeinde durchzuführen. Damit würde eine weit größere Reichweite und eine Nachhaltigkeit der Maßnahmen erzielt werden können. Festgelegt ist der grundsätzliche Ablauf des Audit *familienfreundlichegemeinde* in der Richtlinie, die vom zuständigen Bundesminister im Jahr 2006 erlassen wurde.⁷⁷ Da sich jedoch seit dem Jahr 2006 hinsichtlich der Beteiligung des Österreichischen Gemeindebunds doch einiges getan hat, wird für den folgenden Teil das Handbuch zum Audit, das auf der Richtlinie basiert, herangezogen, da dies erst nach der Beteiligung entstanden ist, und somit die Veränderungen bis dahin mit einbezieht.

Schritte bis zur familienfreundlichen Gemeinde

Für den ersten Schritt ins Audit *familienfreundlichegemeinde* muss ein Auditseminar, das kostenlos zu gewissen Terminen in den einzelnen Bundesländern zur Verfügung gestellt wird, von einer Person aus der Gemeinde, bevorzugt „*BürgermeisterInnen, VizebürgermeisterInnen, Familienausschussmitglieder und weitere GemeindevorsteherInnen*“⁷⁸, besucht werden. Dabei werden die Inhalte und der Ablauf des Audit vorgestellt. In Workshops werden mögliche Umsetzungsmaßnahmen (Ideenfindungsprozess) erarbeitet und den Gemeinden durch ein Protokoll zur Verfügung gestellt. Außerdem erfahren die TeilnehmerInnen, die nicht gleichzeitig die zukünftigen ProjektleiterInnen sein müssen, wie die dafür nötigen Unterlagen richtig ausgefüllt und eingereicht werden.

Entscheidet sich nun eine Gemeinde nach dem Besuch des Seminars für die Teilnahme an diesem Prozess, so ist grundsätzlich ein Gemeinderatsbeschluss sowie die Unterzeichnung der

⁷⁶ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Handbuch Audit *familienfreundlichegemeinde*; Stand April 2011; S. 13

⁷⁷ Diese Rahmenrichtlinie bildet die Grundlage für die Verleihung des staatlichen Gütezeichens; siehe: Familie & Beruf Management GmbH: Rahmenrichtlinie 2006 für das Audit *familienfreundlichgemeinde*; (http://www.familieundberuf.at/fileadmin/downloads/Gemeinden/1_Richtlinie.pdf); erhoben am 2. Dezember 2011

⁷⁸ Ebds.; S. 10

*Teilnahmevereinbarung*⁷⁹ vonnöten. Die Teilnahmevereinbarung erfasst die Daten der direkten Kontaktperson in der Gemeinde (beispielsweise einer/s Gemeindebediensteten) sowie einer/eines Projektleiters/in, die/der die Umsetzung des Audits betreut. Wobei hier nicht ausgeschlossen ist, dass die direkte Kontaktperson auch die/der ProjektleiterIn ist. Wichtig ist, dass eine Person nominiert wird, die in der Lage ist, die Projektgruppe zu leiten und Prozesse in der Grundzertifizierungs- und in der Umsetzungsphase voranzutreiben und zu koordinieren. Außerdem muss diese Person bereit sein, dies über diesen mehrjährigen Prozess zu begleiten. Das Datum der Teilnahme an dem Auditseminar und das Datum des Gemeinderatsbeschlusses sind als verbindliche Voraussetzung für die Inangriffnahme des Audit *familienfreundliche Gemeinde* in der Teilnahmevereinbarung anzuführen. Das Teilnahmevereinbarungsformular ist elektronisch auszufüllen und mit Unterschrift (BürgermeisterIn) und Stempel der Gemeinde zu versehen. Die Teilnahmevereinbarung ist in zweifacher Ausfertigung – vollständig ausgefüllt – an die Familie & Beruf Management GmbH (FBG) zu übermitteln. Ein gegengefertigtes Exemplar wird retourniert. Somit kann nach Gegenzeichnung durch die FBG mit dem Projekt begonnen werden.

Während die Teilnahmevereinbarung noch frei auf der Homepage der FBG herunterzuladen ist, sind alle weiteren Unterlagen auf einer Datenbank, die nur mit einem Passwort nach erfolgreicher Registrierung erreichbar ist, zur Verfügung gestellt.

Für den Projektstart ist eine dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden erforderlich. Einerseits soll die Bevölkerung über das anstehende Projekt, das die Gemeinde doch über mehrere Jahre begleiten wird, informiert werden, andererseits gilt es auch in der Bevölkerung das Bewusstsein und Interesse für das Thema zu schaffen. Unterstützend wird den Gemeinden entsprechendes Werbematerial wie, Kugelschreiber, Luftballons und Folder kostenlos zur Verfügung gestellt. Weitere Maßnahmen wie die Bekanntmachung in der Gemeindezeitung, Information in Schulen und Kindergärten, Eltern- und Sportvereinen, die Abhaltung von Informationsveranstaltungen, einen Tag der offenen Tür etc. müssen von der Gemeinde selbst erfolgen. Dabei sind sämtliche Aktivitäten, die zu Beginn und im Laufe des Projekts gemacht wurden, zu dokumentieren. Da nicht vorausgesetzt werden kann, dass in jeder Gemeinde ExpertInnen in der Pressearbeit sitzen, werden die Gemeinden durch den Österreichischen Gemeindebund in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

⁷⁹ Die Teilnahmevereinbarung ist ohne Barriere auf der Homepage der Familie & Beruf Management GmbH zum Download bereit.
(<http://www.familieundberuf.at/fileadmin/downloads/Gemeinden/Teilnahmevereinbarung.doc>), Stand: 30. November 2011

Neben der Öffentlichkeitsarbeit, die laufend erfolgen muss, ist der nächste wichtige Schritt die Bildung einer Projektgruppe. Die Mitglieder dieser Projektgruppe können durch den/die BürgermeisterIn in Abstimmung mit dem/der ProjektleiterIn angesprochen werden, oder sich beispielsweise durch einen öffentlichen Aufruf (in der Gemeindezeitung) freiwillig melden. Wichtig ist, dass die Mitglieder gemäß der Auffassung, dass die Gemeinde die Familie ist, einen repräsentativen Querschnitt der Gemeindebevölkerung darstellen. So ist es von Vorteil, Gemeindefunktionäre/innen einzubinden, wobei beispielsweise eine Gemeinderätin als Funktionärin und Mutter vertreten sein kann. Gibt es eine größere Gruppe, so sollte diese ihre aktivsten Mitglieder in einer Kerngruppe zusammenfassen, um die Projektaktivitäten vorzubereiten, und in ihrer Gesamtheit bei den großen Veranstaltungen wie den Workshops teilnehmen. Generell empfiehlt das Handbuch eine Größe von fünf bis 15 Personen für die Projektgruppe. Für die Erstellung des Projektberichts, der später erfolgt, ist es wichtig, alle Aktivitäten der Projektgruppe sowie den Einbezug der Projektgruppenmitglieder gut zu dokumentieren.

Zur Vorbereitung des ersten großen Workshops empfiehlt es sich vorab einen Strategieworkshop abzuhalten, bei dem der Projektgruppe das Audit vorgestellt wird, und der Ablauf gemeinsam festgelegt werden kann. Zusätzlich bietet dieser Workshop die Möglichkeit, die Zuständigkeiten innerhalb der Projektgruppe (wer macht was, bis wann), sowie die weitere Vorgangsweise für die Umsetzung des Audit mit den Projektgruppenmitgliedern festzulegen. Dabei kann auch die Zeit genutzt werden, um die ersten bereits bestehenden familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen bzw. Leistungen der Gemeinde einzuholen, die später im Rahmen des ersten Workshops von der Projektgruppe ergänzt und festgelegt werden können. Um die Erhebung zu vereinfachen, gibt es im Handbuch zahlreiche Tabellen, die in die verschiedenen Lebensphasen und Themenbereiche unterteilt sind und die einfach für die Sammlung kopiert und beschrieben werden können.

Diese Erhebung des IST-Zustands, die Inhalt des ersten Workshops sein soll und als unbedingte Voraussetzung für alle weiteren Schritte erfolgen muss, dient nicht nur der Übersicht, sondern zeigt auch wie effizient die Mittel eingesetzt werden und bildet die unverzichtbare Grundlage für jedes weitere Vorgehen. Die Erfassung der bestehenden familienfreundlichen Lebensphasen gliedert sich in neun Abschnitte. Gleichzeitig muss erhoben werden, von welcher Stelle diese Maßnahme finanziert wird. In diesem Abschnitt dient das Audit der Prozessbeobachtung – Maßnahmen werden hinsichtlich ihres Vollzugs und der Wirksamkeit sichtbar –, der Erkennung von Optimierungspotenzialen und der

Entwicklungsbeobachtung hinsichtlich demografischer und wirtschaftlicher Entwicklung oder dem Erkennen sozialer Trends.

In den einzelnen Tabellen ergibt sich folgende Gliederung⁸⁰:

- Schwangerschaft und Geburt
- Familie mit Säugling
- Kleinkind bis drei Jahre
- Kindergartenkind
- SchülerIn: Kinder im Pflichtschulalter
- In Ausbildung StehendeR: Jugendliche ab dem Pflichtschulalter
- Nachelterliche Phase: Beziehung Eltern/Kinder/Großeltern/Enkelkinder
- SeniorInnen
- Mensch mit besonderen Bedürfnissen: Leben mit Behinderung, Pflegebedarf, Krankheit etc.

Bei der Unterteilung nach „Leistung“ soll klar dargestellt werden, welche Institution in der Gemeinde die Leistung erbringt.

- 1 = Leistung durch die Gemeinde
- 2 = Leistungen von Vereinen/Organisationen/Kirchen/Unternehmen
- 3 = Leistung in Eigeninitiative der Bevölkerung
- 4 = Sonstiges (Bund, Land etc.)

In einer Zwischenphase soll die Bevölkerung aktiv an den Vorstellungen für eine familienfreundlichere Gemeinde eingebunden werden. Wie genau das passieren kann, wird im nächsten Kapitel genauer betrachtet. Für den zweiten Workshop, in dem die Ideen aus der Bevölkerung in konkrete Maßnahmen gegossen werden und diese außerdem in einem Zeitplan strukturiert werden, legt die Projektgruppe anhand des tatsächlichen Bedarfs an familienfreundlichen Leistungen den daraus abzuleitenden SOLL-Zustand fest. Die familienfreundlichen Maßnahmen werden, wie auch schon bei der Erhebung des IST-Zustands, anhand der oben stehenden Matrix aufgezogen.⁸¹ Wichtig bei der Maßnahmenplanung im Rahmen des Audit ist die Formulierung realisierbarer Maßnahmen, die innerhalb von drei Jahren umsetzbar und auch finanziell tragbar sind. Damit sie finanziell tragbar sind, lohnt sich nicht nur die Einbindung der Bevölkerung, sondern auch der

⁸⁰ Siehe Beispiel-Tabelle im Anhang

⁸¹ Siehe Beispiel-Tabelle im Anhang

EntscheidungsträgerInnen. Erst in der Diskussion rund um die Realisierbarkeit von Maßnahmen, wird vermieden, dass die Beteiligten zu viele demotivierende Erlebnisse haben, in dem sie in der praktischen Arbeit feststellen, dass vieles nicht finanziert ist, und es wird dadurch auch sichergestellt, dass die Maßnahmen nicht nur Wünsche bleiben. Im Handbuch werden den ProjektleiterInnen verschiedene Wege, so zum Beispiel Kreativitätstechniken wie Brainstorming oder MetaplanTechnik, zur Findung der Maßnahmen und Priorisierungen vorgeschlagen.

Diese Phase der Feststellung des IST-Zustandes und der Findung des SOLL-Zustandes, sowie eines konkreten Fahrplans zur Umsetzung der Maßnahmen wird durch einen weiteren Gemeinderatsbeschluss abgeschlossen. Dabei soll sich der Gemeinderat mit dem Ergebnis des SOLL-Zustandes auseinandersetzen und schlussendlich verbindlich festlegen, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen im Laufe der nächsten drei Jahre umgesetzt werden sollen. Dabei ist ein Projektbericht auszufüllen, bei dem der Maßnahmenplan, der neben der Beschreibung auch den strategischen Fokus bzw. das übergeordnete Ziel der Maßnahme, die Zielgruppe sowie das Datum des Beschlusses beinhalten soll, ein wesentliches Element darstellt. Dabei ist mit einzuplanen, dass sich die Gemeinde auch über die Wahl der Mittel im Klaren werden muss: Sollen die Maßnahmen alleine durch die finanziellen Mittel der Gemeinde verwirklicht werden, oder gibt es Maßnahmen, die im Dialog mit der Bevölkerung und weiteren AnbieterInnen wie Vereinen, ehrenamtlich tätige Personen, auch bewerkstelligt werden können? So gibt es in den meisten Fällen auch Maßnahmen, die in der Umsetzung nicht unbedingt von der Gemeinde verwirklicht werden müssen, sondern hier könnte sich die Beteiligung der Gemeinde lediglich auf die Koordination oder Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten beschränken.

Ist der Projektbericht soweit fertiggestellt, wird die Zertifizierungsstelle informiert, die einen Gutachter vor Ort bestellt. Dieser erstellt nach dem Besuch in der Gemeinde, dem Einblick in die vorhandenen Unterlagen und der Prüfung der richtlinienkonformen Voraussetzungen ein Gutachten.

Nach positiver Begutachtung des Projektberichts durch den Gutachter, sowie einer nochmaligen Prüfung in der Zertifizierungsstelle, wird eine Empfehlung von der Zertifizierungsstelle an die FBG zur Auszeichnung durch ein Grundzertifikat übermittelt. Nach Durchsicht im Auditkuratorium (unabhängiges Gremium), veranlasst die FBG als Zulassungsstelle die Auszeichnung der Gemeinde mit dem Gütezeichen und dem Grundzertifikat zum Audit *familienfreundliche Gemeinde*. Damit steht der Verleihung des

Grundzertifikats durch die Republik Österreich, vertreten durch den/die jeweiligeN BundesministerIn nichts mehr im Wege. Mit dieser Verleihung wird der Gemeinde das Gütezeichen für die Dauer von drei Jahren verliehen. Damit ist die Gemeinde berechtigt, dieses Gütezeichen und das Logo des Audit auf Produkten, Dienstleistungen, der Homepage bzw. Druckschriften etc. zu verwenden. Zudem werden für jede Gemeinde kostenlos zwei Ortstafel mit dem Logo der familienfreundlichengemeinde bereitgestellt.

Mit dem Grundzertifikat ist der Startschuss für die Umsetzung der Maßnahmen gegeben. Jedes Umsetzungsjahr – also alle zwölf Monate – ist von der Gemeinde ein Fortschrittsbericht (Zwischenbericht) zu erstellen und der FBG zu übermitteln, andernfalls wird das Grundzertifikat aberkannt. Dabei wird die Richtigkeit der Berichte stichprobenartig überprüft.

Nach der Umsetzung sämtlicher geplanter Maßnahmen oder spätestens nach Ablauf einer Frist von insgesamt drei Jahren muss die Gemeinde im Rahmen eines Umsetzungs- oder Endberichts über die Verwirklichung der Maßnahmen informieren. Dieser Bericht, der eine Kurzdarstellung der erzielten Ergebnisse im Rahmen des gesamten Auditprozesses beinhaltet, ist wieder bei der Zertifizierungsstelle einzureichen. Wird auch dieser Bericht wieder positiv begutachtet, so steht der Zertifizierung nichts mehr im Wege. Im Falle eines negativen Gutachtens, erhält die Gemeinde eine Frist von maximal sechs Monaten zur Nachbesserung. Die sonstigen Kriterien und Vorgehensweisen zur Zeichenvergabe entsprechen den Bestimmungen zum Grundzertifikat. Feierlich wird auch das Zertifikat von der Republik Österreich, vertreten durch den/die jeweiligeN BundesministerIn, verliehen. Damit ist die Gemeinde berechtigt, das Zertifikat für weitere drei Jahre zu führen.

Strebt die Gemeinde nach Ablauf der Nutzungsberechtigung des Zertifikats – spätestens drei Jahre ab Datum der schriftlichen Urkunde über die Verleihung des Zertifikats – eine Erneuerung des Zertifikats an, so haben die Gemeinden nach Erreichung des vereinbarten SOLL-Zustands erneut eine IST/SOLL-Analyse, und die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, vorzunehmen. Hier empfiehlt die Rahmenrichtlinie, spätestens ein Jahr vor Ablauf des Zertifikats mit der Re-Auditierung zu beginnen ist.

In den meisten Fällen entscheiden sich einzelne Gemeinden, sich dem Audit-Prozess anzuschließen. Seit 2006 gibt es jedoch, wie auch eingangs erwähnt, die Möglichkeit im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit am Audit *familienfreundlichegemeinde* teilzunehmen. Dabei ist es wichtig, eine federführende Gemeinde als hauptverantwortlichen (Ansprech-)Partner für die FBG zu bestimmen. Für die Teilnahme müssen jedoch alle

beteiligten Gemeinden einen Gemeinderatsbeschluss fällen, sowie die Teilnahmevereinbarung unterzeichnen. Dabei bestimmt jede Partnergemeinde eineN ProjektleiterIn, der/die ProjektleiterIn in der federführenden Gemeinden ist dann auch zeitgleich AnsprechpartnerIn für die FBG. Im Handbuch wird jedoch empfohlen, dass das Auditseminar von VertreterInnen jeder beteiligten Gemeinde besucht wird. Es gibt aber keine Verpflichtung. Bei den Projektgruppen ist vorgesehen, dass es in jeder Gemeinde eine repräsentative Gruppe gibt, aber auch eine Gesamtgruppe, die sich aus den jeweiligen ProjektleiterInnen zusammensetzen kann. Bei den Maßnahmen ist darauf zu achten, dass die Ergebnisse der Arbeit der einzelnen Gemeinden in der Gesamtgruppe koordiniert werden. Bei der Ermittlung des SOLL-Zustands ist darauf zu achten, welche Maßnahmen gemeindeübergreifend umgesetzt werden können. Ziel ist, Synergieeffekte zu schaffen bzw. Synergiepotenziale zu nutzen. Grundsätzlich gilt jedoch: „Ein Mehrwert an Familienfreundlichkeit muss in jeder an der IKZ teilnehmenden Gemeinde zu erkennen sein.“⁸²

Der Öffentlichkeitsarbeit kommt in diesem Projekt eine wesentliche Rolle zu, denn das Audit setzt zu einem ganz wesentlichen Teil auf die Teilhabe der BürgerInnen in den Gemeinden. Ganz im Sinne der Rational Choice Theorie müssen die Menschen ja auch wissen, welche Vor- und Nachteile es in ihrer Gemeinde in Bezug auf die Familienfreundlichkeit gibt. Will eine Gemeinde nun also mehr Vorteile schaffen, um die BürgerInnen in ihrer Gemeinde zu halten, oder neue BürgerInnen anlocken, so ist die Verbesserung der Angebote der Gemeinde ein ganz wesentliches Element um in den persönlichen Kosten-Nutzen-Rechnung mehr Pluspunkte zu haben. Daher gilt: Die Politik kann Strukturen vorgeben, die Menschen entscheiden jedoch selbst, ob sie sich von den Strukturen beeinflussen lassen oder nicht (siehe auch im Theorie-Kapitel genanntes Beispiel des Mehrkindzuschlags).

BürgerInnenbeteiligung

BürgerInnenbeteiligung schwelt gerade in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung und immer geringer werdendem Interesse an der Politik in der politischen Diskussionswelt herum. Doch gerade im Rahmen des Audit bildet diese einen wesentlichen Punkt in der Umsetzung. Deshalb gilt: Ohne BürgerInnen keine familienfreundliche Gemeinde. Im Handbuch des Audit wird ausdrücklich darauf hingewiesen:

⁸² Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Handbuch Audit *familienfreundliche Gemeinde*; Stand April 2011; S. 33

„Die GemeindebürgerInnen aller Generationen sind zur Erhebung des tatsächlichen Bedarfs an familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen im Rahmen des Audit mit einzubinden, um eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung sicherzustellen.“⁸³

Gleich im nächsten Satz wird die Kosten-Nutzen-Rechnung im Sinne meiner Auffassung der Rational Choice-Theorie angesprochen:

„Will man erst einmal eine klare Vorstellung vom ‚wiunschenswerten Zustand‘ künftighin vor dem geistigen Auge skizzieren, so lässt sich dies mit der allgemeinen Fragestellung eröffnen: ‚Wie soll unsere Gemeinde hinsichtlich Familienfreundlichkeit in Zukunft aussehen?‘ nach dem Motto: ‚Hier geht’s uns gut, hier lassen wie uns nieder!‘“⁸⁴

Die Einbindung der Bevölkerung soll also dazu dienen, die individuellen Wünsche „bottom-up“ zu erfahren und so als Gemeinde präziser Pluspunkte auf der Kosten-Nutzen-Rechnung sammeln zu können.

Obwohl die BürgerInnen innerhalb der Projektgruppe sowieso schon in den Prozess eingebunden sind, wird im Handbuch zu einer Verbreiterung der Beteiligungsbasis geraten. Die typischen Formen wie Befragungen oder Umfragebögen sind dabei genauso möglich wie andere Formen der BürgerInnenbeteiligung. Im Handbuch werden daher folgende Vorschläge zur Beteiligung der BürgerInnen gemacht – der Kreativität der Gemeinde soll dabei absichtlich keine Grenze gesetzt sein:

- Generationsspezifischen Gesprächs- und Diskussionsrunden
- Projektarbeiten in Kindergärten und Schulen
- Zeichenwettbewerbe
- Ideenpostkasten – Ideenwettbewerb
- Fragebögen/Interviews
- Einbeziehung der Wirtschaft
- Arbeitskreise
- Jugendgruppen, SeniorenInnentreffs, etc.

⁸³ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Handbuch Audit *familienfreundlicheGemeinde*; Stand April 2011; S. 15

⁸⁴ Handbuch Audit *familienfreundlicheGemeinde*, S. 15

Erhebung und Auswertung der Daten – Erklärung zur Methode

Um die Motive und den Erfolg oder Misserfolg der Maßnahmen im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* zu analysieren, werden mehrere Datenquellen herangezogen.

Datenquelle 1: Jährlich werden zur Verleihung der Grund- und Endzertifikate Festpublikationen herausgegeben, in denen die ausgezeichneten Gemeinden kurz vorgestellt werden. Dafür werden jedes Jahr auch die Motive der darin vorkommenden Gemeinden erhoben. Von insgesamt drei Jahren (2009-2011) und 135 zertifizierten Gemeinden von 220 Gemeinden im Audit-Prozess liegen diese Booklets der Zertifikatsverleihungen vor.

Datenquelle 2: Im Rahmen des Audit müssen die Gemeinden immer wieder Evaluationsbögen abgeben und bewerten lassen um im Prozess weiter voranzuschreiten. Beim Grundzertifikat werden der IST- sowie der SOLL-Zustand, aber auch der Verlauf des Projekts angegeben. Bis zur Zertifizierung müssen die Gemeinden jährlich Fortschrittsberichte abgeben, in denen sie Auskunft über den Stand der Verwirklichung der Maßnahmen abgeben und beim Endbericht, der zur Einreichung des Zertifikats nach spätestens drei Jahren verfasst wird, gibt es einen Rückblick auf alle verwirklichten, teils oder nicht verwirklichten Maßnahmen. Da die Auditberichte datenrechtlich geschützt sind, wurde eine Stichprobe von elf ausgesuchten Gemeinden aus allen Bundesländern außer Wien ausgewählt. Kriterium bei der Wahl war zum einen die Gemeindegröße unter 5.000 EinwohnerInnen und die Zeitspanne der Teilnahme am Auditprozess, um ein möglichst breites Erfahrungsspektrum zu garantieren. Die Gemeindegröße ist wichtig, da große und kleine Gemeinden in der Verwirklichung der Maßnahmen nicht zu vergleichen sind, da große Gemeinden erstens andere Problemlagen in Sachen Familienfreundlichkeit haben und außerdem über viel bessere finanzielle Ausstattung verfügen. Acht Gemeinden schickten den Umsetzungsbericht, Deutsch Schützen-Eisenberg den Fortschrittsbericht, da es im Burgenland noch keine längeren Erfahrungen mit dem Audit *familienfreundlichegemeinde* gibt, und Bludenz schickte nur Teile des Umsetzungsberichts. Zur Auswertung werden vor allem die Letztberichte herangenommen.

Datenquelle 3: Da durch die Evaluationsberichte zwar analysiert werden kann, welche Maßnahmen verwirklicht werden konnten und welche nicht, aber nicht, wie gut oder schlecht sie in der Bevölkerung angenommen wurden und wie schwer oder leicht sie umzusetzen waren, wurden jene zehn Gemeinden, die die Evaluationsberichte zur Verfügung gestellt haben, mittels eines Fragebogens, der eine offene Fragestellung beinhaltet, zur Wirksamkeit ihrer Maßnahmen befragt. Der Fragebogen wurde per E-Mail verschickt, die ausgefüllten

Exemplare wieder per E-Mail an den Absender zurückgesandt. Dadurch, dass die Stichprobe mit ungefähr fünf Prozent relativ gering ist, konnte jedoch sichergestellt werden, dass alle Fragebögen mehr oder weniger zufriedenstellend ausgefüllt wieder retourniert wurden.

In Österreich gibt es insgesamt 2.357 Gemeinden. Die Stichprobe beschränkt sich unter anderem auf die Gemeinden mit unter 5.000 EinwohnerInnen, weil sie die große Mehrheit (2.131 Gemeinden) in Österreich darstellen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Größe der österreichischen Gemeinden

EinwohnerInnenInnen	Gemeindeanzahl
Bis 100	6
101 bis 500	175
501 bis 1.000	431
1.001 bis 2.500	1.096
2.501 bis 5.000	423
5.001 bis 10.000	155
10.001 bis 20.000	46
20.001 bis 50.000	16
Über 50.000	9
Gesamt	2.357

Quelle und Tabelle: Österreichischer Gemeindebund, Stand: 2. Dezember 2011

Von den 2.357 Gemeinden Österreichs befinden sich 220⁸⁵ aus allen Bundesländern außer Wien im Auditprozess zur familienfreundlichen Gemeinde. Diese stellen die Grundgesamtheit der Erhebung dar.

⁸⁵ Stand: 20. Dezember 2011; Quelle: Mag. Anna Nödl-Ellenbogen, Projektmanagerin des Österreichischen Gemeindebunds für das Audit *familienfreundliche Gemeinde*

Tabelle 2: Gemeinden im Audit *familienfreundlichegemeinde* im Vergleich zur Gesamtanzahl der Gemeinden pro Bundesland

Bundesland	Anzahl der Gemeinden (ohne Wien)	Anzahl der Gemeinden im Audit <i>familienfreundlichegemeinde</i>
Burgenland	171	9
Kärnten	132	8
Niederösterreich	573	54
Oberösterreich	444	81
Salzburg	119	24
Steiermark	542	29
Tirol	279	7
Vorarlberg	96	8

Quelle: Österreichischer Gemeindebund, Stand: 16. Dezember 2011; Tabelle: Eigene Darstellung

In der folgenden Tabelle werden die befragten Gemeinden und der Stand im Auditprozess kurz angeführt. Nähere Informationen zu den zehn Gemeinden werden im folgenden Kapitel noch erläutert.

Tabelle 3: Ausgewählte Gemeinden nach Bundesland und Stand im Auditprozess

Bundesland	Gemeinde	Stand im Auditprozess
Burgenland	Bad Schützen-Eisenberg	Grundzertifikat
Kärnten	Moosburg	2. Zertifikat
Niederösterreich	Kaumberg	Zertifikat
	Weissenbach an der Triesting	Zertifikat
Oberösterreich	Frankenmarkt	Zertifikat
Salzburg	Hallwang	Zertifikat
Steiermark	Gabersdorf	Zertifikat
	Weinburg am Saßbach	Zertifikat
Vorarlberg	Bludenz	Zertifikat

Quelle und Tabelle: Eigene Darstellung

Natürlich wurde versucht, auch in Tirol eine Gemeinde für die Auswertung zu finden, es scheiterte schlussendlich an der geringen Anzahl (erst eine Gemeinde ist zertifiziert, eine Gemeinde hat das Grundzertifikat) der teilnehmenden Gemeinden und an einem kaputten Computer und den damit verlorenen Daten der Projektleiterin in Steinach am Brenner, einer der am fortgeschrittensten Gemeinde im Auditprozess in Tirol. In Vorarlberg konnte das Kriterium der Gemeinde unter 5.000 EinwohnerInnen nicht eingehalten werden, da hier nur Bludenz und Feldkirch das Zertifikat haben, und Bludenz von den beiden diejenige Gemeinde mit der geringeren Bevölkerungszahl ist.

Auswertungsmethode

Da die Datenmengen sich auf Kurztexte beschränken, wird die Auswertungsmethode sich bei den Datenquellen 1 und 2 auf die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring⁸⁶ mit Codes beschränken. Bei den Fragebögen wird ebenso versucht, die Antworten mittels induktiver, offener Codes zu verdichten, und anschließend qualitativ auszuwerten. Im Rahmen dieses Forschungsteils wird jedoch aufgrund der Diversität der Maßnahmen und ihrer Bewertung kein Anspruch auf Vollkommenheit gelegt. Vielmehr geht es darum, von einzelnen Gemeinden, die sich schon länger in diesem Prozess befinden, ein Bild zu bekommen, ob es Maßnahmen gibt, die beliebt, unbeliebt sind, sich leicht oder für viele schwer verwirklichen lassen, und die besser oder schlechter in der Bevölkerung angenommen werden und die schlussendlich dazu beitragen die Gemeinde für die Zukunft zu rüsten. Außerdem kann man anhand der Maßnahmen herausfinden, ob wirklich die Motive der Teilnahme oder andere Ziele im Endeffekt verfolgt wurden. Die Ansprechpersonen in den Gemeinden, die den Fragebogen ausgefüllt haben, haben zugestimmt, namentlich erwähnt zu werden. Durch die Auswertung der Motive kann mit der Analyse von mehr als der Hälfte der teilnehmenden Gemeinden jedoch ein sehr klares Bild über die Erwartungshaltungen gewonnen werden, während die Analyse der zehn Auswahlgemeinden zwar mehr in die Tiefe geht, aber eben nur rund fünf Prozent der teilnehmenden Gemeinden repräsentiert.

Durch die klare Darstellung der Datenerhebung und –auswertung ist die Nachvollziehbarkeit der Analyse jedoch schon gegeben. Allerdings soll angemerkt werden, dass es sich gerade bei der Bewertung der Maßnahmen und der Mitteilung der Motive um relativ subjektive Aussagen der prozessleitenden Personen handelt, die vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt wieder anders ausfallen würden.

⁸⁶ Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse; Weinheim; Deutscher Studien Verlag; 2008

Die ausgewählten Gemeinden im Detail

Zur näheren Analyse der Motive und Effekte des Audits *familienfreundliche Gemeinde* wurden elf Gemeinden aus allen Bundesländern außer Wien ausgewählt und stimmten dem Beitrag der Evaluationsberichte und der Ausfüllung der Fragebögen zu. Eine Gemeinde in Tirol, nämlich Steinach am Brenner, konnte kurzfristig doch keinen Beitrag liefern, da der PC, auf dem die Daten über die Evaluation des Audits gespeichert waren, kaputt ging. Somit können nur mehr zehn Gemeinden in acht Bundesländern analysiert werden. Die Wahl der Gemeinden fiel, wie auf den vorigen Seiten beschrieben, bewusst nach EinwohnerInnenzahl, Länge der Teilnahme am Audit und Bundesland aus. Außerdem wurde in der Auswahl Wert auf die Unterschiedlichkeit der demografischen Lage gelegt. Bis auf Bludenz erfüllen alle Gemeinden die Kriterien.

Da jede Gemeinde aufgrund ihrer anderen geografischen Lage oder anderen Parametern demografisch andere Gegebenheiten wie Bevölkerungszahl, Gemeindepotriebe wie Schulen oder Kindergärten, oder Wanderungszahlen vorweist, soll im folgenden Teil nun auf die Situation in jeder ausgewählten Gemeinde eingegangen werden, da dies auch einen wesentlichen Teil der Analyse bildet. Die Gemeinden werden nach Bundesländern aufgeteilt behandelt.

Für den Vergleich der Gemeinden im weiteren Verlauf der Arbeit wurden Langzeitstatistiken von 2002 bis 2010 für die Binnenwanderung und von 2001 bis zum ersten Quartal 2011 für die EinwohnerInnenzahl herangezogen. Die Aussagen über die Altersstruktur stammen aus dem Jahr 2011.

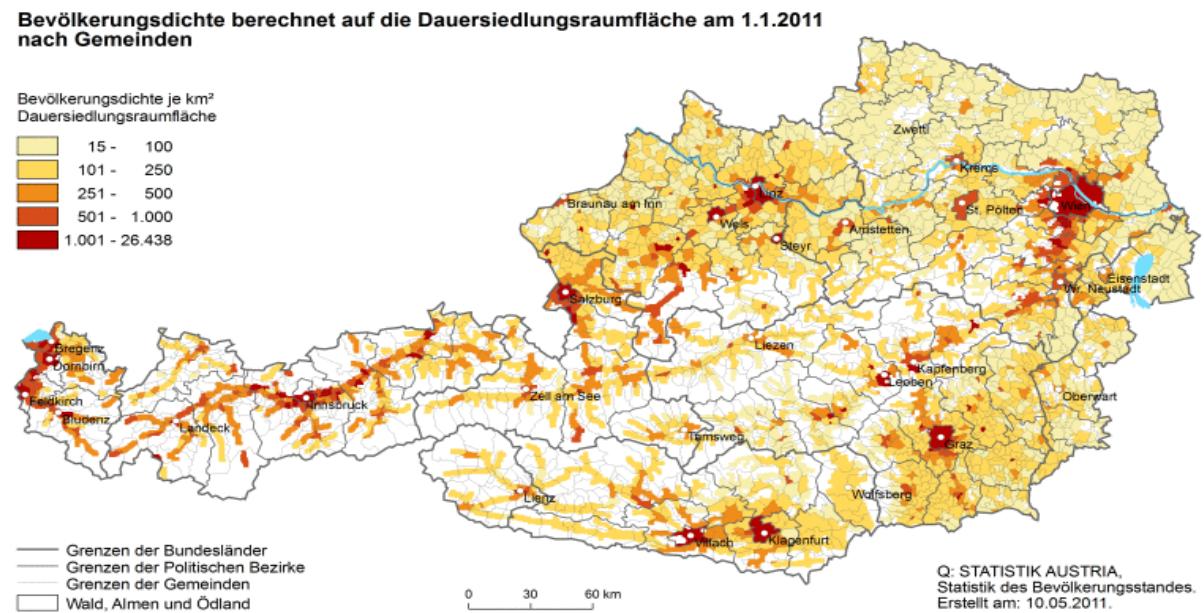
Auf den folgenden Seiten kann man sich, indem man die Karte mit den eingezeichneten Gemeinden, die auf durchsichtiger Folie gedruckt wurde, über die anderen Karten zu den Themen Bevölkerungsdichte und Binnenwanderung legt, einen ersten Eindruck der demografischen Lage verschaffen, die auf den folgenden Seiten im Einzelnen erläutert wird.

Grafik 13: Karte der ausgewählten Gemeinden, die sich im Audit *familienfreundlichegemeinde* befinden



Quelle: Eigene Darstellung; Karte erstellt auf stepmap.de

Grafik 14: Bevölkerungsdichte berechnet auf die Dauersiedlungsraumfläche am 1.1.2011 nach Gemeinden

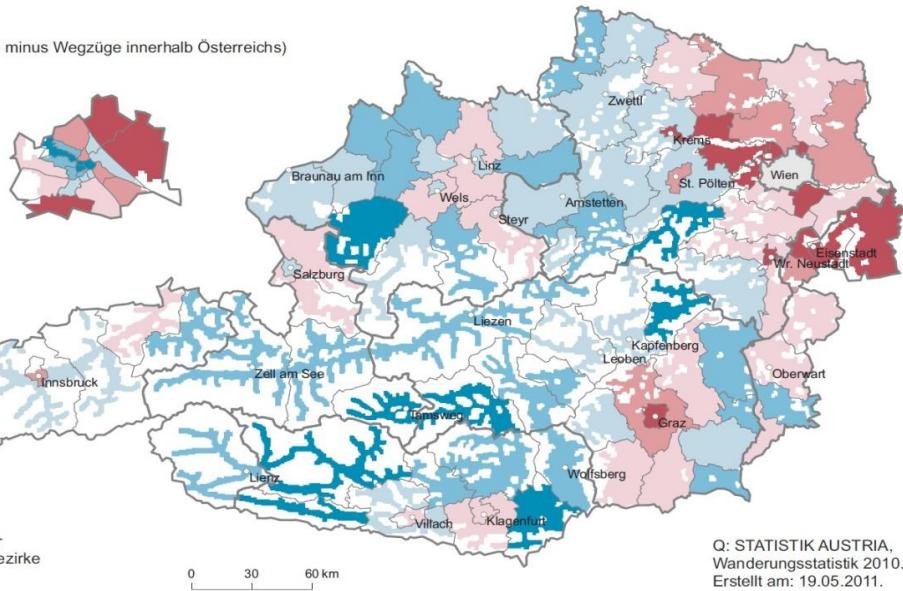
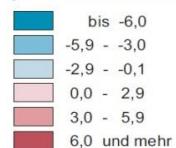


Quelle: Statistik Austria

Grafik 15: Wanderungen 2010: Binnenwanderung nach Politischen Bezirken

Wanderungen 2010: Binnenwanderungen nach Politischen Bezirken

Binnenwanderungssaldo (Zuzüge minus Wegzüge innerhalb Österreichs)
je 1.000 der Bevölkerung

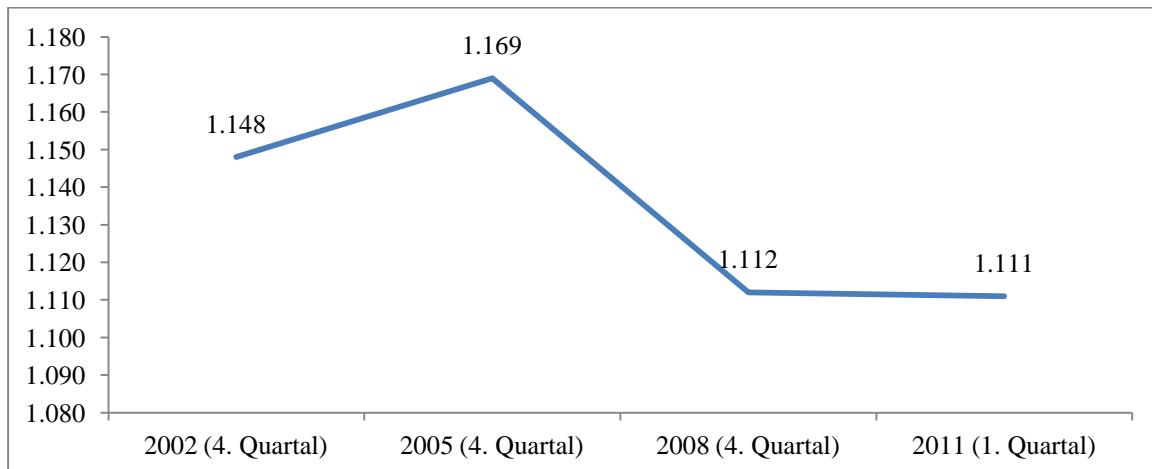


Quelle: Statistik Austria

Deutsch Schützen-Eisenberg

Die südburgenländische Gemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg liegt direkt an der Grenze zu Ungarn im Bezirk Oberwart. Im Vergleich zu 2002 hat sie an EinwohnerInnen verloren, obwohl es zwischen 2002 und 2005 einen leichten Zuwachs (um 21 EinwohnerInnen) gegeben hat (siehe Grafik 16). Sieht man sich die Bevölkerungsstruktur näher an, so zeigt sich, dass es bei 1.111 EinwohnerInnen im ersten Quartal 2011 ein relativ großer Prozentsatz von 65,71 Prozent im Alter zwischen 15 und 65 Jahren war, während die EinwohnerInnen zwischen 0 und 15 Jahren mit 9,18 Prozent vergleichsweise unterrepräsentiert sind. Mit 25,11 Prozent der BürgerInnen die 65 Jahre oder älter sind, weist Deutsch Schützen-Eisenberg die höchste Quote der ausgewählten Gemeinden bei den PensionistInnen auf.⁸⁷

Grafik 16: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Deutsch Schützen-Eisenberg



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Sieht man sich die Zahlen der Binnenwanderung an, so zeigt sich, dass es gerade bei den 0 bis 17 Jährigen von 2002 bis 2010 ein Zuwanderungsplus von 10,1 Prozent gegeben hat. Einen positiven Wanderungssaldo gab es in diesem Zeitraum ebenso bei den 40 bis 59 Jährigen von 16,96 Prozent und auch bei den 60 bis 74 Jährigen von 1,62 Prozent. Deutlich ins Minus geht der Wanderungssaldo bei den 18 bis 26 Jährigen (- 28,48 Prozent) bei den 27 bis 39 Jährigen (-5,41 Prozent) und bei den Menschen im Alter 75plus (-17,68 Prozent).⁸⁸

⁸⁷ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

⁸⁸ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Blickt man auf die vorhandene Infrastruktur lassen sich die Wanderungsbewegungen mit fehlender höherer Bildungsinfrastruktur leicht erklären, denn in der Gemeinde gibt es einen Kindergarten und eine Volksschule. Auch die Abwanderung bei den Menschen, die 75 und älter sind, lässt sich mit dem fehlenden Altenwohnheim erklären. Es scheint so, als wäre die Gemeinde besonders für Menschen im Alter von 40 bis 74 Jahren attraktiv.⁸⁹

Daten zum Audit *familienfreundlichegemeinde*:

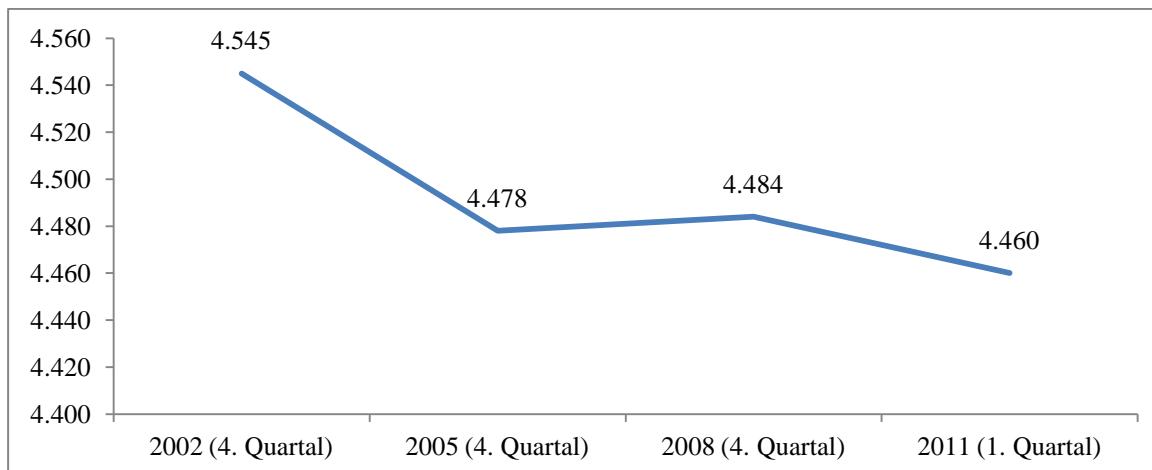
- Teilnahme-Vereinbarung: 2008
- Grundzertifikat: 2009
- Ansprechpartner: Vizebürgermeister Herbert Weber

Moosburg

Die Kärntner Gemeinde Moosburg mit seinen 4.460 EinwohnerInnenInnen liegt ungefähr vierzehn Kilometer neben der Landeshauptstadt Klagenfurt. Moosburg ist Pilotgemeinde im Audit und blickt somit auf eine besonders lange Erfahrung mit dem Audit *familienfreundlichegemeinde* zurück.

Obwohl Moosburg als Umlandgemeinde von Klagenfurt einerseits von der Nähe profitiert, verliert sie seit 2002 leicht, aber stetig an EinwohnerInnenInnen. Waren es 2002 noch 4.545 EinwohnerInnenInnen, so schrumpften diese bis zum 1. Quartal 2011 auf 4.460 EinwohnerInnen.

Grafik 17: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Moosburg



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

⁸⁹ Information zur Infrastruktur der Gemeinde von der Gemeinde-Homepage: <http://www.eisenberg.at/>

Die Bevölkerung teilt sich in 15,54 Prozent Kinder bis 15 Jahre, 65,71 Prozent Menschen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren und mit 19,42 Prozent auch einer relativ hohen Anzahl an älteren Menschen über 65 Jahre.⁹⁰ Die Zahl der Kinder ist relativ gering, wenn man sich die Zahl der Schulen ansieht, denn immerhin verfügt Moosburg über zwei Volksschulen, eine Sonderschule und einen Kindergarten.⁹¹ Die relativ hohe Anzahl der Schulen macht sich jedoch bei der Binnenwanderungsstatistik von 2001 bis 2010 bemerkbar, denn gerade bei den 0 bis 17 Jährigen gibt es einen positiven Wanderungssaldo von 3,68 Prozent. Dass die höhere Bildung in der Gemeinde fehlt, ist jedoch auch bei der Binnenwanderungsstatistik ersichtlich, denn bei den Jugendlichen im Alter von 18 bis 26 Jahren ziehen um 64,43 Prozent mehr Personen im Zeitraum von 2002 bis 2010 weg, als in die Gemeinde. Der negative Wanderungssaldo macht sich bis zum Alter von 59 Jahren (27 bis 39 Jährigen: -11,01 Prozent; 40 bis 59 Jährigen: -5,69 Prozent) bemerkbar. Erst danach ziehen wieder mehr Menschen in die Gemeinde als weg. Signifikant ist der Wanderungssaldo vor allem bei den 75 plus Jährigen mit 58,06 Prozent⁹², da es zwei Altenwohnheime in der Gemeinde gibt.

Daten zum Audit *familienfreundlichegemeinde*:

- Grundzertifikat: 2003
- 1. Zertifikat: 2007
- 2. Zertifikat: 2010
- Ansprechpartner: Bürgermeister Herbert Gaggl und Gemeindemitarbeiterin Sylvana Wobak

Kaumberg

Kaumberg liegt in Niederösterreich an der Grenze von Wienerwald und Voralpen. Die 995-EinwohnerInnen-Gemeinde hat seit 2002 stetig, aber nur eine geringe Anzahl an EinwohnerInnen verloren. Ein leichtes Minus (-3,48 Prozent) zeigt auch der Binnenwanderungssaldo über die letzten acht Jahre. Besonders stark war der Abgang von minus 34,27 Prozent bei den 18 bis 26 Jährigen, der sich trotz der Nähe (ca. 55 km) zu Wien

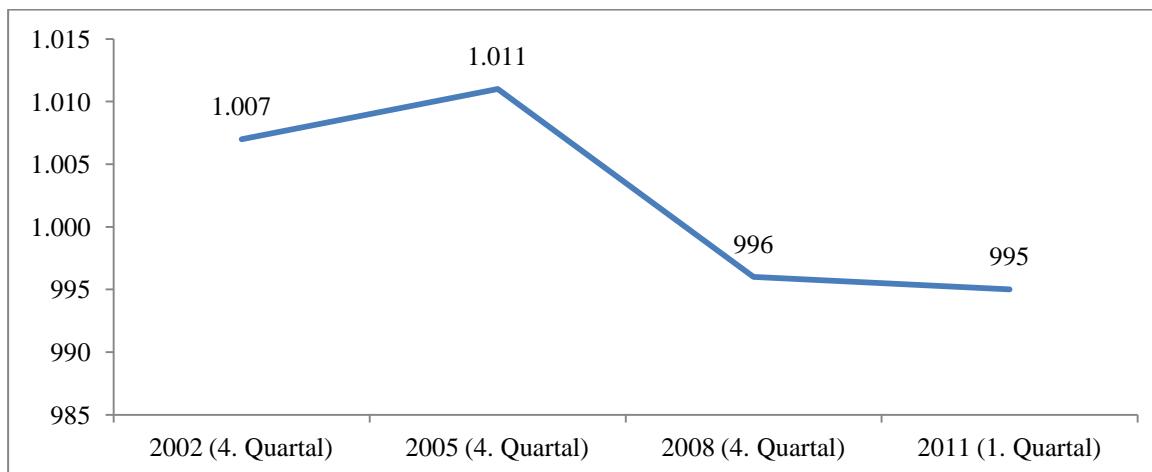
⁹⁰ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

⁹¹ Aussagen zur Infrastruktur der Gemeinde: Gemeindehomepage von Moosburg: www.moosburg.gv.at/ und Statistik Austria: Schulen 2009/10 nach Gemeinden und Schultypen; (http://www.statistik.at/web_de/static/schulen_200910_nach_gemeinden_und_schultypen_043305.xls); erhoben am 2. Dezember 2011

⁹² Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

auch wieder mit den fehlenden höheren Bildungseinrichtungen erklären lässt. Da Kaumberg über kein eigenes Alten- oder Pflegeheim verfügt, ist der Binnenwanderungssaldo auch bei den über 60-Jährigen negativ (60-74 Jährige: -2,56; 75+ Jährige: -11,48 Prozent). In der Gesamtbilanz der Jahre 2002 bis 2010 betrug der Binnenwanderungssaldo -3,48 Prozent.⁹³

Grafik 17: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Kaumberg



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

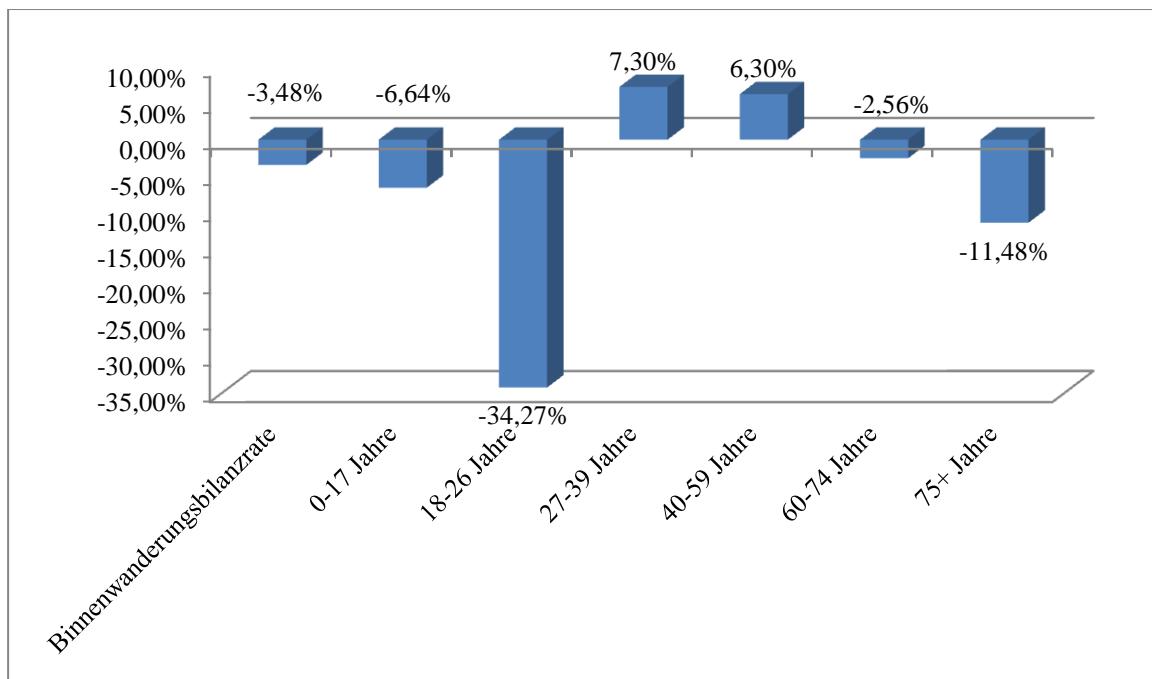
Mit 16,18 Prozent Kinder im Alter von 0 bis 15 Jahren, hat Kaumberg in dieser Altersgruppe immer noch vergleichsweise viele Kinder. Den Großteil von 66,13 Prozent machen auch hier die 15 bis 65 Jährigen aus und obwohl Kaumberg kein Altenwohnheim hat, gibt es in Kaumberg 17,69 Prozent über 65 Jährige.⁹⁴ Bei der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur bietet die Gemeinde trotz ihrer wenigen EinwohnerInnen einen Kindergarten und eine Volksschule.⁹⁵

⁹³ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

⁹⁴ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

⁹⁵ Aussagen zur Infrastruktur der Gemeinde: Gemeindehomepage von Kaumberg: www.kaumberg.at/ und Statistik Austria: Schulen 2009/10 nach Gemeinden und Schultypen; (http://www.statistik.at/web_de/static/schulen_200910_nach_gemeinden_und_schultypen_043305.xls); erhoben am 2. Dezember 2011

Grafik 18: Binnenwanderungsbilanz in Kaumberg 2002-2010



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

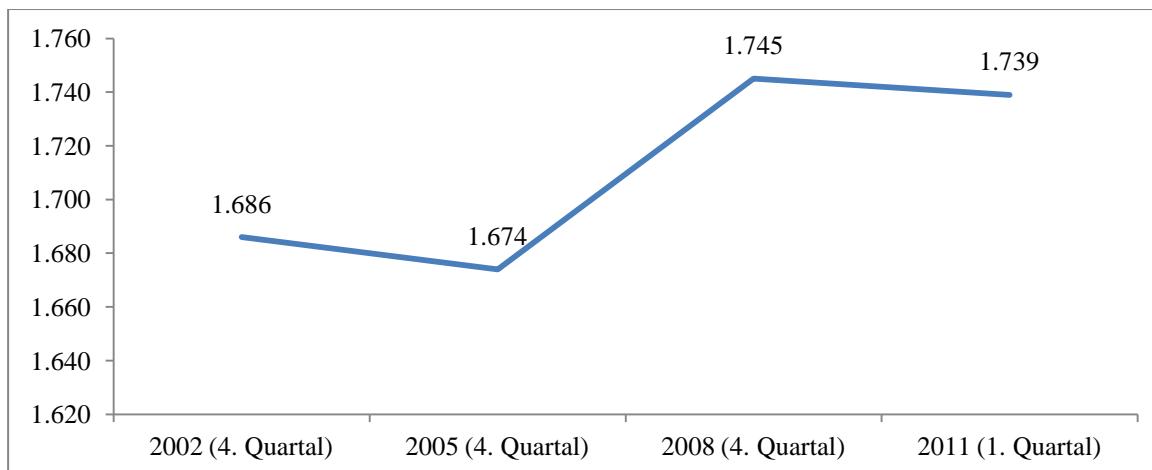
Daten zum Audit *familienfreundliche Gemeinde*:

- Grundzertifikat: 2008
- Zertifikat: 2011
- Ansprechpartner: Bürgermeister Michael Singraber

Weissenbach an der Triesting

Nur 14 Kilometer von der Gemeinde Kaumberg liegt die Gemeinde Weissenbach an der Triesting. Die EinwohnerInnenzahl schwankte in den letzten acht Jahren beträchtlich. Hatte Weissenbach 2002 noch 1.686 EinwohnerInnenInnen, verlor die Gemeinde bis 2005 zwölf BürgerInnen um bis 2008 auf 1.745 zu steigen. Im ersten Quartal 2011 betrug die EinwohnerInnenzahl schließlich 1.739 Menschen.

Grafik 19: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Weissenbach an der Triesting



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Mit 14,84 Prozent weist Weissenbach die drittgeringste Quote bei den Unter-15-Jährigen auf. Dafür liegt der Prozentwert von 67,57 Prozent bei den 15 bis 65 Jährigen am zweiten Platz beim Vergleich der ausgewählten Gemeinden. Bei den älteren EinwohnerInnen liegt die Gemeinde mit 17,6 Prozent im Mittelfeld.⁹⁶ Obwohl Weissenbach den drittgeringste Wert bei den Unter-15-Jährigen aufweist, bietet die Gemeinde gerade dieser Altersgruppe zwei Kindergärten⁹⁷, zwei Volksschulen und eine Hauptschule.⁹⁸

Im Achtjahresvergleich zeigt Weissenbach an der Triesting nur ein geringes Minus im Binnenwanderungssaldo von 1,62 Prozent. Die höchste Abwanderung findet auch hier im Alter von 18 bis 36 Jahren statt. Geringer wird sie in den weiteren Lebensjahren, bis sie im Alter von 40 bis 59 Jahren gegen null geht und von 60 bis 74 Jahren wieder im Plus ist. Erst danach wird wahrscheinlich aufgrund des fehlenden Altenheims in der Gemeinde der Binnenwanderungssaldo wieder negativ (-3,53 Prozent).⁹⁹

⁹⁶ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

⁹⁷ Siehe Gemeindehomepage: <http://www.weissenbach-triesting.at/system/web/default.asp>; erhoben am 3. Dezember 2011

⁹⁸ Siehe Statistik Austria: Schulen 2009/10 nach Gemeinden und Schultypen; (http://www.statistik.at/web_de/static/schulen_200910_nach_gemeinden_und_schultypen_043305.xls); erhoben am 2. Dezember 2011

⁹⁹ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

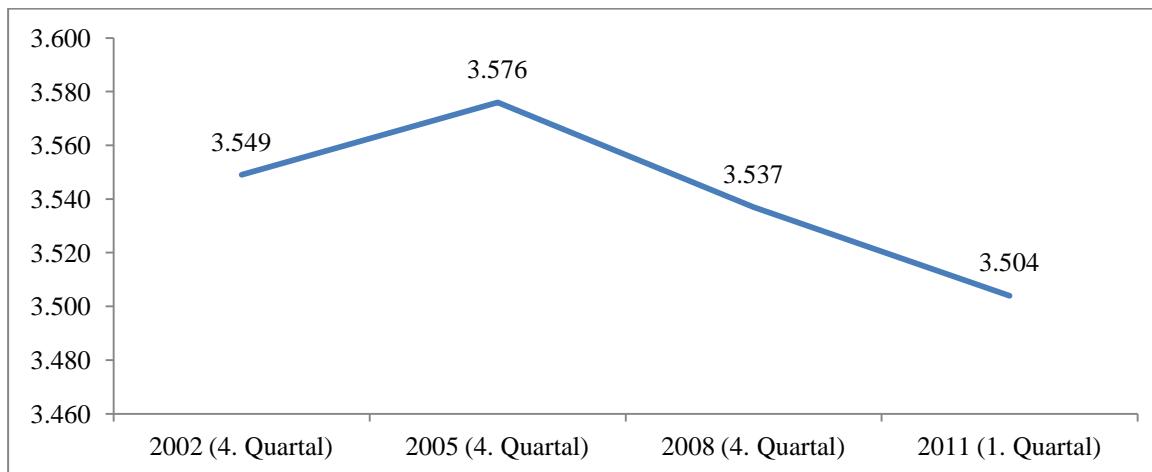
Daten zum Audit *familienfreundlichegemeinde*:

- Grundzertifikat: 2008
- Letzter Zwischenbericht Ende 2010
- Ansprechpartner: Der ehemalige Vizebürgermeister und jetzige Gemeinderat Heinz Angerer

Frankenmarkt

Die oberösterreichische Gemeinde Frankenmarkt liegt nahe der Grenze zu Salzburg im Traunviertel. Im ersten Quartal 2011 hatte sie 3.504 EinwohnerInnen. Damit fiel die Zahl seit 2002, nach einer ordentlichen Steigerung im Jahr 2005, um 45 EinwohnerInnen.

Grafik 20: EinwohnerInnen seit 2002 in Frankenmarkt

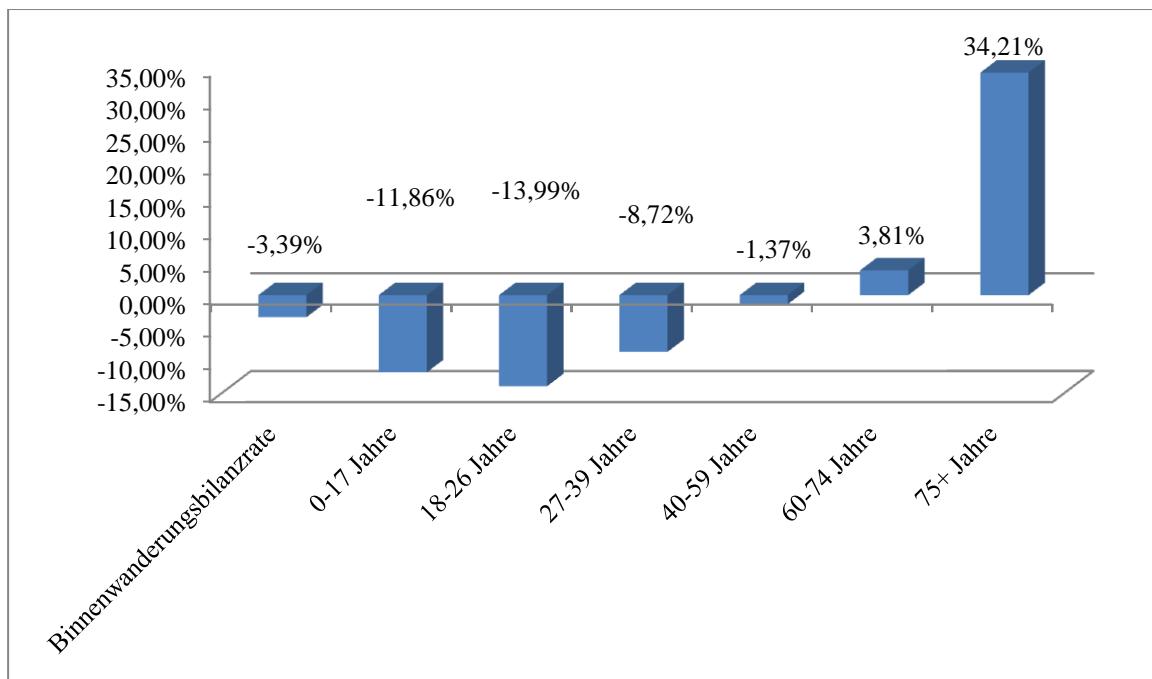


Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Im Jahr 2010 hatte Frankenmarkt mit 16,24 Prozent den größten Anteil an jungen BürgerInnen unter den Auswahlgemeinden. Die 15- bis 65-Jährigen machen in der Gemeinde einen Anteil von 65,84 Prozent aus und der Anteil der älteren Menschen liegt bei 17,92 Prozent.¹⁰⁰ Da Frankenmarkt über ein Altenwohnheim verfügt ist auch der Saldo der Binnenwanderung deutlich positiv bei den Über-75-Jährigen (+34,21 Prozent). Dafür ist er bei allen anderen Altersgruppen unter 60 Jahren leicht, aber doch im Minus.

¹⁰⁰ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Grafik 21: Binnenwanderungsbilanz in Frankenmarkt 2002-2010



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Der hohe negative Saldo bei den Unter-17-Jährigen ist umso signifikanter, da die Gemeinde bei der Infrastruktur für Kinder mit einem Kindergarten, einer Volks- und einer Hauptschule gerade im Pflichtschulbereich sehr gut ausgestattet ist.¹⁰¹

Daten zum Audit *familienfreundlichegemeinde*:

- Grundzertifikat: 2006
- Zertifikat: 2011
- Ansprechpartnerin: Gemeindeamtsmitarbeiterin Celina Rager

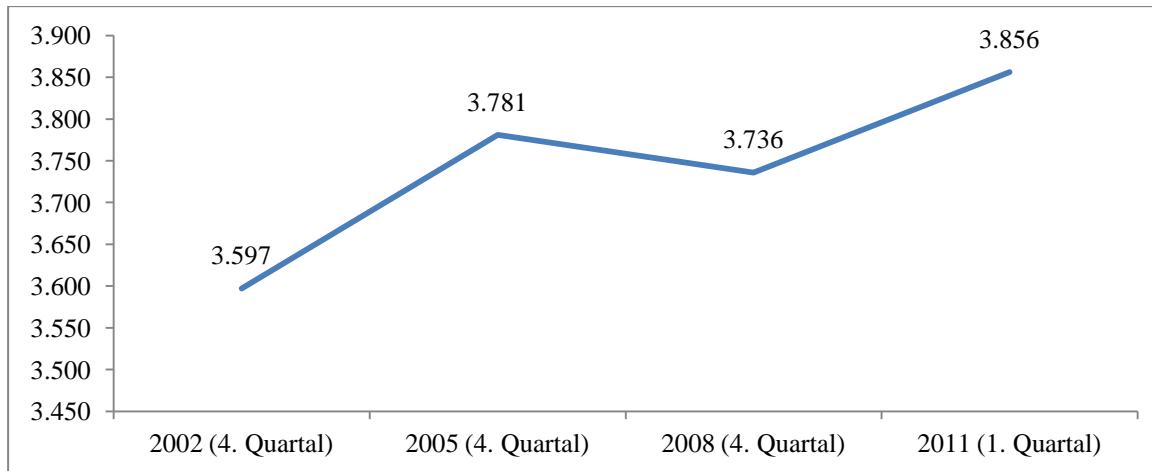
Hallwang

Die Gemeinde Hallwang gilt als Umlandgemeinde der Landeshauptstadt Salzburg und verfügt über 3.856 EinwohnerInnen. Anders als in den meisten anderen Auswahlgemeinden stieg die Bevölkerungszahl in Hallwang bis auf einen kleinen Einbruch von 2005 bis 2008 stark an, denn noch 2002 hatte die Gemeinde 3.597 EinwohnerInnen. Bei den Unter-15-Jährigen liegt die Gemeinde jedoch mit 15,59 Prozent wie auf bei den 15 bis 65 Jährigen nur im Mittelfeld.

¹⁰¹ Siehe Gemeindehomepage: <http://www.frankenmarkt.eu/home.html>; erhoben am 3. Dezember 2011 und Statistik Austria: Schulen 2009/10 nach Gemeinden und Schultypen; (http://www.statistik.at/web_de/static/schulen_200910_nach_gemeinden_und_schultypen_043305.xls); erhoben am 2. Dezember 2011

Den vierten Platz nimmt die Gemeinde jedoch bei den Über-65-Jährigen mit einer Quote von 19,01 Prozent ein.¹⁰²

Grafik 22: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Hallwang



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Obwohl der Prozentsatz der Kinder relativ gering ist, darf sich Hallwang in den letzten acht Jahren über einen positiven Binnenwanderungssaldo der Unter17-Jährigen von 9,68 Prozent freuen. Der Saldo gleitet jedoch schon bei 18 bis 26 Jährigen mit -24,96 Prozent stark ins Minus. Auch hier scheint die fehlende höhere Bildung die Jugendlichen trotz der Nähe zur Landeshauptstadt nicht in der Gemeinde halten zu können. Nach dem Studium im Alter von 27 bis 39 Jahren scheinen die meisten wieder in ihre Gemeinde zurückzuwandern, denn hier kehrt sich das Minus wieder in ein starkes Plus von 16,67 Prozent um. Auch in den folgenden Alterskategorien bleibt der Binnenwanderungssaldo im Plus (40-59 Jahre: 0,35 Prozent; 60-74 Jahre: 9,83 Prozent; 75+ Jahre: 89,22 Prozent).¹⁰³ Der Umstand, dass es in Hallwang ein vom Roten Kreuz betriebenes Seniorenwohnhaus gibt, dürfte die hohen Zuzugszahlen bei den

¹⁰² Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

¹⁰³ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Menschen über 75 erklären.¹⁰⁴ Für Kinder gibt es in der Gemeinde außerdem einen Kindergarten und eine Volksschule.¹⁰⁵

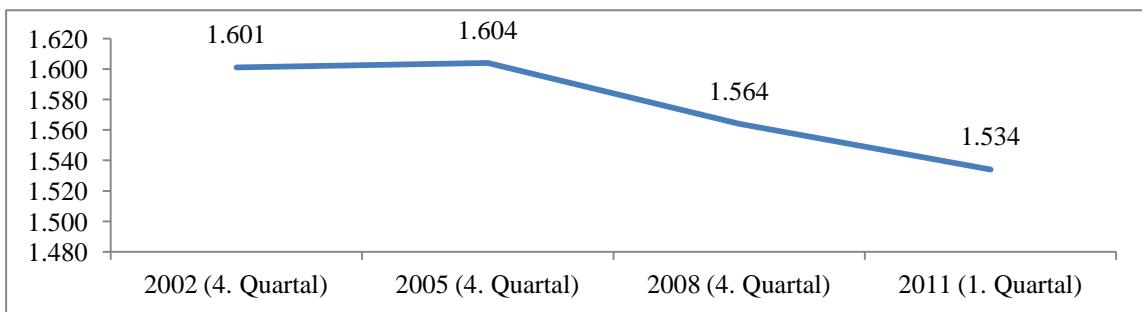
Daten zum Audit *familienfreundlichegemeinde*:

- Grundzertifikat: 2007
- Zertifikat: 2010
- Ansprechpartner: Bürgermeister Helmut Mödlhammer

Mühlbach am Hochkönig

In der malerischen Tourismusregion liegt die zweite ausgewählte Salzburger Audit-Gemeinde. Mühlbach am Hochkönig hat zwar in den letzten acht Jahren fast 70 EinwohnerInnen verloren, verfügt jedoch trotzdem über einen Kindergarten und eine Volksschule. Hatte Mühlbach 2002 noch 1.601 EinwohnerInnen, wohnen im ersten Quartal 2011 nur mehr 1.534 Personen in der Gemeinde.

Grafik 23: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Mühlbach am Hochkönig



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Immerhin 15,45 Prozent der MühlbacherInnen sind unter 15 Jahre alt, mit 65,19 Prozent im Alter zwischen 15 und 65 liegt die Gemeinde in dieser Altersgruppe bei den Schlusslichtern. Verhältnismäßig viele Menschen –nämlich 19,36 Prozent - sind in Mühlbach über 65 Jahre alt.¹⁰⁶

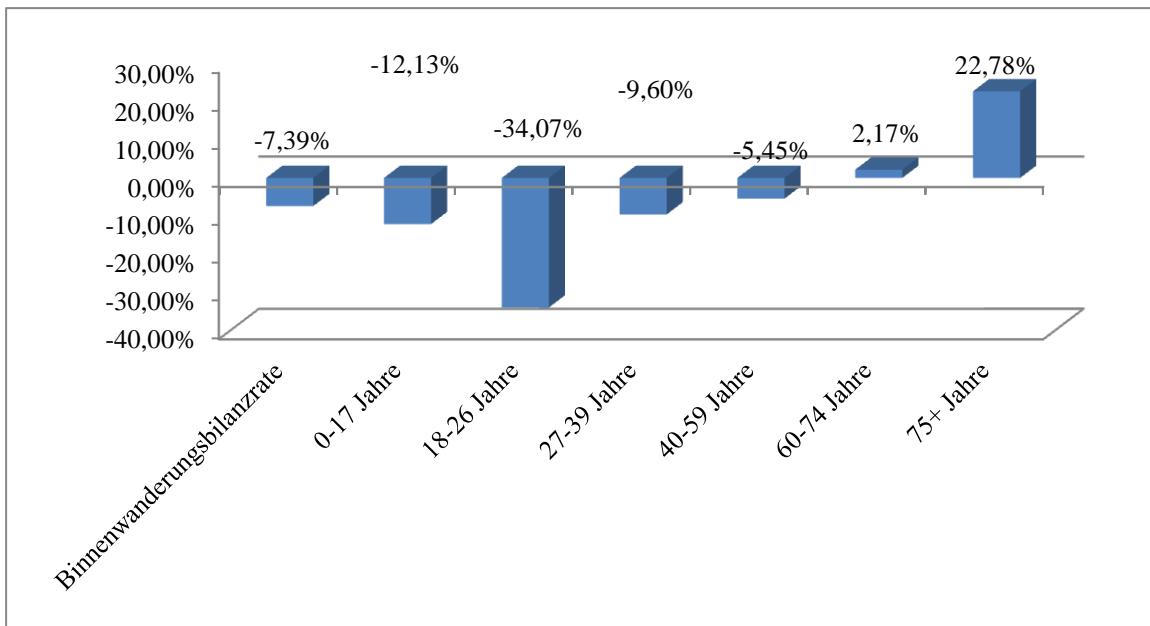
¹⁰⁴ Vergleiche die Homepage des Roten Kreuzes Salzburg: <http://www.roteskreuz.at/sbg/pflege-betreuung/pflegeeinrichtungen/seniorenwohnhaeuser/seniorenwohnhaus-hallwang/>; erhoben am 3. Dezember 2011

¹⁰⁵ Siehe: Statistik Austria: Schulen 2009/10 nach Gemeinden und Schultypen; (http://www.statistik.at/web_de/static/schulen_200910_nach_gemeinden_und_schultypen_043305.xls); erhoben am 2. Dezember 2011

¹⁰⁶ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Den einzigen positiven Wanderungssaldo von 2002 bis 2010 erzielt die Gemeinde bei den Menschen über 60 Jahren (60-74 Jahre: 2,17 Prozent; 75+ Jahre: 22,78). Auch hier dürfte wie auch bei den anderen Gemeinden der Grund das SeniorInnenwohnheim sein. Bei allen anderen Altersgruppen zeigt der Saldo mehr oder weniger stark ins Minus. Erwartungsgemäß ist er bei der Altersgruppe 18 bis 26 Jahren mit minus 34,07 Prozent am höchsten.¹⁰⁷

Grafik 24: Binnenwanderungsbilanz in Mühlbach am Hochkönig 2002-2010



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Daten zum Audit *familienfreundliche Gemeinde*:

- Grundzertifikat: 2007
- Zertifikat: 2011
- Ansprechpartner: Bürgermeister Hans Koblinger

Gabersdorf

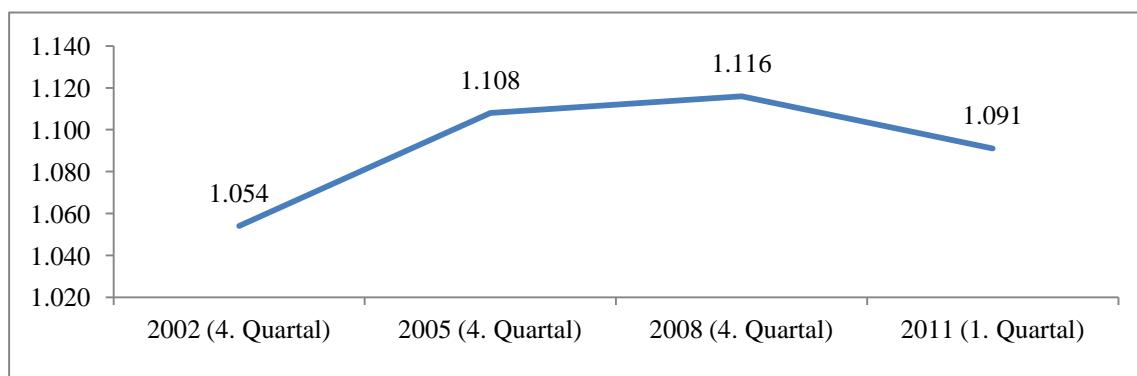
Die beiden steirischen Gemeinden, die nun vorgestellt werden, könnten unterschiedlicher nicht sein, obwohl sie nur 50 Kilometer auseinander liegen. Gabersdorf profitiert vom Zuzug in 25 Kilometer entfernte Graz, während Weinburg am Saßbach, das an der slowenischen Grenze liegt, eine Abwanderungsgemeinde ist.

¹⁰⁷ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

In Gabersdorf zogen von 2002 bis 2010 im Rahmen der Binnenwanderung 5,87 Prozent mehr Menschen zu, als weg. Gerade bei den 0 bis 17 Jährigen ist der Zuzug mit 14,03 Prozent am stärksten unter allen Altersgruppen. Außerdem darf sich Gabersdorf als einzige der ausgewählten Gemeinden über einen Binnenwanderungssaldo von 9,63 Prozent bei der Altersgruppe der 18 bis 26 Jährigen freuen. Auch bei der Altersgruppe (27-39 Jahre), die eventuell ihr Studium abgeschlossen hat und zu arbeiten beginnt, gibt es immer noch einen positiven Saldo von 7,96 Prozent. Ein leichtes Minus von 0,92 Prozent gibt es erst bei den 40 bis 59 Jährigen, das sich in der nächsten Altersgruppe der 60 bis 74 Jährigen wieder 4,45 ins Positive verkehrt, um schließlich bei denen, die älter als 75 sind, wieder 2,73 ins Minus zu wandern.¹⁰⁸

Daraus ergibt sich für Gabersdorf eine Bevölkerungszahl von 1.091 Menschen im ersten Quartal 2011. Diese Zahl hat sich seit 2002 erwartungsgemäß vergrößert, schrumpfte jedoch von 2008 auf 2011 leicht.

Grafik 25: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Gabersdorf



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Trotz allem jugendlichen Zuzug, liegt Gabersdorf bei der Altersstruktur der Unter-17-Jährigen nur im Mittelfeld. An dritter Stelle liegt Gabersdorf jedoch bei dem verhältnismäßig hohen Prozentsatz von 19,36 bei der Altersgruppe der Über-65-Jährigen. Die Altersgruppe der 15 bis 65 Jährigen liegt mit einem Anteil von 65,19 Prozent wieder im Mittelfeld der Auswahlgemeinden.¹⁰⁹

¹⁰⁸ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

¹⁰⁹ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Gerade in der Kinderbetreuung bietet Gabersdorf mit einem heilpädagogischen und einem normalen Kindergarten einen guten Angebotsmix, der durch die Volksschule ergänzt wird. Das Minus im Binnenwanderungssaldo lässt sich höchstwahrscheinlich durch das fehlende Altenwohnheim erklären.¹¹⁰

Gabersdorf kann neben Moosburg ebenso als Vorbildgemeinde in Sachen Audit gesehen werden, denn es ist die erste Gemeinde in Österreich, die als *familienfreundliche Gemeinde* zertifiziert wurde.

Daten zum Audit *familienfreundliche Gemeinde*:

- Grundzertifikat: 2006
- Zertifikat: 2009
- Ansprechpartner: Bürgermeister Franz Hierzer

Weinburg am Saßbach

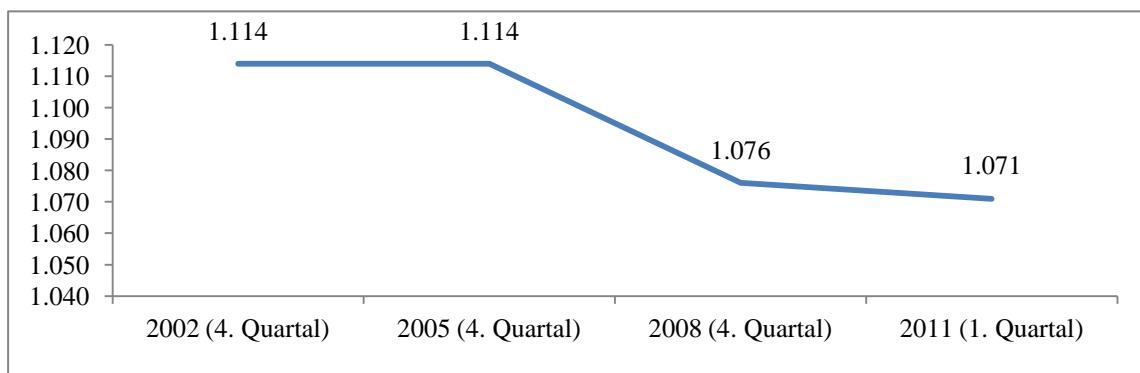
Weinburg am Saßbach ist wie vorhin erwähnt, die zweite steirische Gemeinde, die im Rahmen dieser Diplomarbeit näher analysiert wird. Obwohl die Gemeinde sich beispielsweise auf der eigenen Homepage dafür röhmt, den BürgerInnen „*gute Bedingungen für Einheimische*“¹¹¹ zu bieten, muss sie doch im Zeitraum von 2002 bis 2010 mit einem leichten Binnenwanderungssaldo von minus 4,44 Prozent kämpfen.¹¹² Die leichte Abwanderung hat sich im selben Zeitraum auch bei der Bevölkerungszahl manifestiert: Betrug 2002 die EinwohnerInnenzahl noch 1.114 Menschen, so sank sie in diesen mehr als acht Jahren kontinuierlich auf 1.071 BürgerInnen.

¹¹⁰ Informationen von der Gemeindehomepage: <http://www.gabersdorf.gv.at/>; erhoben am 3. Dezember 2011

¹¹¹ Siehe Gemeinde-Homepage von Weinburg am Saßbach: <http://www.weinburg-sassbach.at/>, erhoben am 3. Dezember 2012

¹¹² Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Grafik 26: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Weinburg am Saßbach



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Bis auf die Altersgruppe der Unter-17-Jährigen (3,73 Prozent) ist der Binnenwanderungssaldo zwischen 2002 und 2010 bei allen Altersgruppen im Minus oder nahe Null. Besonders deutlich ist der Überschuss an Abwanderungen bei den 18 bis 26 Jährigen (-17,09 Prozent), in der Altersgruppe 27 bis 39 Jahre (-11,91 Prozent) und bei den Über-75 Jährigen (-10,36 Prozent).¹¹³ Die leichte Zuwanderung bei den unter 17 Jährigen macht sich beim Anteil der Kinder unter 15 Jahren in der Gemeinde jedoch nicht bemerkbar, ist ihr Anteil von 14,47 Prozent doch der niedrigste aller ausgewählten Gemeinden. Mit 67,69 Prozent gibt es in Weinburg den höchsten Anteil an 15 bis 65 Jährigen. Im unteren Mittelfeld liegt die steirische Gemeinde bei den Über-65-Jährigen mit einem Wert von 17,83 Prozent.¹¹⁴ Diese schlechten Werte konnte offensichtlich auch das übermäßig gute Angebot von einem Kindergarten und gleich zwei Volksschulen bei einer 1.000-Einwohner-Gemeinde nicht verbessern.¹¹⁵

Daten zum Audit *familienfreundlichegemeinde*:

- Grundzertifikat: 2007
- Zertifikat: 2011
- Ansprechpartnerin: Bürgermeisterin Susanne Lucchesi Palli

¹¹³ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

¹¹⁴ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

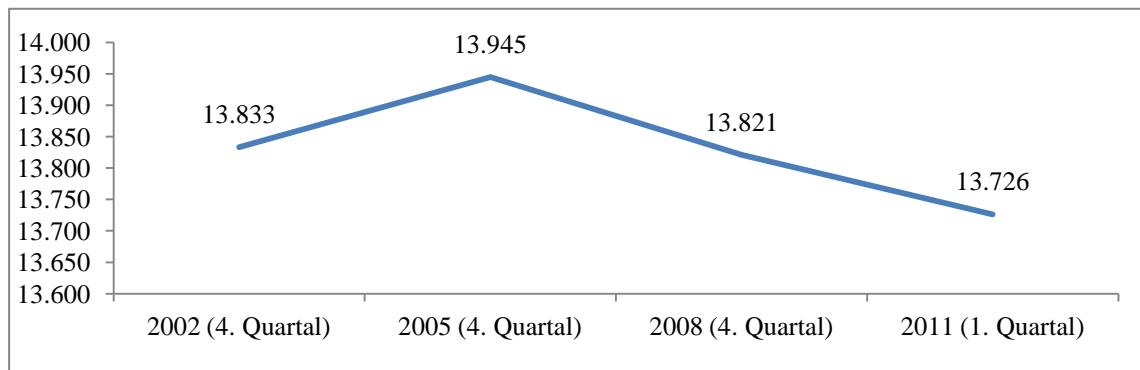
¹¹⁵ Siehe Gemeindehomepage von Weinburg am Saßbach: <http://www.weinburg-sassbach.at/gemeinde/index.cfm>; erhoben am 3. Dezember 2011

Bludenz

Bludenz bildet, wie schon im Methodik-Kapitel erwähnt, die Ausnahme, aus den Regeln zur Findung der Analysegemeinden, da es mit 13.726 EinwohnerInnen die Grenze von 5.000 überschreitet. Trotzdem darf die Stadt auf eine lange Erfahrung mit dem Audit *familienfreundliche Gemeinde* zurückblicken, da sie schon 2007 das Grundzertifikat und 2010 das Zertifikat erhielt.

Bludenz hat in den letzten acht Jahren nur wenige EinwohnerInnen verloren, aber sie hat trotz ihrer Größe BürgerInnen eingebüßt. Beim Anteil der Unter-15-Jährigen liegt die Vorarlberger Stadt mit 15,39 Prozent im unteren Mittelfeld. Relativ groß ist die Gruppe der 15 bis 65 Jährigen mit 68,22 Prozent und im Vergleich am zweitniedrigsten ist der Anteil der Über-65-Jährigen.¹¹⁶

Grafik 27: EinwohnerInnenInnen seit 2002 in Bludenz



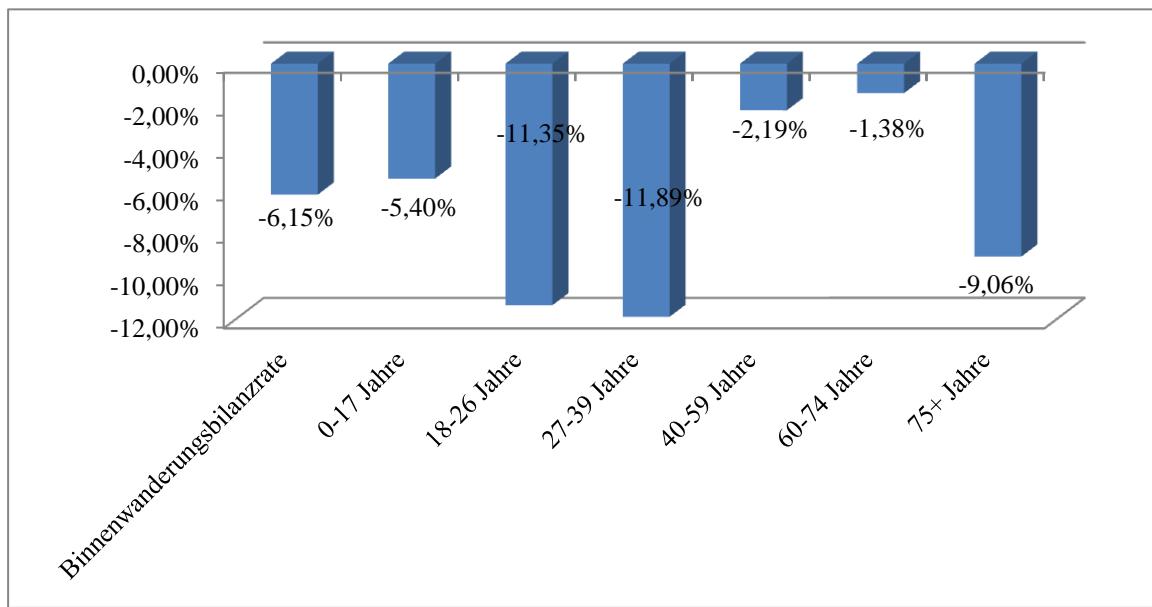
Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Wie auch der Trend bei der Einwohnerzahl schon erahnen lässt, liegt auch der Binnenwanderungssaldo in Bludenz im negativen Bereich mit minus 6,15 Prozent. Der Saldo ist bei den 18 bis 39 Jährigen mit elf bis zwölf Prozent am höchsten. In keiner Altersstufe kann in Bludenz ein positiver Wanderungssaldo verzeichnet werden. Signifikant ist auch der Saldo bei den Über-75-Jährigen mit minus 9,06 Prozent.¹¹⁷

¹¹⁶ Alle Zahlen zur Bevölkerung nach Alter im Jahr 2010 aus: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

¹¹⁷ Alle Zahlen zur Binnenwanderung aus: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Grafik 28: Binnenwanderungsbilanz in Bludenz 2002-2010



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung

Von der infrastrukturellen Ausstattung im Bereich der Kinderbetreuung, der Bildung und der Altenwohnheime lässt sich diese große Stadt natürlich nicht mit den Gemeinden unter 5.000 Einwohnern vergleichen, verfügt Bludenz doch über insgesamt zwölf Schulen und elf Kindergärten. Der Bereich der Bildung lässt hier kaum Wünsche offen, gibt es doch fünf Volksschulen, eine Neue Mittelschule, ein Realgymnasium, eine Berufsschule, eine Bundeshandelsschule und drei weitere Schultypen.¹¹⁸

Daten zum Audit *familienfreundliche Gemeinde*:

- Grundzertifikat: 2007
- Zertifikat: 2010
- Ansprechpartner: Magistratsmitarbeiter in der Abteilung Soziales, Jugend, Familie und Senioren Mag. Harald Bertsch

¹¹⁸ Siehe Homepage der Stadt Bludenz: <http://www.bludenz.at/schulen.html>; erhoben am 3. Dezember 2011

Resümee

Zusammenfassend fällt auf, dass die meisten der betrachteten Gemeinden in den letzten acht bis neun Jahren leicht, aber doch EinwohnerInnen verloren haben. Mag es nun aufgrund der Binnenwanderung, der stärkeren Diskrepanz zwischen älteren und jüngeren Menschen, oder aus anderen Gründen wie fehlenden Altenwohnheimen oder dem Angebot für höhere Bildung sein. Deswegen wird nun umso interessanter sein, ob diese Tatsache bei den Motiven eine Rolle spielt.

Ebenso ist kennzeichnend, dass, obwohl vier Gemeinden nur um die 1.000 EinwohnerInnen haben, jede über mindestens einen Kindergarten und mindestens eine Volksschule verfügt. Eine dieser Gemeinden, nämlich Mühlbach am Hochkönig verfügt sogar über ein SeniorInnenwohnheim auf ihrem Gemeindegebiet.

Während die Existenz einer guten Bildungsinfrastruktur nicht unbedingt zur Folge haben muss, dass es deswegen einen höheren Anteil an Kindern (durch Zuwanderung oder Geburt) gibt, gilt dies bei Altenwohnheimen schon.

Diese Übersicht über die demografischen Kennzahlen der Gemeinden bilden nun die Basis für die weiteren Analysen, denn gerade die negativen Wanderungssaldi in den meisten Gemeinden würden in gewissen Altersgruppen Stoff für Handlungen im Rahmen des Audit *familienfreundliche Gemeinde* bilden. Die Analyse der Motive, der Evaluierungs- und der Fragebögen wird das Bild über die verschiedenen Problemlagen in den Gemeinden komplettieren und somit wird aus den einzelnen Mosaiksteinen ein ganzes Bild geschaffen.

Analyse der Motive der Gemeinden beim Audit *familienfreundlichegemeinde* mitzumachen

Dass die Gemeinden mit realistischen Erwartungen an das Audit *familienfreundlichegemeinde* herangehen, zeigen die Motive für die Teilnahme, die die Gemeinden für das Booklet zur Zertifikatsverleihung, angeben. Ausgewertet wurden die Booklets der Zertifikatsverleihungen 2009 bis 2011, bei denen insgesamt 135 Gemeinden entweder ihr Zertifikat oder ihr Grundzertifikat erhielten. Es kommt keine Gemeinde doppelt vor, womit bei aktuell 220 teilnehmenden Gemeinden mehr als die Hälfte analysiert werden konnte.

Ich erinnere kurz an meine Annahmen, die den folgenden Analysen zugrunde liegen: Durch die demografische Entwicklung wird der Kampf um die EinwohnerInnen immer härter. Gerade um junge Menschen, die die Zukunft der Gemeinde hinsichtlich Ertragsanteile, Wirtschaft und gesellschaftlicher Entwicklung wesentlich mitprägen, wird in den kommenden Jahren noch ein härterer Kampf ausbrechen. Aber auch auf die älteren Bewohner, die durch die demografische Entwicklung immer mehr und immer älter werden, darf eine Gemeinde nicht vergessen. Deswegen lautet meine Annahme zu den Motiven, dass sich Gemeinden zur Teilnahme am Audit gerade aufgrund der demografisch schwierigen Lage, der Vorbereitung auf diese schwierige zukünftige Situation oder als Standortverbesserung entscheiden. Hier ist BürgerInnenbeteiligung ein gutes Mittel zum Zweck um die Wünsche der Bevölkerung aktiv zu erfahren und in die Weiterentwicklung der Maßnahmen einzubinden. Für den Arbeitsablauf ist wichtig, zu erwähnen, dass ein Kurztext auch mehrere Motive/Nennungen beinhalten konnte. Somit wurden den meisten Gemeinden auch mehrere Codes zugewiesen. Daraus ergaben sich meine ersten Codes für die Analyse der Kurztexte:

- Demografie (aktuelle Zu- oder Abwanderung, gewünschte Zuwanderung)
- Standortverbesserung
- Attraktivität der eigenen Gemeinde steigern
- BürgerInnenbeteiligung

Da ich trotz dieser vier grundsätzlichen Begriffe grundsätzlich offen ans Codieren herangegangen bin, ergab sich mit voranschreitender Codierung eine ganze Vielfalt an Motiven für die Teilnahme, die in einem weiteren Schritt in Gruppen eingeordnet wurden. Insgesamt wurden 495 Codes für die 135 Gemeinden bei folgenden Kategorien vergeben:

- Verbesserungen erreichen:
 - Familienfreundlichkeit weiterentwickeln
 - Lebensqualität steigern
 - Lebensqualität erhalten
 - Angebot steigern, weiterentwickeln
 - Standort verbessern
 - Attraktivität verbessern
- Politik:
 - Schwerpunkt auf Familienpolitik und Familienfreundlichkeit schon vorm Audit
 - Interkommunale Zusammenarbeit
 - Überparteilichkeit im Prozess
- Demografie:
 - IST-Zustand negativ: Abwanderung, weniger Geburten, mehr alte Menschen
 - IST-Zustand positiv: Zuwanderung, viele Familien
 - SOLL-Zustand: Situation absichern, Menschen zum Bleiben animieren und mehr Zuzug (von Jungfamilien)
- Nachhaltigkeit:
 - Nachhaltige Entwicklung, langfristige Maßnahmen
- BürgerInnen:
 - (aktive) BürgerInnenbeteiligung
 - Zusammenleben, Kommunikation fördern
 - Identifikation der BürgerInnen mit der Gemeinde fördern
 - Auf Wünsche, Bedürfnisse eingehen, Bedarfsorientierung
 - Freiwilligenarbeit (Durch Einbeziehung der Vereine oder aktiv diese fördern)
 - Aktive Einbeziehung aller Generationen
- Öffentlichkeitsarbeit:
 - Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung für bestehendes Angebot schaffen
 - Bestehende und künftige Maßnahmen öffentlich machen
- Evaluieren des IST-Zustands:
 - Angebot überprüfen, Evaluieren, Bedarfs- und Bestandserhebung, Lücken aufspüren
- Audit familienfreundlichegemeinde:
 - Auszeichnung

- Professionelle Projektbegleitung, externe Experten
- Externe Überprüfung
- Finanzen:
 - Förderungen von Seiten des Landes

Blickt man nun auf die meistgenannten Begriffe, so ergibt sich eindeutig als oberstes Motiv die positive Betrachtungsweise, dass es im Prozess ausdrücklich gewünscht wird, die BürgerInnen aktiv einzubinden. Ganze 169 Mal wurde erwähnt, dass es gut ist, dass die BürgerInnen explizit aller Altersstufen – gerade das Wort Generationen wurde als Motiv 55 Mal genannt - innerhalb des Prozesses aktiv eingebunden wurden, auf ihre Wünsche und Bedürfnisse geschaut wird und die Identifikation, das Zusammenleben sowie die Kommunikation innerhalb der Gemeinde gefördert werden.

Tabelle 4: Ergebnis der Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung 2009-2011:

Bereich „BürgerInnen“:

Booklet s der Zertifik atsverle ihungen	Generatio nen	BürgerInnen beteiligung	Auf Wünsche, Bedürfnisse eingehen; Bedarfsorientierun g	Zusammen leben, Kommunikatio n fördern	Freiwilligen arbeit	Identifika tion mit Gemeinde fördern
2011	33	25	20	10	3	3
2010	14	20	16	2	3	2
2009	8	5	1	4	0	0
Gesa mt	55	50	37	16	6	5

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Den Bereich der „BürgerInnen“ haben auch die meisten der ausgewählten Gemeinden Moosburg, Kaumberg, Weissenbach an der Triesting, Frankenmarkt, Hallwang, Gabersdorf, Weinburg am Saßbach und Bludenz angegeben.

So nennt Kaumberg als eines seiner Motive: „*Bedarfserhebung der Gemeinde gemeinsam mit der Bevölkerung und tatsächliche Umsetzung der Wünsche*“ oder „*Alle Generationsgruppen zusammenführen, Verständnis und Kennenlernen untereinander fördern*“.¹¹⁹

Eine andere Gemeinde schreibt: „*Auch wenn man sicher ist, das Beste bzw. das Bestmögliche für die Gemeinde zu tun und für unsere BewohnerInnen zu bieten, gibt es einerseits immer Entwicklungspotential und andererseits kann durch die aktive Beteiligung aller GemeindebürgerInnen sichergestellt werden, dass wirklich die den Bedürfnissen und Wohlfühlfaktoren entsprechenden Maßnahmen berücksichtigt und umgesetzt werden können.*“¹²⁰

Weissenbach an der Triesting hat sich beispielsweise unter anderem deswegen für die Teilnahme am Audit *familienfreundlichegemeinde* entschlossen: „*Es fördert die Identifikation unserer BürgerInnen mit ihrer Gemeinde als Lebensraum aller Generationen. Es fördert die Freiwilligenarbeit. Es fördert die Beteiligung unserer BürgerInnen.*“¹²¹

Diese und noch viele Antworten mehr bestätigen auch meine vorhin angeführte Annahme, die ich auch schon im Rahmen der Theoriebildung festgehalten habe, dass durch BürgerInnenbeteiligung die größtmögliche Treffsicherheit der Maßnahmen erwartet wird.

Der zweithäufigste Themenblock bei den Motiven ist der Wunsch, etwas zu verbessern mit 141 Nennungen von Begriffen in diese Richtung. Die Steigerung und Weiterentwicklung des Angebots, die Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Gemeinde generell weiterentwickeln zu wollen oder die Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität finden die häufigsten Erwähnungen. Die Steigerung der Attraktivität und die Standortverbesserung sind in diesem Themenblock hingegen nur zweitrangige Anliegen, wie die Analyse zeigt.

¹¹⁹ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011; S.19

¹²⁰ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011; S. 28

¹²¹ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011; S. 34

**Tabelle 5: Ergebnis der Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung 2009-2011:
Bereich „Verbesserungen“**

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	Familienfreundlichkeit weiterentwickeln, verbessern	Lebensqualität steigern	Angebot steigern, weiterentwickeln	Attraktivität der Gemeinde steigern	Lebensqualität erhalten	Standort verbessern
2011	20	25	24	7	5	1
2010	15	12	10	4	3	0
2009	4	1	4	4	1	1
Gesamt	39	38	38	15	9	2

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Die Vorarlberger Stadt Bludenz spricht sich beispielsweise für die Steigerung der Familienfreundlichkeit durch das Audit bei ihren Motiven für die Teilnahme aus: „*Es (Anmerkung der Autorin: Das Audit familienfreundlichegemeinde) erleichtert uns zudem, Maßnahmen und Strategien für mehr Familienfreundlichkeit in der Zukunft zu erarbeiten, eine klare Positionierung zu erwirken und unsere tägliche Arbeit zu reflektieren.*“¹²²

Diese Gemeinde und viele mehr betonten in ihren Formulierungen klar die Verbesserungsmöglichkeiten in der Familienfreundlichkeit. Dabei stand die Abwendung demografischer Probleme in den allermeisten Fällen nicht im Mittelpunkt. Nur 13 Gemeinden betonten die Verbesserungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer Bemerkung ihrer demografischen Lage, wobei die meisten sich mehr Zuwanderung wünschen. Allgemein konnte sich die Annahme, dass Gemeinden aufgrund von Abwanderung oder des stetig steigenden Altersdurchschnitts, sich für das Audit entscheiden nämlich nicht bestätigt werden. Ganz im Gegenteil: Nur vier Gemeinden gaben an, aufgrund von Abwanderung oder weniger Geburten teilzunehmen, die meisten – nämlich zehn Gemeinden erwähnten von einer exzellenten Lage mit vielen Familien und als Zuwanderungsgemeinde ins Audit zu gehen und unabhängig davon wünschten sich zwölf Gemeinden mehr Zuwanderung junger Familien und, dass die Menschen gerne in der Gemeinde wohnen bleiben. Aufgrund der insgesamt 26 Nennungen zum Thema „Demografie“ scheint es aber in den Gemeinden ein viel weniger

¹²² Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2010; S. 64

großes Motiv zu sein, als angenommen. Im Gegenteil: Blickt man auf die Motive, scheinen sich Zuzugsgemeinden größere Gedanken zu machen, wie sie den guten Status quo aufrecht erhalten, als Abwanderungsgemeinden, diese Entwicklung zu stoppen.

**Tabelle 6: Ergebnis der Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung 2009-2011:
Bereich „Demografie“**

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	IST negativ: Abwanderung, weniger Geburten, mehr alte Menschen	Ist positiv: Zuwanderung, viele Familien	SOLL mehr Zuzug bringen: Situation absichern, Menschen zum Bleiben animieren und mehr Zuzug (von Jungfamilien)
2011	2	4	7
2010	1	5	4
2009	1	1	1
Gesamt	4	10	12

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Um das Ranking zu vervollständigen, liegt auf Platz drei mit 55 Nennungen der Bereich „Evaluierung des IST-Zustands“. Dieser Bereich hat, wenn man sich nur die einzelnen Unterkategorien anschaut, die meisten Nennungen. Sich zuerst der bestehenden Angebote bewusst werden, diese den Bürgern in ansprechender Form zur Verfügung zu stellen, anstatt immer nur neue Modelle und Maßnahmen zu entwickeln, scheint ein neuer, sehr ansprechender Ansatz für die Gemeinden zu sein.

**Tabelle 6: Ergebnis der Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung 2009-2011:
Bereich „Evaluierung des IST-Zustands“**

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	Angebot überprüfen, evaluieren, Bedarfs- und Bestandserhebung, Lücken aufspüren
2011	20
2010	21
2009	8
Gesamt	49

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

So gibt Weissenbach an der Triesting unter vielen Gründen, wie auch die vorhin erwähnten, an: „*Es (Anmerkung der Autorin: Das Audit familienfreundlichegemeinde) unterstützt uns als Gemeinde bei der objektiven Bestandsaufnahme unserer schon vorhandenen familienfreundlichen Angebote.*“¹²³

Auch die niederösterreichische Gemeinde Kaumberg weiß diesen Punkt des Projekts zu schätzen: „*Bedarfserhebung der Gemeinde gemeinsam mit der Bevölkerung und tatsächliche Umsetzung der Wünsche; Bewusstseinsbildung über die bereits vorhandenen Einrichtungen, Schärfung der Wahrnehmung von Bestehendem.*“¹²⁴

Die Gemeinde Gabersdorf mitsamt Bürgermeister Franz Hierzer gab hier ähnliches an: „*Es war eine gute Gelegenheit um festzustellen, welche Maßnahmen es in Gabersdorf bereits gab.*“¹²⁵

Insgesamt vier der zehn Auswahlgemeinden erwähnten diesen Grund unter anderen auch bei ihren Kurztexten zur Erklärung ihrer Motive zur Teilnahme.

Andere Kategorien, die weniger Erwähnung fanden, waren die im Projektverlauf verlangte Öffentlichkeitsarbeit, die ihnen auch die entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit für ihre bestehenden und künftigen Maßnahmen verspricht und der gesamte politische Bereich, der einerseits das Motiv beinhaltet, dass sich die Gemeinde sowieso schon mit der Familienpolitik auseinandersetzt und dieses Projekt als zusätzliches mitmacht, aber auch die Betonung der Überparteilichkeit und der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, obwohl die wenigsten Gemeinden das Angebot in Anspruch nehmen, das Audit als IKZ-Gemeinde anzugehen. Die entsprechenden Zahlen der Auswertung der restlichen Kategorien finden Sie im Tabellenanhang.

¹²³ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011; S. 34

¹²⁴ Dasselbe Booklet, S. 19

¹²⁵ Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2009; S. 57

Auswertung der familienfreundlichen Maßnahmen

Im folgenden Kapitel wurden alle Maßnahmen in den Evaluationsbögen, die die Gemeinden im Rahmen des Auditprozesses abgeben müssen, soweit sie zur Analyse zur Verfügung gestellt wurden, ausgewertet, um herauszufinden, in welchen Themenbereichen die Gemeinden unter 5.000 EinwohnerInnen ihre Schwerpunkte gelegt haben. In weiterer Folge wird anhand der Fragebögen unter anderem evaluiert, welche Maßnahmen besonders erfolgreich und welche weniger erfolgreich gewesen, welche beliebter, unbeliebter, leichter, schwerer umsetzbar und welche besser und schlechter angenommen worden sind. Da Bludenz als einzige der ausgewählten Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen hat, nimmt sie eine Sonderstellung bei der Auswertung ein.

Der Prozess des Auswertens gestaltete sich so, dass im ersten Schritt alle Maßnahmen nach Gemeinden aufgelistet wurden, um im zweiten Schritt grob geordnet zu werden und im dritten Schritt in inhaltliche Kategorien eingeteilt zu werden. Die Evaluationsbögen teilen sich in Grundberichte, Fortschrittsberichte und Umsetzungsberichte. Während der Grundbericht die beabsichtigten Maßnahmen beinhaltet, berichten die Fortschrittsberichte im Zwischenzeitraum über die schrittweise Verwirklichung der beabsichtigten Maßnahmen, während im Endbericht sozusagen eine Rechnung präsentiert wird, der die beabsichtigten Maßnahmen im Zeitraum des Auditprozesses auflistet und zeigt, welche Maßnahmen durchgeführt werden konnten und welche nicht. Da der Umsetzungsbericht derjenige mit der meisten Aussagekraft über Erfolg oder Misserfolg und Inhalt der Maßnahmen ist, wurde bei den meisten Gemeinden dieser für die Analyse herangenommen. Wichtig ist, dass die Maßnahmen ja im Rahmen der Grundzertifizierung festgelegt wurden. Manche jedoch ließen sich besser und manche schlechter im beabsichtigten Zeitrahmen verwirklichen. Deswegen sollten die Gemeinden beim Umsetzungsbericht angeben, welche Maßnahmen sie verwirklichen konnten, und welche nicht. Dabei sollten sie auch angeben, wie es ihnen bei der Verwirklichung gegangen ist. Bei der einzigen Gemeinde (Deutsch Schützen-Eisenberg), die noch nicht zertifiziert wurde, wurden die Fortschrittsberichte verglichen. Allerdings haben diese Felder nicht alle Gemeinden ausgefüllt, wodurch sich über Erfolg und Misserfolg aller Maßnahmen sich nur bei den Gemeinden eine Aussage treffen lässt, die diese Felder ausgefüllt haben.

Grundsätzlich wurde wieder offen an die Codierung herangegangen. Während der Sichtung des Materials wurden die einzelnen Maßnahmen mit inhaltlichen Stichwörtern versehen, die

in einem weiteren Schritt in Themenblöcke eingeteilt wurden. Absichtlich wurde nicht nach Lebensphasen, sondern dem Inhalt der Maßnahmen gegliedert, da sich dies auch besser für den Vergleich in weiterer Folge eignet.¹²⁶ Daraus ergab sich folgende grundsätzliche Gliederung:

Kinder und Jugendliche:

- Maßnahmen für Babies und Kleinkinder
- Spielplätze
- Kindergarten
- Volksschule
- Hauptschule
- Lehrlinge
- Freizeit
- Sicherheit
- Soziales
- Politische Beteiligung

Familie

Senioren/Generationen:

- Gemeinschaft
- Bewegung
- Hilfestellung
- Politische Beteiligung
- Generationenübergreifend

Freiwilligenarbeit

(Weiter-) Bildung

Informationsbündelung:

- Zielgruppe Jungfamilie
- Zielgruppe Jugend

¹²⁶ Um eine bessere Vergleichbarkeit der Daten zu erreichen, wurde bei Moosburg, das ja schon Re-auditiert wurde, der Umsetzungbericht für das erste Zertifikat herangenommen. Beim zweiten Zertifikat ging die Gemeinde in der Setzung der Maßnahmen ja schon von einem anderen Level aus.

- Zielgruppe SeniorInnen
- Andere soziale Infos
- Bürokratie
- Beratungsstellen
- Sonstiges

Infrastruktur/Verkehr:

- Barrierefreiheit
- Verkehr
- Wohnen
- Allgemeine Infrastrukturverbesserungen

Wirtschaft

Integration

Gesundheit

Sonstiges

Während der Analyse ergab sich jedoch das Problem, dass Bludenz als große Stadt teilweise gänzlich andere und viel mehr Maßnahmen durchführte, als die anderen viel kleineren Gemeinden. So legte Bludenz beispielsweise einen großen Schwerpunkt auf die Integration von MigrantInnen, während dies bei den anderen Gemeinden kaum ein Thema darzustellen scheint, bei dem man als Gemeinde handeln müsse. Deswegen wurde, um wirklich korrekte Aussagen über die Mehrzahl der teilnehmenden Gemeinden machen zu können, auf die Einbeziehung der teilweise sowieso schlechten Datenlage über Bludenz, verzichtet. Blickt man nun auf die Anzahl der zugeordneten Maßnahmen zu den einzelnen Themenblöcken, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 9: Überblick über die zugeordneten Maßnahmen der ausgewählten Gemeinden (außer Bludenz)

Thema	Anzahl	Untergruppen	Anzahl
Kinder und Jugendliche	57	Maßnahmen für Babys und Kleinkinder	6
		Spielplätze	7
		Kindergarten	8
		Volksschule	11
		Hauptschule	1
		Lehrlinge	3
		Freizeit	10
		Sicherheit	4
		Soziales	5
		Politische Beteiligung	1
Infrastruktur/Verkehr	34	Barrierefreiheit	10
		Verkehr	14
		Wohnen	4
		Allgemeine	6
		Infrastrukturverbesserungen	
Informationsbündelung	15	Zielgruppe Jugend	3
		Zielgruppe Jungfamilie	4
		Zielgruppe SeniorInnen	1
		Andere soziale Infos	2
		Beratungsstellen	3
		Sonstiges	1
Senioren und Generationen	11	Gemeinschaft	3
		Bewegung	5
		Hilfestellung	1
		Politische Beteiligung	1
		generationenübergreifend	1
(Weiter-) Bildung	6		
Wirtschaft	6		
Freiwilligenarbeit	5		
Familie	5		
Gesundheit	4		
Integration	3		
Sonstiges	1		
SUMME	146		

Quelle: Eigene Analyse der Evaluationsberichte der zehn ausgewählten Gemeinden; Tabelle:
Eigene Darstellung

Die ausgewerteten Gemeinden (bis auf Bludenz) haben zusammen 146 Maßnahmen im Rahmen ihres Auditprozesses gesetzt. Die meisten dieser Maßnahmen befinden sich im Bereich Kinderbetreuung. Hier ist zu sehen, dass die Gemeinden sich durch das Audit auf die modernen Bedürfnisse der Gemeindegäste einstellen. Eine Gemeinde hat sich beispielsweise dem Thema Kinderkrippe angenommen, oder eine andere hat für die drei- bis fünfjährigen Kinder zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Die meisten Gemeinden, nämlich gleich fünf, haben sich entweder für die Ferien entsprechendes Kinderprogramm überlegt und/oder flexiblere Öffnungszeiten mit einer Nachmittagsbetreuung für ihre Kindergarten geschaffen. Auch das Thema Spielplatz nimmt bei sieben Gemeinden eine wichtige Rolle ein. Vor allem, die Gestaltung nicht den Standardkinderspielgeräten zu überlassen, sondern gerade diesen Bereich auf die Zielgruppe individuell zuzuschneiden, beweisen Maßnahmen wie (Klein-) kindgerechter Spielplatz, Naturgenerationenspielplatz, die Neuadaptierung des Kinderspielplatzes oder die behindertengerechte Ausstattung. Auch bei der Volksschule geht es meist darum, die Angebote an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzugeleichen. So wurden in fünf Gemeinden die Nachmittagsbetreuung oder ein SchülerInnenhort installiert, eine Gemeinde hat sogar eine Vorschulkklasse im Rahmen des Audits wiederöffnet. Auch hier gibt es eine Gemeinde, die ein spezielles Programm für die SchülerInnen in den Ferien entwickelt hat.

Mit steigendem Alter der Kinder konzentrieren sich die Maßnahmen auf die bessere Berufswahl. So hat Moosburg beispielsweise ein eigenes Lehrlingsausbildungsprogramm „Der Jugend eine Chance“, und Deutsch Schützen-Eisenberg unterstützt die Lehrlinge durch eine Lehrlingsförderung.

Einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Jugendlichen legten die Gemeinden auf die Freizeitgestaltung. So errichteten sieben Gemeinden einen Jugendtreff mit großem Erfolg. Während in Kaumberg der Jugendtreff nicht so gut angenommen wird (der Bürgermeister mutmaßt, dass es an dem Alkoholverbot liegt), können die anderen Gemeinden über die Annahme des Angebots nichts Schlechtes berichten. In manchen Gemeinden wird der Raum sogar zwei Mal pro Woche in Anspruch genommen und wurde zusammen mit den Jugendlichen in den meisten Fällen sogar hergerichtet.

Aber nicht nur Räume, sondern das allgemeine Freizeitangebot von einer Musikschule, über die Aktivierung des Eislaufplatzes bis hin zur Errichtung eines Sportzentrums oder eines Beachvolleyballplatzes, wurden in über 90 Prozent der Fälle positiv abgeschlossen. Einzig der

„Tag der Jugend“, der in Deutsch Schützen-Eisenberg einmal im Jahr eine Art „Gipfeltreffen“ der Jugendlichen darstellen sollte, wird mit eher mäßigem Erfolg durchgeführt.

Beim Thema Jugend spielt auch Sicherheit eine Rolle. In diesem Bereich wollte eine Gemeinde eine Diskussion zu Themen wie Drogen oder Kriminalität durchführen, was schlussendlich jedoch nicht verwirklicht wurde, Deutsch Schützen-Eisenberg beispielsweise hat Jugendschutzmaßnahmen in ähnlichen Diskussionsrunden mit geladenen Gästen von der Polizei oder der Bezirkshauptmannschaft durchgeführt. Laut eigenen Angaben sieht die Gemeinde dies jedoch als umfangreiche Aufgabe, in die immer wieder „neue Ideen und Projekte“ einfließen werden. Wichtig sei es, dass „die Jugendlichen von der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen überzeugt“¹²⁷ sind.

Das Thema „Soziales“ reicht von der Maßnahme ein Turnangebot anzubieten, bis hin zu einer Tauschbörse für Kinder- und Sportartikel, wovon besonders sozial schwächere Familien profitieren. Als besonderer Stolperstein für die Gemeinde Hallwang hat sich die Installation einer Nachhilfebörse zwischen NachhilfelehrerInnen und SchülerInnen herausgestellt, da nur eine Lehrerin bereit war, dafür ein Stück ihrer Freizeit zu opfern. Ähnliche Erfahrungen kann man auch bei Freiwilligenbörsen beobachten.

Eine interessante Maßnahme, die die politische Beteiligung, der meist etwas „vergessenen“ Gruppe der Jugendlichen steigern soll, ist das SchülerInnen- und Jugendforum in Deutsch Schützen-Eisenberg. Dabei treffen sich die Jugendlichen mindestens zwei Mal im Jahr mit dem Bürgermeister und GemeindevorsteherInnen und nutzen diese Gelegenheit zur Information und zum Meinungsaustausch.

Die Maßnahmen für Familien im Sinne der Eltern, AlleinerzieherInnen mit Kind(ern) halten sich mit Maßnahmen wie Familienfesten, Elterntreffs oder Busfahrten für Familien mit Kleinkindern in die Therme in Grenzen. Größeres Augenmerk wird hier auf die SeniorInnen gelegt. Maßnahmen zur Vermeidung von Einsamkeit werden in vier der neun Gemeinden mittels SeniorInnentreffs, -nachmittagen, oder speziellen Angeboten getroffen. Auch für die Verlängerung der gesunden Jahre, beziehungsweise für die längere Beweglichkeit gibt es in sechs Gemeinden spezielle Fitness-Angebote für die Zielgruppe der SeniorInnen. Die Beratungsmaßnahmen für ältere Menschen halten sich mit der Schaffung einer Eigeninitiative als Hilfestellung für Familien im Alter in einer Gemeinde in Grenzen, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass sich in diesem Bereich auch auf Landesebene viele Initiativen

¹²⁷ Fortschrittsbericht Deutsch Schützen-Eisenberg, 2011, S. 20

entwickeln und die Gemeinden mit diesem Problem nicht komplett alleine umgehen müssen. Wie bei den Jugendlichen wird auch bei den PensionistInnen in einer Gemeinde (Kaumberg) auf eine entsprechende politische Beteiligung im Alter durch die Vertretung von zwei SeniorInnen im Gemeinderat von Kaumberg gesetzt. In derselben Gemeinde wird noch eine zweite Maßnahme durchgeführt, um die Generationen zusammenzubringen: Die Generationeninitiative im Kindergarten. Hier können sich SeniorInnen im Kindergarten melden, womit den Kindern regelmäßiger Kontakt durch Vorlesen oder Spielen mit älteren Menschen vermittelt wird. Umgekehrt haben die PensionistInnen, die keine Enkelkinder oder Angehörige mehr haben, hier die Möglichkeit die Zeit mit Kindern zu verbringen und ihre Zeit als „Leihgroßeltern“ zu genießen.¹²⁸ Diese generationenübergreifende Maßnahme ist jedoch die einzige der neun analysierten Gemeinden.

Den zweiten großen Schwerpunkt neben den Kindern und Jugendlichen bilden Maßnahmen im Bereich der Verkehrswege und zur Verbesserung der Infrastruktur. Dabei halten sich Maßnahmen für eine verbesserte Verkehrsanbindung und für mehr Barrierefreiheit halbwegs die Waage. Da Barrierefreiheit beispielsweise nicht nur Menschen im Rollstuhl nützt, sondern auch Frauen, die einen Kinderwagen schieben müssen, können mit Maßnahmen wie die barrierefreie Gestaltung von Wanderwegen, Gehwegen gleich „zwei Fliegen mit einem Schlag“ getroffen werden. Zusätzlich wurden weitere Maßnahmen wie die Installierung eines Behindertensprechers und von Behindertenparkplätzen in der Gemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg, oder barrierefreie Busse in Hallwang zur Steigerung der Lebensqualität aller BürgerInnen einer Gemeinde getroffen. Drei von neun Maßnahmen konnten in diesem Themenfeld nicht verwirklicht werden.

Beim Thema Verkehr wird die Umsetzung der teils ambitionierten Vorhaben nicht mehr so erfolgreich. In diesem Themenbereich überwiegt der Wunsch nach einer besseren Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Vor allem den Bevölkerungsgruppen, die oft über kein eigenes Auto verfügen (Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung), soll dadurch eine gewisse Eigenständigkeit zurückgegeben werden. Die Vielfalt ist hier groß und reicht vom Gemeinde-Verkehrskonzept, über die Verbesserung/Sicherung des Nahverkehrs, die Aktivierung der Bahn, bessere Busverbindungen, eine Mitfahrbörse, Fahrgemeinschaften, einen Discobus für Jugendliche, einem Sammeltaxi/Einkaufsbus bis hin zu Taxigutscheinen. Auch organisierte Fahrten oder der Ausbau der Radwegenetze gehören zu diesem Konzept. Die Bilanz fällt hier jedoch eher mäßig aus, denn von zwölf Maßnahmen zur Verbesserung

¹²⁸ Umsetzungsbericht Kaumberg, 2011, S. 15

der Verkehrsstruktur konnten sieben nicht verwirklicht werden. Gerade Maßnahmen, die eine gewisse Eigenorganisation der Bevölkerung wie die Mitfahrbörse oder Fahrgemeinschaften, auch organisierte Fahrten betreffen, konnten nicht verwirklicht werden. Dieser Themenbereich wurde zwar von der Gemeinde Weinburg am Saßbach angegangen, wurde jedoch aufgrund mangelnden Interesses wieder eingestellt.¹²⁹

Weitere Maßnahmen, die auch im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit stehen, sind die Schaffung und Sanierung von Gehsteigen und Spazierwegen. In Mühlbach am Hochkönig konnte diese Maßnahme nicht in der angegebenen Zeit verwirklicht werden, wird jedoch weiter verfolgt¹³⁰, in Frankenmarkt wurde die Gehsteigsanierung abgeschlossen. Allerdings wird in den beiden Umsetzungsberichten keine Angabe zum Ausmaß der Sanierung bzw. Neuerrichtung gegeben, weshalb hier schwer ein Grund gefunden werden kann, warum es in einer Gemeinden verwirklicht wurde und in der anderen nicht.

In der Unterkategorie „Wohnen“ gibt es zwei Bereiche: Der Bau von Startwohnungen für Junge und Jungfamilien und der Bereich betreutes Wohnen. Der Bau von (Start-) Wohnungen ist eine Maßnahme, die gerade im Zuge der demografischen Entwicklung nicht unterschätzt werden soll. Zwei Gemeinden (Hallwang, Deutsch Schützen-Eisenberg) hatten dieses Vorhaben im Rahmen des Audit *familienfreundliche Gemeinde*. In Deutsch Schützen-Eisenberg gab es beispielsweise das Vorhaben, günstige Startwohnungen für Jungfamilien zu schaffen. Erst im Zuge der Planungen kam heraus, dass auch ältere Menschen den Wunsch nach betreutem Wohnen haben, womit die Bedürfnisse beider Gruppen einbezogen werden konnten.¹³¹ Da es sich hier um kostspielige und umfangreiche Maßnahmen handelt, konnten nur zwei der vier Gemeinden dies in der angegebenen Zeit verwirklichen. In den restlichen Gemeinden sind teilweise die Bauplätze gewidmet, doch die Fertigstellung oder Verwirklichung braucht noch Zeit. Hallwang ist die einzige der untersuchten Gemeinden, in der der Wunsch der Bevölkerung nach günstigen Startwohnungen für die Kinder der BewohnerInnen bestand, was jedoch als wesentliche Maßnahme gesehen wird, um auch den Nachwuchs in der Gemeinde halten zu können. Hier versucht die Gemeinde bei geplanten Wohnprojekten Einfluss auf diesen Wunsch zu nehmen.¹³² Dass betreutes Wohnen gerade für kleine Gemeinden nicht immer so leicht umzusetzen ist, zeigen auch Kaumberg und Weissenbach an der Triesting. Kaumberg hatte den Wunsch, betreute Wohnungen in der Gemeinde zu implementieren, doch Berechnungen ergaben, dass die Auslastung unter

¹²⁹ Umsetzungsbericht Weinburg am Saßbach, 2010, S. 9

¹³⁰ Umsetzungsbericht Mühlbach am Hochkönig, 2010, S. 7

¹³¹ Fortschrittsbericht Deutsch Schützen-Eisenberg 2010, S. 11

¹³² Umsetzungsbericht Hallwang 2010, S. 13

Bezugnahme der Bevölkerung zu gering gewesen wäre. Da Kaumberg und Weissenbach an der Triesting nun jedoch im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden als Region familienfreundlich werden wollen, ist beabsichtigt, dieses Projekt als Region in Angriff zu nehmen¹³³.

Eher allgemeine Maßnahmen wie die bessere Beleuchtung beim Bahnhof oder dem Friedhof wurden in Hallwang umgesetzt. Auch Projekte, die die Büchereien wieder attraktivieren sollten, kamen in den Maßnahmenkatalog zweier Gemeinden. Während diese Maßnahme in Deutsch Schützen-Eisenberg mithilfe der SeniorInnen verwirklicht wurde, konnte sie in Weinburg am Saßbach nicht realisiert werden, da die Initiative für eine Bücherei und Videothek von der Landjugend kam, diese ihre Idee noch nicht umgesetzt hat. Weitere Vorhaben waren die Schaffung eines Badeteichs und die bessere Beschilderung oder eine neue Garderobe für die Bücherei. Von sechs Maßnahmen in diesem Bereich wurden vier umgesetzt. Eine (der Badeteich) befindet sich noch in der Planungsphase, während die Bücherei und Videothek in Weinburg am Saßbach noch auf die Beteiligung der Landjugend wartet.

Dass es nicht immer gleich neue Gebäude sein müssen, die zur Familienfreundlichkeit einer Gemeinde beitragen, zeigt der dritte große Themenkomplex der Informationsbündelung. Hier liegen die Schwerpunkte auf der Verbesserung der Information auf der Homepage und mittels Broschüren. Dabei werden besonders die Angebote und Fördermöglichkeiten für Jungfamilien, die Jugend und SeniorInnen gebündelt. Während sich die Information bei Jungfamilien eher um die Themen Kinder und Schule drehen, gibt es für die Jugend die Bündelung von Information über Ferialjobs, im Rahmen einer Jobbörse, Nachhilfe, Fahrgemeinschaften und Lehrstellen, sowie Informationen über Vereine. Weissenbach an der Triesting hat für die ältere Bevölkerungsschicht Informationen zu mobilen Hilfsdiensten und zur Betreuung zusammengefasst. Für andere Schichten gibt es in Kaumberg beispielsweise Informationen über geschützte Arbeitsplätze und in Deutsch Schützen-Eisenberg eine Zusammenfassung der barrierefreien Betriebe/Lokale und Unterkünfte um diese zu bewerben. Für alle Bevölkerungsschichten gibt es in Weissenbach an der Triesting Informationen über Behördenwege oder Förderungen auf der Homepage oder beim Bürgerservice. Mühlbach am Hochkönig hat sogar eine eigene Beratungsstelle „für Probleme in allen Lebensphasen“ ins Leben gerufen, die positiv aufgenommen wird.¹³⁴ Im großen Bereich der

¹³³ Umsetzungsbericht Kaumberg, 2011, S. 22

¹³⁴ Umsetzungsbericht Mühlbach am Hochkönig, 2010, S. 8

Informationsbündelung ist hervorzuheben, dass von 15 Maßnahmen 14 umgesetzt werden konnten.

Von den restlichen Bereichen, die nun noch nicht ausführlicher behandelt wurden, sind am relevantesten die Bereiche „Freiwilligenarbeit“ und „Integration“. Während der Themenblock Freiwilligenarbeit durch recht ambitionierte Maßnahmen wie die Schaffung einer Ehrenamtsbörse oder der Babysitter- und Leihomabörse auffallen, zeichnen sich andere durch die Unterstützung der bestehenden Vereinslandschaft aus. Recht schwierig scheint jedoch die Annahme der Ehrenamtsbörsen in der Bevölkerung zu sein. Während wie oben schon beschrieben, Hallwang auch Probleme beim Finden der Freiwilligen im Rahmen einer Nachhilfebörse hatte, treten ähnliche Probleme auch hier auf. Weissenbach an der Triesting wagte sich beispielsweise an das Projekt „Babysitter- und Leihomabörse“ heran und machte folgende Erfahrung: „*In Zusammenarbeit mit dem Pensionistenverein und dem Verein Kinderfreunde wurde versucht, in der Gemeinde interessierte Personen zu finden. Punktuell waren wir erfolgreich, da auch in den anderen Gemeinden das Thema forciert werden soll, wird in interkommunaler Zusammenarbeit weitergearbeitet.*“ Das Projekt konnte bei der Abgabe des Umsetzungsberichts zu 30 Prozent verwirklicht werden.¹³⁵ Ähnlich ging es der Gemeinde bei der geplanten Ehrenamtsbörse, die ebenso auf die überregionale Verwirklichung wartet. Die gleiche Idee konnte in Frankenmarkt zu 100 Prozent umgesetzt werden. Der Hinweis, dass es diese Börse gibt, wird regelmäßig in den Gemeindenachrichten wiederholt. Wie diese Börse jedoch angenommen wird, ist aus dem Evaluationsbericht nicht herauszulesen. Von den vier Gemeinden, die sich in diesem Bereich engagieren wollten, konnten zwei ihre Maßnahmen (noch) nicht verwirklichen.

Während das Thema „Integration“ neuer BürgerInnen (MigrantInnen wie Binnenwanderer und Binnenwanderinnen) in Bludenz aufgrund der städtischeren Struktur ein sehr relevantes war, scheint dies bei den kleineren Gemeinden kaum ein Thema zu sein. Nur eine Gemeinde, nämlich Deutsch Schützen-Eisenberg, bietet ein Willkommenspaket oder ein Kennenlertreffen für neue BürgerInnen an. Einzig in Weissenbach an der Triesting wurde im Rahmen der Maßnahmen eine interkulturelle Veranstaltung angegeben. Diese scheint auch von Erfolg geprägt zu sein, denn „*mittlerweile ist die Integration der wenigen Ausländer 100%ig erfolgt z.B. (Mitgliedschaft bei FF, Förderer von Vereinen).*“¹³⁶

¹³⁵ Umsetzungsbericht Weissenbach an der Triesting, 2011, S. 7

¹³⁶ Umsetzungsbericht Weissenbach an der Triesting, 2011, S. 12

Zusammenfassend ist eindeutig festzustellen, dass sich trotz der regen BürgerInnenbeteiligung bei der Festsetzung der Maßnahmen diese Aktivität bei der Umsetzung in Grenzen hält. Hier ist die Erfolgsquote bei der Umsetzung der Maßnahmen eindeutig höher, wenn die Gemeinde nicht hofft, dass Vereine oder BürgerInnen Maßnahmen umsetzen, sondern wenn sich die Gemeinde selbst drum kümmert. Aber auch wenn die Gemeinde bei der Umsetzung von Maßnahmen die Initiative ergreift, muss es nicht sein, dass diese erfolgreich umgesetzt wird, wenn es sich dabei nicht um eine typische Aufgabe der Gemeinde wie Straßensanierung, Kindergartengestaltung oder Wohnbau handelt. Da die Gemeinden die Evaluationsbögen teilweise nur sehr spärlich ausgefüllt haben, ist es schwer, festzustellen, warum manche Maßnahmen umgesetzt wurden, und andere nicht. Nähere Aufschlüsse über Erfolg oder Misserfolg von Maßnahmen wird von den Fragebögen erwartet, denn es muss nicht unbedingt sein, dass, wenn Maßnahmen verwirklicht wurden, diese auch von der Bevölkerung angenommen wurden.

Generell lässt sich jedoch schon feststellen, dass, obwohl viele Gemeinden, bis auf Deutsch Schützen-Eisenberg, angegeben haben, das Audit nicht aufgrund der demografischen Entwicklungen, sprich weniger Jungfamilien, immer mehr ältere Menschen, durchzuführen, viele der Maßnahmen, wie Verbesserung der Infrastruktur, Barrierefreiheit, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch erweiterte, flexiblere Öffnungszeiten in Kindergärten und Volksschulen, bessere Angebote für SeniorInnen, sowie die Schaffung von Krippenplätzen und gerade der Wohnbau schon darauf abzielen, die Zukunft der Gemeinden zu sichern. Genaueres wird jedoch auch im Rahmen der Fragebögen durch die Frage nach dem Zuzug ermittelt werden.

Auswertung der Fragebögen zu den Maßnahmen und Effekten der Teilnahme am Audit *familienfreundlichegemeinde*

Der Fragebogen teilt sich in vier Bereiche auf. Die erste Frage „Hat die Beteiligung am Audit *familienfreundlichegemeinde* zur Steigerung der Lebensqualität in Ihrer Gemeinde beigetragen?“ zielt auf die Evaluierung der Teilnahme am Audit der Gemeinde selbst ab. Der zweite Fragenblock fragt nach Aufwand und Erfolg der Maßnahmen. Die Fragen acht und neun zielen auf die demografischen Daten Geburten und Hauptwohnsitze seit Erreichung des Grundzertifikats ab und die letzten beiden Fragen sollen das persönliche Gefühl des Ausfüllenden eruieren, inwieweit die Maßnahmen zum Zuzug in die Gemeinde und zu mehr jungen Familien geführt haben. Generell handelt es sich bei der Fragestellung um eine offene, in der nicht nur angekreuzt, sondern vor allem mit eigenen Worten begründet werden sollte. Insofern lassen sich die meisten Angaben im Fragebogen, bis auf die demografischen Zahlen, nicht objektiv nachvollziehen, sondern sind eher auf die persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen der mit dem Audit befassten Personen zugeschnitten. Befragt wurden vor allem BürgermeisterInnen, die als Gemeindeoberhäupter meist in alle Maßnahmen involviert waren, oder GemeindemitarbeiterInnen oder Funktionäre, die das Audit als ProjektleiterInnen oder Beteiligte an der Umsetzung wesentlich begleitet haben. Als einzige Gemeinde, die den Fragebogen zum Großteil nicht ausgefüllt hat, ist Bludenz zu nennen. Hier wurden nur die demografischen Daten hergegeben, womit nur neun von zehn verschickten Fragebögen ausgewertet werden konnten.

Steigerung der Lebensqualität durch das Audit *familienfreundlichegemeinde*?

Während bei Frage 1 die Antworten größtmögliche inhaltliche Streuung haben, sind bei der Bewertung von Erfolg oder Misserfolg der Maßnahmen viele Verbindungen festzustellen.

Bei Frage 1 konnte nur die Übereinstimmung zweier Gemeinden bei fünf Codes festgestellt werden. Diese waren:

- Bewusstseinsbildung
- Generationen
- BürgerInnenbeteiligung
- Hort/Nachmittagsbetreuung und
- Dass das Audit ein gutes Programm ist.

Der Rest zeigt, dass die Gesamtheit der Motive sich auch in der Beurteilung der Steigerung der Lebensqualität widerspiegelt. Alle neun Gemeinden antworteten bei dieser Frage mit „Ja“.

Wie unterschiedlich die Antworten sind, beweisen beispielsweise diese Gemeinden: Während Deutsch Schützen-Eisenberg die große Zufriedenheit der BürgerInnen durch die BürgerInnenbeteiligung und die Abstimmung der Maßnahmen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung betont¹³⁷, ist Mühlbach am Hochkönig sich seiner vorherigen guten Familienpolitik bewusst und antwortet auf die Frage der Steigerung der Lebensqualität durch das Audit *familienfreundlichegemeinde*: „Ja, aber nur teilweise. Wir hatten bei der Überprüfung der Auditfragen schon sehr viel.“¹³⁸ Diese Antwort der Salzburger Gemeinde ist umso interessanter, gab sie doch bei den Motiven für die Teilnahme an, eine allgemeine Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität erreichen zu wollen¹³⁹. Im Vergleich dazu, scheint der Auditprozess in Deutsch Schützen-Eisenberg zu dem gewünschten Ergebnis geführt zu haben, betonte doch diese Gemeinde, den immer weniger werdenden Familien mit Kindern und der steigenden Zahl der älteren Bevölkerung mit einer Gesamtstrategie entgegenwirken zu wollen.

Die zweite Salzburger Gemeinde ist Hallwang. Im Unterschied zu Mühlbach am Hochkönig, ist Hallwang jedoch eine Zuzugsgemeinde, weil die Gemeinde laut eigenen Angaben bei den Motiven, auch davor schon aufgrund des Angebots an flexiblen Betreuungszeiten, bekannt war. Auf die Frage, ob die Beteiligung am Audit *familienfreundlichegemeinde* zur Steigerung der Lebensqualität beigetragen habe, antwortete man auch hier mit „Ja“ und zwar weil „einerseits aufgezeigt wurde, welche Leistungen schon seitens der Gemeinde für die Familien erbracht werden, andererseits gewisse Maßnahmen relativ einfach umgesetzt wurden, die das Zusammenleben in der Gemeinde erleichtern“. Man erinnere sich hier an Maßnahmen zur Steigerung der Barrierefreiheit von Gehwegen und beliebten Treffpunkten und der Schaffung eines Mehrzweckhauses.

Moosburg ist trotz seiner Nähe zu Klagenfurt eine Gemeinde, die im Vergleich zu 2002 stetig an EinwohnerInnen verloren hat. Mit viel Enthusiasmus für die Sache versucht man sich jedoch als *familienfreundlichegemeinde* in Kärnten zu positionieren. Da Moosburg bereits das dritte

¹³⁷ Antwort von Deutsch Schützen-Eisenberg: „Ja, weil die Maßnahmen gezielt auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt sind. Durch die Einbindung der verschiedenen Bevölkerungs- und Interessensgruppen ist ein großes Maß an Zufriedenheit mit den Projekten erreicht worden.“

¹³⁸ Frage 1 des Fragebogens, Gemeinde Mühlbach am Hochkönig

¹³⁹ Siehe Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011; S. 72

Zertifikat anstrebt, ist man dementsprechend selbstbewusst schon an das zweite Zertifikat herangegangen. Bei den Motiven wird betont, dass man sich trotz der langen Beteiligung am Audit weiterentwickeln will, aber es wird auch festgestellt, dass man von einem hohen Niveau ausgeht. Mit diesem Selbstbewusstsein wurde auch die Frage nach der Steigerung der Lebensqualität beantwortet: „*Ja, weil es ein gutes Programm ist und wir das umfangreichste Angebot für Familien anbieten.*“ So heißt es außerdem: „*Moosburg ist ein idealer Lebensort, an dem die Bedürfnisse für Familien am besten gedeckt werden.*“

In der niederösterreichischen Gemeinde Weissenbach an der Triesting sieht man vor allem die Errungenschaften, die durch die Beteiligung am Audit *familienfreundlichegemeinde* gelungen sind. Hier wird betont, dass die Etablierung eines ganzjährigen Horts nach mehreren vergeblichen Versuchen endlich gelungen sei, auch mit der Schaffung eines Jugendzentrums sei eine lange Forderung der Jugend erfüllt worden. Stolz sei man auch, dass die Kinderspielplätze neu hergerichtet wurden, und kleinkindgerechte Spielgeräte zur Verfügung stehen. Auch das Thema „betreutes Wohnen“ wird in der Antwort erwähnt, denn sei zumindest gelungen, dass das Thema „*ernst genommen wird und sachlich zwischen den unterschiedlichen Fraktionen diskutiert wird*“. Teilweise wurden mit diesem Resümee die Erwartungen an das Audit erfüllt, da die Gemeinde ein sehr umfangreiches und breites Bild der Motive (von der Bestandsaufnahme über die Identifikation mit der Gemeinde bis hin zu Freiwilligenarbeit und BürgerInnenbeteiligung) hatte.

Die Partnergemeinde Weissenbachs in der familienfreundlichen Region, die Gemeinde Kaumberg, ging mit ebenso umfassenden Erwartungen an den Prozess heran. Enttäuscht worden scheint man auch hier nicht zu sein, denn Bürgermeister Michael Singraber resümiert: „*Zusammenfassend kann man sagen, dass unsere Gemeinde durch die zahlreichen Projekte familienfreundlicher wurde. Außerdem ist das Zusammenbringen der Generationen hervorragend gelungen.*“¹⁴⁰ Die Zusammenführung der unterschiedlichen Altersgruppen wurde nämlich auch bei den Motiven angegeben.

In Frankenmarkt wollte man „*die Chance nutzen, die Bedürfnisse aller GemeindebürgerInnen noch besser abzudecken bzw. bereits vorhandene Angebote noch attraktiver zu gestalten*“¹⁴¹. Dies scheint rückblickend wohl durch die Evaluierung der bestehenden Angebote und die

¹⁴⁰ Frage 1 des Fragebogens, Gemeinde Kaumberg

¹⁴¹ Siehe Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011; S. 39

entsprechende Bewusstseinsbildung für Bestehendes und Neues in der Bevölkerung gelungen, da sie wieder verstärkt genutzt wurden, heißt es im Fragebogen.

Leicht unterschiedlich resümierten die beiden steirischen Gemeinden die Beteiligung am Audit: Während Gabersdorf betont, dass das Audit ein „innovatives Instrument sei“, um ein „Mehr an Lebensqualität“ zu schaffen und damit auch die Bindung der BürgerInnen an die Gemeinde zu erhöhen, wodurch aufgrund des arbeitsintensiven Prozesses ein reger Kontakt zu den BürgerInnen entstanden sei, zeigt die Gemeinde Weinburg am Saßbach auf, dass das Thema „Familienfreundlichkeit“ Eingang in das „allgemeine Bewusstsein, Selbstverständnis und den Sprachgebrauch“ gefunden habe und ähnlich wie in Weissenbach an der Triesting empfand man auch hier die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit wie Nachmittagsbetreuung, als Erleichterung.

Welche Maßnahmen waren erfolgreich und welche weniger?

Quasi die Zusammenführung des bisher gesammelten Materials und die Beantwortung der meisten noch offenen Fragen bietet der Fragenkomplex zwei bis sieben, da sich hier die Gemeinden selbst mit dem zeitlichen Aufwand und dem Erfolg ihres Prozesses auseinandersetzen mussten. Grün markiert sind jene Bereiche, die positiv für die Gemeinden waren, und rot sind jene Bereiche, die einen Misserfolg für die Gemeinden darstellten. Alle inhaltlichen Querverbindungen wurden entsprechend farblich sichtbar gemacht.

Tabelle 10: Auswertung der Fragen 2-7:

Gemeinde	beste Maßnahme(n)	weniger gefruchtet als erwartet	kl. finanzieller, zeitl. Aufwand, großer Erfolg	kl. finanzieller, zeitl. Aufwand, wenig Erfolg	gr. finanzieller, zeitl. Aufwand, gr. Erfolg	gr. finanzieller, zeitl. Aufwand, kl. Erfolg
Deutsch Schützen-Eisenberg	Familien- und Ansiedlungsförderung	Tag der Jugend	Kennenlerntreffen		Geförderte Startwohnungen für Jungfamilien	Gemeindebus
Moosburg	alle Maßnahmen haben viel gebracht					
Kaumberg	Intensivierung des Zusammenhalts des ohnehin regen Vereinslebens durch die neue Aufgabe im Rahmen des Audit	Infodrehscheibe für Nachhilfe, Fahrgemeinschaften, Lehrstellen	Generationeninitiative Kindergarten und leistbare Computer- und Fortbildungskurse	Infodrehscheibe für Nachhilfe, Fahrgemeinschaften, Lehrstellen	Tag der Gesundheit	Jugendtreff wird leider kaum genutzt (Alkoholverbot!?)
Weissenbach a.d.Triesting	Hort	Ehrenamtsbörse	Jugendzentrum	Ehrenamtsbörse	Hort	
Frankenmarkt	Gehsteigsanierung (kinderwagen- u. rollstuhlgerechter Ausbau)	Discobus für Jugendliche	Kinderferienprogramm	Babysitter- und Omabörse	Gehsteigsanierung	
Hallwang	Neues Zentrum für Eltern-Kind-Gruppen und Jugendgruppen	Oma- und Opa-Betreuung für Baby- bzw. Kinderdienste	Seniorentanzen und kinderwagenfreundliche Übergänge	Freiwilliger Nachhilfeunterricht für lernschwache Schüler	Errichtung Mesnergütl mit Mutter-Kind-Runden, Jugendzentrum	Erneuerung des Kinderspielplatzes
Mühlbach am Hochkönig	Naturspielplatz für alle Generationen	Sprechtag und Vorträge		Sprechtag und Vorträge	Naturspielplatz für alle Generationen	
Gabersdorf	Summe der Maßnahmen hat ein breites Feld abgedeckt; Für Jugendliche: Taxigutscheine	"Betreibbares Wohnen"	Änderung der Öffnungszeiten im Allg. Kindergarten und im Heilpädagog. KIGA; Adaptierung Jugendraum		Neubau der Volksschule	Betreibbares Wohnen
Weinburg am Saßbach	Nachmittagsbetreuung	Mitfahrbörse	Seniorentreff	Organisierte Fahrten	Kinderspielplätze	Verbesserte Nahversorgung

Quelle: Eigene Analyse der Fragebögen, die an zehn Gemeinden ausgeteilt wurden, von denen neun fast vollständig ausgefüllt wurden; Tabelle: Eigene Darstellung

Bei der persönlichen Rückschau der befragten Personen stellt sich heraus, dass offensichtlich zwei große Bereiche in den meisten Gemeinden nicht funktioniert haben, während die

Bereiche, die fast alle Gemeinden in der Zeit des Audits verwirklichen konnten, auch im Nachhinein sehr gut funktionieren.

Weniger Erfolg als erwartet haben vor allem die Bereiche Freiwilligenarbeit und alternative Fahrmöglichkeiten. Bei Ehrenamtsbörsen, Leihomadiensten und Nachhilfebörsen hatten die Gemeinden auch schon bei der Umsetzung Schwierigkeiten und auch nachträglich scheiterten die meisten Versuche, weil sich entweder nicht genügend Freiwillige (besonders bei der Nachhilfebörse) oder nicht genügend Interessenten für den Dienst (Oma- und Opa Betreuung für Kinder) fanden.

Umgekehrt scheiterten auch schon sieben von zwölf Maßnahmen bei alternativen Fahrmöglichkeiten in ihrer Umsetzung. Diesen Misserfolg spiegelt auch die persönliche Erinnerung der beantwortenden Personen in den Gemeinden wider, denn in fünf Gemeinden werden Mitfahrbörsen, Discobus, Fahrgemeinschaften und der Gemeindebus, der auch noch als Maßnahme mit großen finanziellem Aufwand gewertet wird, als Enttäuschung der Erwartungen gewertet. Einzig die Taxigutscheine für Jugendliche in Gabersdorf werden zu den besten Maßnahmen gezählt.

Interessant ist auch, dass der Jugendtreff für Kaumberg als einzige Gemeinde einen Misserfolg darstellte. Der Bürgermeister mutmaßt, dass dies an dem Alkoholverbot liegen könnte. In Gabersdorf, Weissenbach an der Triesting und Hallwang wird diese Maßnahme durchwegs positiv gesehen.

Von mehreren Gemeinden wie Gabersdorf, Weinburg am Saßbach und Weissenburg an der Triesting wurde auch die Nachmittagsbetreuung bzw. die Änderung der Öffnungszeiten im Kindergarten und das Kinderferienprogramm als großer Erfolg gesehen. Als Maßnahme mit großem finanziellen und zeitlichen Aufwand wird die Schaffung und Adaptierung der Spielplätze bewertet. Während dies in zwei Gemeinden als großer Erfolg gesehen wird, wurde dies in Hallwang nicht so gut angenommen. Bürgermeister Helmut Mödlhammer sieht den Grund darin, dass es in Hallwang genügend andere „Freiräume“ für Kinder gäbe. Auch die relativ günstige Sanierung und Adaptierung der Gehsteige für Kinderwagen und Rollstühle wird sowohl in Frankenmarkt, als auch in Hallwang als sehr erfolgreiche Maßnahme erwähnt.

Auch schon bei der Evaluierung der Maßnahmen fiel Deutsch Schützen-Eisenberg mit seinem expliziten Ziel, der demografischen Entwicklung entgegenwirken zu wollen und besonders behindertenfreundliche Maßnahmen setzen zu wollen, aus der Reihe. Dieses Ziel scheint auch erreicht worden zu sein, denn gerade hier scheinen sich die Familien- und

Ansiedelungsmaßnahmen wie die Kennenlerntreffen oder der Bau der geförderten Startwohnungen für Jungfamilien ausgezahlt zu haben. Eine andere ambitionierte Maßnahme, nämlich die Abhaltung des „Tags der Jugend“ sind aufgrund mangelnden Interesses der Jugend eher fehlgeschlagen.

An diesem Bild der Misserfolge und Erfolge bestätigt sich die Mutmaßung, die bei der Analyse der Maßnahmen sich schon herauskristallisierte, dass Ehrenamtsbörsen eher sehr schwierig in der Umsetzung sind. Als Gründe für diese Tatsache werden einerseits angegeben, dass „*die Fragen der Haftung bzw. die große Aufsichtspflicht gefürchtet werden*“¹⁴² andererseits gibt beispielsweise Frankenmarkt an, dass dieses Angebot trotz mehrmaliger Bewerbung in der Gemeindezeitung nicht von den Eltern angenommen wurde.

Auch mit dem Bilden von Fahrgemeinschaften, oder mit der Inanspruchnahme von Mitfahrbörsen und Gemeindebussen verhält sich die Verwirklichung eher schwierig. Interessant ist auch, dass wohl bei Jugendlichen die Nutzung von Gutscheinen eher funktioniert, als einen eigenen Discobus in Anspruch zu nehmen. Auch der Gemeindebus in Deutsch Schützen-Eisenberg scheiterte beispielsweise, weil „*die Anbindung der einzelnen Ortschaften*“ und „*innerhalb der Bezirkshauptstadt Oberwart*“ nicht gegeben war. Da die Ablehnung von Seiten der Bevölkerung so offensichtlich ist, kann man schon daraus schließen, dass Maßnahmen, die zwar von der Gemeinde initiiert werden, jedoch in der Ausführung an den BürgerInnen selbst liegen, eher weniger gut funktionieren. Maßnahmen werden in der Regel besser angenommen, wenn sie von der Gemeinde oder anderen Institutionen bereitgestellt werden und sie auch dem Bedarf der Bevölkerung entsprechen.

Gibt es aufgrund des Audits mehr Geburten, Hauptwohnsitze, Familien oder Zuwanderung?

Die Analyse der Themenblöcke drei und vier bilden gleichzeitig die Überleitung zum endgültigen Conclusio dieser Arbeit, da sie teils anhand von Zahlenmaterial, teils anhand der persönlichen Einschätzung darlegen, ob das Audit *familienfreundliche Gemeinde* wie in meiner These angenommen, wirklich die demografische Struktur einer Gemeinde in Richtung mehr Geburten und einer besseren Begleitung der älteren Menschen verändern kann, was im Endeffekt einen Standortvorteil vor allem bei der Binnenwanderung im Sinne von mehr EinwohnerInnen bedeuten würde.

¹⁴² Erläuterung der Gemeinde Hallwang im Fragebogen

Generell ist zu sagen, dass man anhand der Zahlen dieser in den meisten Gemeinden relativ kurzen Zeit nach dem Zertifikat noch keine seriöse Aussage über den langfristigen Erfolg oder Misserfolg dieses Projekts machen kann. Generell ist es jedoch schon so, dass durch die Sensibilisierung der politischen Funktionäre und der Bevölkerung in diesem zentralen Themenbereich eine Art Umdenkprozess gestartet wurde, der auch noch über den Auditprozess hinaus wirkt, was auch die Antworten auf die Frage nach Zuzug und mehr Familien beweisen. Anhand des Zahlenmaterials lässt sich jedoch schon erkennen, dass bei den Geburten die Entwicklung eindeutiger ist, als bei den EinwohnerInnenzahlen.¹⁴³

Vergleicht man die Anzahl der Hauptwohnsitze seit dem Grundzertifikat, so zeigt sich dass die Zahl der EinwohnerInnen in Deutsch Schützen-Eisenberg, Kaumberg und Hallwang seit dem Grundzertifikat zugenommen hat, in Gabersdorf ungefähr gleich geblieben ist und in Moosburg, Weissenbach an der Triesting, Frankenmarkt, Mühlbach am Hochkönig, Weinburg am Saßbach und Bludenz wenig bis stark rückläufig seit dem Grundzertifikat ist.

Deutsch Schützen-Eisenberg und Kaumberg stechen hier besonders heraus, denn sie sind, wenn man die EinwohnerInnenzahlen seit 2002 vergleicht, eindeutige Abwanderungsgemeinden und konnten seit dem Grundzertifikat deutlich an EinwohnerInnen zulegen, sodass sie nun mehr Bevölkerung aufweisen als vor dem Audit. Obwohl Moosburg, das seit 2003 das Grundzertifikat hat, verglichen mit damals um 135 weniger EinwohnerInnen hat, konnten sich die Zahlen nach der Talsohle im Jahr 2007 doch wieder auf 4.495 Hauptwohnsitze steigern.

Blickt man nur auf die letzten zwei bis drei Jahre, so ergibt sich auch in Moosburg, Gabersdorf und Bludenz eine positive Trendwende hin zu einer Erholung der Bevölkerungszahlen auf das Niveau vom Jahr des Zertifikats.

Natürlich muss erwähnt werden, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung im Rahmen des Fragebogens nicht erfasst wurde und dass sich die Geburten- und Sterbearten österreichweit, wie im Demografieteil erwähnt, fast die Waage halten. So ist es auch im Gemeindevergleich.¹⁴⁴.

Bei den Geburten fällt das Resümee eindeutig positiver aus, denn von zehn Gemeinden konnten sechs Gemeinden seit dem Grundzertifikat mehr Geburten aufweisen, zwei

¹⁴³ Alle Tabellen zu den demografischen Angaben der Gemeinden im Fragebogen siehe Tabellenanhang

¹⁴⁴ Vergleiche: Statistik Austria: Ein Blick auf die Gemeinden; Einwohnerzahl und Komponenten der Bevölkerungsentwicklung 2002-2010; (<http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=80103>), erhoben am 11. Dezember 2011

Gemeinden blieben von der Geburtenanzahl ausgeglichen und zwei wiesen weniger Geburten als im Jahr des Grundzertifikats auf.

Während Frankenmarkt zu den Fragen „Hat das Audit *familienfreundliche Gemeinde* dazu beigetragen, dass es Zuzug in Ihre Gemeinde gegeben hat?“ und „Gibt es seit der Beteiligung am Audit *familienfreundliche Gemeinde* wieder mehr junge Familien in Ihrer Gemeinde als vorher?“ im Fragebogen gar keine Angaben machte, zeigt die Einschätzung der ausfüllenden Personen in den anderen Gemeinden jedoch schon, dass mehrheitlich ein Zusammenhang zwischen den Maßnahmen im Rahmen des Audit – vor allem der Wohnbau, Baulandumwidmung, Öffentlichkeitsarbeit, bessere Ausbildung und Kinderbetreuung und interessante Angebote für SeniorInnen – und einem erwarteten oder schon eingetretenen Zuzug gegeben ist. Einzig Weissenbach an der Triesting und Mühlbach am Hochkönig konnten keinen (erwarteten) Zuzug feststellen. Mühlbach am Hochkönig konnte auch kein Wachstum bei jungen Familien beobachten.

Interessant ist, dass einzig in Deutsch Schützen-Eisenberg, Kaumberg und Hallwang wirklicher Zuzug festzustellen ist, während die anderen Gemeinden wie Moosburg, Bludenz und Gabersdorf erst in den letzten zwei Jahren wieder an EinwohnerInnen zulegen, sind auch diese positiv gestimmt, was ihre Zukunft angeht. Signifikant ist außerdem, dass in Mühlbach trotz leicht steigender Geburtenzahlen in der persönlichen Einschätzung nicht mehr junge Familien zu bemerken sind.

Tabelle 11: Antworten auf die Fragen nach Zuzug und einem Mehr an Familien

	Zuzug		mehr junge Familien?	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Deutsch Schützen-Eisenberg	weil viele Menschen (auch ältere), durch die dementsprechende Bewerbung wissen, dass sich die Gemeinde um die Bedürfnisse aller Altersgruppen bemüht und etwas weitergeht. Zu bemerken ist, dass bei der Erhebung die Tatsache nicht berücksichtigt wurde, dass wir eine negative Geburtenbilanz haben. (11 Geburten 2009-2010 stehen 26 Sterbefällen gegenüber). Trotzdem haben wir ein Plus an Einwohnern. (Nicht nur 2, sondern eigentlich 15)		weil durch die günstigen Startwohnungen Paare einen eigenen Haushalt gründen können. Einige haben begonnen, ein Haus zu bauen und haben bereits Nachwuchs. Die Tatsache, dass immer weniger Kinder auf die Welt kommen, hat andere Gründe.	
Moosburg	wird sich verstärken; Grund: Vermehrter Bau von Wohnungen + Vision der Bildungsgemeinde; höchste Kinderbetreuungsquote		weil wir die Zukunft in der besten Ausbildung unserer Kinder sehen und mit unserer Vision "Die Bildungsgemeinde Österreich" zu werden, auf dem richtigen Weg sind und eine Vorreiterrolle spielen	
Kaumberg	weil durch die Baulandwidmung im Sommer 2011 ist dies zu erwarten (Ansiedelung Jungfamilien)		weil durch die Baulandwidmung im Sommer 2011 ist dies zu erwarten (Ansiedelung Jungfamilien)	
Weissenbach a.d.Triesting		weil die Tatsache der familienfreundlichengemeinde noch nicht überall hin bekannt ist und die Gemeinde aufgrund ihrer topografischen Gegebenheiten streng limitiert in Bezug auf verfügbare Flächen (und somit in Bezug auf Wohnbau) ist	gefühlsmäßig ja. Trotz einer relativen Überalterung der Gemeinde vor einigen Jahren hat sich die Zahl der Einwohner ziemlich stabil gehalten	
Frankenmarkt				
Hallwang	weil es eine attraktive und flexible Kinderbetreuung, einen attraktiven Treffpunkt für die Mutter-Kind-Runden, interessante Seniorenveranstaltungen gibt		weil damit bekannt wurde, wieviel in Hallwang für junge Familien getan wird	
Mühlbach am Hochkönig		Nein		Nein leider nicht
Gabersdorf	Gabersdorf ist eine ländl. strukturierte Gemeinde und es bestand lange Zeit sogar die Gefahr, unter die 1.000 Einwohnergrenze zu rutschen. Erst ab dem Jahr 2004 näherte man sich langsam der 1.100 EW-Grenze. Die Maßnahmen im Rahmen der Auditierung waren sicher auch mit ausschlaggebend dafür.			
Weinburg am Saßbach			einen direkten Zusammenhang nachzuweisen wäre vermessen. Tatsache ist, dass es in den Jahren seit dem Grundzertifikat geburtenstärkere Jahrgänge gab (2008, 2010)	

Quelle: Eigene Analyse der Fragebögen, die an zehn Gemeinden ausgeteilt wurden, von denen neun fast vollständig ausgefüllt wurden; Tabelle: Eigene Darstellung

Conclusio

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass geringere Geburtenraten, die Verkleinerung der Haushaltsgrößen, der Anstieg der Scheidungen, neue Familienformen und der demografische Knick, in Richtung einer größer werdenden älteren Gruppe von Menschen und einer geringer werdenden jungen und mittleren Altersgruppe österreichweit, wenn nicht sogar europaweit, demografische Entwicklungen sind, die nicht zu leugnen sind.

Gemeinden, die als kleinste Gebietskörperschaft unmittelbar mit den Auswirkungen dieser Probleme konfrontiert sind, sind hier gefordert, das große Ganze im Auge zu behalten und mit der Veränderung der Gesellschaft Schritt zu halten. Viele Faktoren wie genügend Arbeitsplätze, eine gute Wohn- und Lebensinfrastruktur oder eine gute Gemeinschaft in der Gemeinde geben den Ausschlag, ob sich Menschen entscheiden, in einer Gemeinde zu wohnen, denn die grundsätzliche Ausstattung wie Kindergärten und Volksschulen, ist in den meisten Gemeinden vorhanden. Gerade in neuen Lebensabschnitten, wie der Beginn eines Studiums, die Geburt eines Kindes, die Entscheidung als Paar zusammen zu wohnen, ein neuer Job oder das Leben im Alter, ist es für Gemeinden wichtig, die richtige Antwort auf Fragen zu haben und das richtige Umfeld bereitzustellen, um die Lebensqualität der Menschen aufrecht zu erhalten oder zu verbessern. Die Frage: „Kann ich in diesem Lebensabschnitt in meiner Gemeinde ein passendes Lebensumfeld vorfinden, um mein Leben zu bestreiten?“ steht im Zentrum dieser Kosten-Nutzen-Rechnung.

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* bietet einen strukturierten, von professionellen BetreuerInnen begleiteten Prozess, sich als Gemeinde diesen neuen Anforderungen zu stellen. Es wird keine Patentlösung für alle Gemeinden angeboten, sondern jede Gemeinde wird durch die individuelle Begleitung dazu angeleitet, sich unter Einbeziehung der Bevölkerung der lokalen Probleme bewusst zu werden, die Politik und die Bevölkerung für die Lage zu sensibilisieren und gemeinsam Lösungen zu finden.

Die Analyse der Motive zeigt, dass sich Gemeinden nicht von Anfang an der Vielfalt der Möglichkeiten bewusst sind. In den meisten Fällen gehen sie nicht mit dem Ausblick in den Prozess, dass sie mit viel Anstrengung und entsprechenden Maßnahmen einem negativen demografischen Trend wie Abwanderung entgegenwirken können. Man bekommt das Gefühl, dass sie sich meist ihrer demografischen Lage gar nicht bewusst sind. Doch umso weiter sie im Prozess voranschreiten, sprich umso intensiver sie sich mit dem Prozess beschäftigen, – hier bildet die Analyse des IST-Zustands von Angeboten in einer Gemeinde eine gute Basis –

umso klarer wird, dass richtig gesetzte Maßnahmen dazu beitragen, die Lebensqualität der „Familie Gemeinde“ als Ganzes zu steigern (alle neun befragten Gemeinden antworteten auf die Frage danach mit „Ja, sie konnte gesteigert werden“). Dadurch fühlen sich alle BürgerInnen als wichtigen Teil der Gemeinde, da auch ihre Interessen berücksichtigt und sie aktiv beteiligt werden. Wichtig ist hier auch, dass es für das Audit nicht nur eineN ProjektleiterIn vor Ort braucht, sondern auch die Führung der Gemeinde sowie die BürgerInnen mit einbezogen werden müssen, wodurch begünstigt wird, dass die Wünsche möglichst vieler Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und im Endeffekt auch verwirklicht werden. Allerdings hängt dies auch vom politischen Willen ab, denn schlussendlich ist großteils die lokale Politik für die Verwirklichung zuständig.

Die Motive der 135 analysierten Gemeinden zeigen vor allem, dass es anfangs für die Gemeinden wichtig ist, dass die BürgerInnen aller Generationen eingebunden werden, dass das Zusammenleben und die Kommunikation gefördert und somit die Identifikation der BürgerInnen mit der Gemeinde gefestigt wird. Als zweithäufigst genanntes Motiv wird die Verbesserung sowohl der Familienfreundlichkeit, als auch die Lebensqualität und die Attraktivität der Gemeinde genannt. Die Motive, die Lebensqualität und die Attraktivität der Gemeinde steigern zu wollen, deuten darauf hin, dass hier schon im Hintergrund mitschwingt, einen Standortvorteil für die eigene Gemeinde herauszuarbeiten. Konkret wurde „Standort verbessern“ jedoch nur zwei Mal genannt. Der dritthäufigste Beweggrund, beim Audit *familienfreundlicheGemeinde* mitzumachen, ist, sich des eigenen Angebots und der Lücken bewusst zu werden, was bei der Erhebung eher überraschend war, da angenommen wurde, dass sich eine Gemeinde über ihr Angebot bewusst sei.

Da die Motive noch wenig über die real gesetzten Schritte aussagen, wurden in einem weiteren Schritt die Maßnahmen von neun ausgewählten Gemeinden analysiert. Diese Analyse ergab, dass die Gemeinden wesentliche Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung von flexibleren Öffnungszeiten bis hin zur Ferienbetreuung von Kleinkindern bis VolksschülerInnen gesetzt haben. Außerdem wurden die Rahmenbedingungen wie bessere Freizeitgestaltung durch kindgerechtere Spielplätze, Jugendtreffs oder andere Freizeitangebote wie ein Eislaufplatz oder ein Sportzentrum in fast allen Gemeinden verbessert. Spezielle Angebote für Eltern(-teile) mit Kindern waren hier eher nur vereinzelt getroffen worden. Am zweithäufigsten wurden Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit im Bereich Verkehr und Infrastruktur getroffen. Die Abschrägung von Bordsteinkanten, eine Verbesserung im Bereich der Mobilität oder zielgerichtete

Wohnangebote waren für die Erleichterung des Lebens vieler Bevölkerungsgruppen gedacht. Auch das dritthäufigste Maßnahmenpaket im Bereich der Informationsbündelung zielt auf viele Gesellschaftsgruppen ab und fasst das Angebot für die verschiedenen Gruppen auf der Homepage oder in Broschüren zusammen. An vierter Stelle stehen die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität von SeniorInnen. Blickt man nun auf diese vielen unterschiedlichen Ansätze und Maßnahmen von der Vogelperspektive, so lässt sich eindeutig erkennen, dass die meisten einen nachhaltigen Effekt auf die Lebensqualität der GemeindebürgerInnen haben werden. Generell hat sich hier gezeigt, dass Maßnahmen, die den gewohnten Aufgabenbereich der Gemeinden streifen, wie Kinderbetreuung oder die Schaffung von Spielplätzen, eher angenommen und verwirklicht werden, als Projekte, bei denen sich Gemeinden auf „Neuland“ begeben, wie die Schaffung eines Gemeindebusses, oder diverse Ehrenamtsbörsen. Eine Erkenntnis ist ebenso, dass die Gemeinde und die/der ProjektleiterIn bei allen Maßnahmen eine aktive oder zumindest koordinierende Rolle übernehmen muss. Projekte, die ausschließlich in die Hände von Vereinen oder einzelnen BürgerInnen gegeben wurden, wurden in den meisten Fällen eher nicht verwirklicht (siehe Fahrgemeinschaftsbörsen oder die Videothek in Deutsch Schützen-Eisenberg, die durch die Landjugend umgesetzt werden sollte). Maßnahmen, die auf die Unterstützung von Zuzug und die Gründung einer Familie schließen lassen, waren hauptsächlich der teils geförderte Wohnbau und die Bündelung von Informationen für Jungfamilien, die Erweiterung oder Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bei der Bereitstellung von Krippenplätzen sowie Willkommenspakete und Kennenlertreffen mit Vereinen. Die restlichen Maßnahmen schienen eher, wie auch schon in den Motiven angedeutet, der Verbesserung der Lebensqualität bereits dort lebender GemeindebürgerInnen, zu dienen. Allerdings können auch Maßnahmen wie die Verbesserung der Infrastruktur, Barrierefreiheit, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei entsprechender Öffentlichkeitsarbeit schon dafür genutzt werden, dass die Bemühungen der Gemeinden auch über die Gemeindegrenzen hinweg bekannt werden und somit vielleicht neue BürgerInnen anziehen.

Blickt man auf die Antworten im Fragebogen, so zeigt sich, dass alle Gemeinden, die den Fragebogen ausgefüllt haben, angaben, dass sie durch das Audit ihre Lebensqualität steigern konnten. Dabei wurde betont, dass sie die Bewusstseinsbildung, die Einbindung aller Generationen, die BürgerInnenbeteiligung, den Ausbau der Nachmittagsbetreuung als besonders positiv empfunden haben. Zwei Gemeinden betonten sogar, dass sich das Audit zur Steigerung der Lebensqualität in der Gemeinde besonders gut eigne. Bei der Bewertung der Maßnahmen kristallisiert sich ein ähnliches Bild wie bei der Auswertung der Maßnahmen

heraus: Weniger Erfolg hatten die Bereiche Freiwilligenarbeit und alternative Fahrmöglichkeiten, wie Gemeindebusse, -taxis usw. und großen Erfolg hatten Maßnahmen wie die Installierung eines Jugendtreffs, die Flexibilisierung der Öffnungszeiten bei Kinderbetreuungseinrichtungen, Nachmittagsbetreuung und die Adaptierung von öffentlichen Gehwegen. Ob die Maßnahmen gefruchtet haben, kam aber in den meisten Gemeinden auf den wirklichen Bedarf und die Umsetzung an. Wurden in Gabersdorf beispielsweise die Taxi-Gutscheine für Jugendliche gut angenommen, floppte die Mitfahrbörse in Weinburg am Saßbach. Ähnlich hält es sich mit Jugendtreffs. Während diese Maßnahme in den meisten Gemeinden als Erfolg gewertet wird, wird dieser in Kaumberg nicht gut angenommen – vermutet wird hier, dass es am Alkoholverbot liegt.

Kann man diese bestätigte Steigerung der Lebensqualität nun anhand der Daten der Hauptwohnsitze und Geburten in konkrete Zahlen nachweisen?¹⁴⁵ Die Auswertung der Hauptwohnsitze zeigt, dass es in Deutsch Schützen-Eisenberg, Kaumberg und Hallwang seit dem Grundzertifikat bis 2011 leichte EinwohnerInnensteigerungen gegeben hat, in Gabersdorf die Zahl ungefähr gleich geblieben ist und in Moosburg, Weissenbach an der Triesting, Frankenmarkt, Mühlbach am Hochkönig, Weinburg am Saßbach und Bludenz wenig bis stark rückläufig seit dem Grundzertifikat ist. Moosburg hat zwar seit dem Grundzertifikat an EinwohnerInnen verloren, konnte jedoch seit 2007 wieder leicht zulegen. Da keine Befragung der zugezogenen BürgerInnen vorliegt, kann jedoch keine Aussage darüber getroffen werden, ob hier die langen Bemühungen seit 2003 endlich fruchten, oder ob es auf andere Gründe zurückzuführen ist. Auch Gabersdorf hat von 2006 bis 2008 stark an EinwohnerInnen verloren und konnte erst von 2009 bis 2011 wieder BewohnerInnen gewinnen. Gleiches gilt für Bludenz.

Deutlicher zeigt sich die Veränderung bei den Geburtenzahlen: Sechs von zehn Gemeinden konnten seit dem Grundzertifikat mehr Geburten verzeichnen, zwei Gemeinden blieben bei den Geburten ungefähr auf dem selben Stand, und zwei wiesen weniger Geburten seit dem Jahr des Grundzertifikats auf. Auch hier kann nur gemutmaßt werden, ob die besseren Bedingungen für das Geburtenplus verantwortlich sind.

Fragt man nach dem persönlichen Empfinden, so zeigt sich, dass die meisten Gemeinden sowohl mehr Zuzug und auch mehr junge Familien in der Gemeinde erwarten bzw. beobachten können. Es scheint sich also eine positive Stimmung bzw. eine positive

¹⁴⁵ Ganz im Sinne der grundsätzlichen Fragestellung: Kann das Audit dazu beitragen, eine positive Entwicklung in Richtung mehr EinwohnerInnen bei einer Abwanderungsgemeinde hervorzurufen und die gute Entwicklung einer Zuzugsgemeinde abzusichern?

Erwartungshaltung innerhalb der Gemeinde gebildet zu haben. Hier zeigt sich auch, dass Frage nach der Kosten Nutzen-Rechnung im Sinne der aufgezeigten Auffassung im Sinne der Rational Choice-Theorie bei all diesen Prozessen und Maßnahmen sehr wohl eine Rolle spielt. Ganz besonders sichtbar wird diese Theorie, wenn Gemeinden sich als aktives Ziel setzen, mehr junge Menschen (mit Kindern) in die Gemeinde zu locken und so versuchen, durch zielgerichtete Maßnahmen für Familien eine eindeutig positive Nutzenrechnung als Gemeinde darzustellen. Dies kann sich sowohl auf die Entscheidung, eine Familie zu gründen, als auch auf den Zuzug junger Menschen und möglicher Jungfamilien auswirken. Ganz besonders deutlich wurde dies beispielsweise in Deutsch Schützen-Eisenberg, wo man durch verschiedenste Maßnahmen wie erweiterte Öffnungszeiten und Feriengestaltung im Kindergarten, durch ein Schulstartpaket, durch Freizeitangebote in den Schulferien, durch einen Familienwegweiser, durch bessere Busanbindung, durch günstige Startwohnungen für Jungfamilien, durch ein Kennenlertreffen mit den örtlichen Vereinen und einem Willkommenspaket speziell die Zuwanderung der Zielgruppe „junge Paare, die eine Familie gründen wollen“ fördern wollte. Dies scheint auch gelungen zu sein, denn die Einschätzung des Vizebürgermeisters zeigt, dass selbst in der kurzen Zeitspanne von zwei Jahren der Umsetzung der Maßnahmen, mehr Paare einen eigenen Haushalt gründen konnten, ein Haus bauen oder bereits Nachwuchs haben.¹⁴⁶

Über eine langfristige Entwicklung sagen die von den Gemeinden angegebenen Zahlen jedoch noch wenig aus, da das Audit *familienfreundliche Gemeinde* in den meisten Bundesländern erst vor einigen Jahren gestartet ist. Um einen wirklich aussagekräftigen Vergleich, der mehr als diese zehn Gemeinden umfasst, anstellen zu können, müsste man diese Analyse in fünf Jahren wiederholen und vereinheitlichte Daten aller Gemeinden, die bis dahin durch die Datenbank der FBG verwirklicht werden soll, auswerten.

Da es gerade bei innovativen Maßnahmen wie Freiwilligenbörsen und alternativen Fahrkonzepten gehäuft zu Problemen in der Verwirklichung kommt, wäre es sinnvoll, die Projektleitung und die Gemeinden vor Ort mit der Projektbegleitung weiterführend auszustatten. Es sollte also zu einer Weiterbetreuung nach der Grundzertifizierung kommen. Da die Förderleistung im Sinne der Prozessbegleitung 30 Stunden beträgt, wäre eine weitergreifende Aufteilung dieser Förderung über den gesamten Förderprozess eine sinnvolle Maßnahme. Dabei könnten Gemeinden bei Schwierigkeiten in der Umsetzung und ProzessleiterInnen bei der jährlichen Evaluierung unterstützt werden.

¹⁴⁶ Siehe Auswertung der Frage 11 des Fragebogens, Seite 101 dieser Arbeit

Um die grundlegende Fragestellung „Kann das Audit dazu beitragen, eine positive Entwicklung in Richtung mehr EinwohnerInnen bei einer Abwanderungsgemeinde hervorzurufen und die gute Entwicklung einer Zuzugsgemeinde abzusichern?“ wirklich ausreichend beantworten zu können, müsste man also warten, bis in allen Bundesländern der Auditprozess über eine ausreichend lange Zeit verwirklicht wurde. Die Auswertung der kurzfristigen Daten lässt jedoch die Aussage zu, dass das Audit ein geeignetes Instrument ist, um den Grundstein für eine positive demografische Entwicklung zu legen. In starken Abwanderungsgemeinden zeigt sich, dass dies zwar möglich ist, jedoch nur mit langfristigen Bemühungen und der Einbettung der Familienfreundlichkeit in alle politischen Entscheidungen wie in Kaumberg beispielsweise geschafft werden kann.

Außerdem gäbe es in diesem Themenbereich noch viele weitere Fragestellungen, bei denen es sich lohnen würde, weiter in die Tiefe zu forschen, wie beispielsweise die BürgerInnenbeteiligung vor sich gegangen ist, wie sehr die Gemeindevorvertretung in die Verwirklichung eingebunden war, welche Auswirkungen das Audit auf die Freiwilligenarbeit hatte, welche Rolle Frauen im Management des Prozesses spielen, oder wie sehr der Erfolg oder Misserfolg des Audits mit der Person des/der Bürgermeisters/in zusammenhängt. Um diese weiterführenden Fragen zu beantworten, müsste man jedoch weitere qualitative Methoden anwenden und zahlreiche weitere Feldforschungen anstellen.

Übersichts- (Audit)matrix

		Lebensphasen								
		Schwangerschaft & Geburt	Familie mit Säugling	Kleinkind bis 3 Jahre	Kindergartenkind	Schüler/in	In Ausbildung Stehende/r	nachhaltige Phase	Senioren/innen	Mensch mit besonderen Bedürfnissen
Beratung										
Betreuung										
Gesundheit										
Selbsthilfe und soziale Netzwerke										
Bildung										
Wirtschaft										
Erwerbstätigkeit										
Freizeit / Kultur / Sport / Spiel										
Wohnen und Umwelt										
Mobilität und Verkehr										
komмуunale Verwaltung & Politik										
Migration										
Handlungsfelder										

36

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Handbuch Audit familienfreundlichegemeinde; Stand April 2011

**Übersicht über die EinwohnerInnenzahl der ausgewählten Gemeinden 2002 (4.Quartal)
bis 2011 (1. Quartal)**

Gemeinde	2002 (4.Quartal)	2005 (4.Quartal)	2008 (4.Quartal)	2011 (1.Quartal)
Deutsch Schützen-Eisenberg	1.148	1.169	1.112	1.111
Moosburg	4.545	4.478	4.484	4.460
Kaumberg	1.007	1.011	996	995
Weissenbach an der Triesting	1.686	1.674	1.745	1.739
Frankenmarkt	3.549	3.576	3.537	3.504
Hallwang	3.597	3.781	3.736	3.856
Mühlbach am Hochkönig	1.601	1.604	1.564	1.534
Gabersdorf	1.054	1.108	1.116	1.091
Weinburg am Saßbach	1.114	1.114	1.076	1.071
Bludenz	13.833	13.945	13.821	13.726

Quelle: Statistik Austria; Tabelle: Eigene Darstellung

Binnenwanderung 2002 bis 2010 der ausgewählten Gemeinden (Zahlen je 1.000 EinwohnerInnen):

Gemeinde	Binnen-wanderungs-bilanzrate	0 -17 Jahre	18 – 26 Jahre	27 – 39 Jahre	40 – 59 Jahre	60 – 74 Jahre	75 +
Deutsch Schützen-Eisenberg	+1,65	+10,07	-28,48	-5,41	+16,96	+1,62	-17,68
Moosburg	-4,34	+3,68	-64,43	-11,01	-5,69	+2,46	+58,06
Kaumberg	-3,48	-6,64	-34,27	+7,3	+6,3	-2,56	-11,48
Weissenbach an der Triesting	-1,62	-2,25	-9,57	-0,84	0	+3,26	-3,53
Frankenmarkt	-3,39	-11,86	-13,99	-8,72	-1,37	+3,81	+34,21
Hallwang	+11,01	+9,68	-24,96	+16,67	+0,35	+9,83	+89,22
Mühlbach am Hochkönig	-7,39	-12,13	-34,07	-9,6	-5,45	+2,17	+22,78
Gabersdorf	+5,87	+14,03	+9,63	+7,92	-0,92	+4,45	-2,73
Weinburg am Saßbach	-4,44	+3,73	-17,09	-11,91	+0,4	0	-10,36
Bludenz	-6,15	-5,4	-11,35	-11,89	-2,19	-1,38	-9,06

Quelle: Statistik Austria; Tabelle: Eigene Darstellung

Bevölkerung der ausgewählten Gemeinden nach Alter 2010 (in Prozent und absoluten Zahlen):

Gemeinde	Unter 15 Jahren		15 – 65 Jahre		Über 65 Jahre	
Deutsch Schützen-Eisenberg	9,18 %	102	65,71 %	730	25,11 %	279
Moosburg	15,54 %	693	65,04 %	2.901	19,42 %	866
Kaumberg	16,18 %	161	66,13 %	658	17,69 %	176
Weissenbach an der Triesting	14,84 %	258	67,57 %	1.175	17,6 %	306
Frankenmarkt	16,24 %	569	65,84 %	2.307	17,92 %	628
Hallwang	15,59 %	601	65,4 %	2.522	19,01 %	733
Mühlbach am Hochkönig	15,45 %	237	65,19 %	1.000	19,36 %	297
Gabersdorf	15,22 %	166	68,1 %	743	16,68 %	182
Weinburg am Saßbach	14,47 %	155	67,69 %	725	17,83 %	191
Bludenz	15,39 %	2.113	67,22 %	9.226	17,39 %	2.387

Quelle: Statistik Austria; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabellen der Analyse der Kurztexte zur Motivation der Teilnehmergemeinden aus den Booklets 2009 bis 2011 zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde*

Ergebnisse des Bereichs „Politik“:

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	Schwerpunkt auf Familienpolitik schon vorher	Interkommunale Zusammenarbeit	Überparteilichkeit
2011	12	1	2
2010	11	3	2
2009	2	1	1
Gesamt	25	5	5

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Ergebnisse des Bereichs „Öffentlichkeitsarbeit“:

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	Sensibilisierung, Bewusstseinsbildung	Bestehende und künftige Maßnahmen öffentlich machen
2011	12	10
2010	3	7
2009	0	4
Gesamt	15	21

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Ergebnisse des Bereichs „Audit *familienfreundlichegemeinde*“:

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	Auszeichnung	Projektbegleitung, externe Experten	Externe Überprüfung
2011	5	4	2
2010	4	1	3

2009	3	1	0
Gesamt	12	6	5

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle:
Eigene Darstellung

Ergebnisse des Bereichs „Nachhaltigkeit“:

Booklets der Zertifikatsverleihungen der Jahre	Nachhaltige Entwicklung, langfristige Maßnahmen
2011	7
2010	3
2009	1
Gesamt	11

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle:
Eigene Darstellung

Ergebnisse des Bereichs „Finanzen“:

	Förderungen
2011	2
2010	1
2009	0
Gesamt	3

Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle:
Eigene Darstellung

Gegenüberstellung Zahl der Hauptwohnsitze und Geburten seit den Grundzertifikat pro ausgewählter Gemeinde seit dem Grundzertifikat im Rahmen des Audit *familienfreundliche Gemeinde*;

(Angaben zu den Hauptwohnsitzen und Geburtenzahlen 2011 bis zum Datum der Einreichung des Fragebogens)

Deutsch Schützen-Eisenberg

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2009	1.107	7
2010	1.109	4
2011 (Stand: 12.10.)	1.110	3

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Moosburg

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2003	4.530	43
2004	4.509	48
2005	4.497	51
2006	4.484	51
2007	4.445	51
2008	4.485	37
2009	4.495	32
2010		38
2011 (Stand: 21.10.)		32

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Kaumberg

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2008	1.006	8
2009	993	10
2010	1.007	10
2011 (Stand 28.10.)	1.009	6

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinden; Grafik: Eigene Darstellung

Weissenbach an der Triesting

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2008	1.740	21
2009	1.724	13
2010	1.743	17
2011 (Stand 20.10.)	1.728	20

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinden; Grafik: Eigene Darstellung

Frankenmarkt

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2006	3.593	32
2007	3.549	41
2008	3.549	39
2009	3.534	32
2010	3.523	36
2011		

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Hallwang

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2007	3.753	30
2008	3.815	37
2009	3.870	32
2010	3.860	34
2011 (Stand: 18.10.)	3.896	27

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Mühlbach am Hochkönig

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2007	1.579	19
2008	1.572	19
2009	1.563	18
2010	1.534	22
2011 (Stand: 25.10.)	1.527	5

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Gabersdorf

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2006	1.109	10
2007	1.102	9
2008	1.113	13
2009	1.089	8
2010	1.091	11
2011 (Stand 27.10.)	1.108	11

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Weinburg am Saßbach

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2007	1.082	9
2008	1.085	12
2009	1.074	9
2010	1.072	15
2011 (Stand: 24.10.)	1.059	9

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Bludenz

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze	Anzahl der Geburten
2006	13.930	138
2007	13.911	141
2008	13.844	154
2009	13.849	140
2010	13.744	145
2011 (Stand 22.11.)	13.752	127

Quelle: Eigene Angaben der Gemeinde; Grafik: Eigene Darstellung

Fragebogen zur Diplomarbeit über das Audit *familienfreundlichegemeinde*

Allgemeine Fragen

1. Hat die Beteiligung am Audit *familienfreundlichegemeinde* zur Steigerung der Lebensqualität in Ihrer Gemeinde beigetragen hat?

Ja, weil

Nein, weil

2. Welche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Audit *familienfreundlichegemeinde* hat im Rückblick aus Ihrer Sicht am meisten gebracht?

Maßnahme:

Begründung:

3. Welche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Audit
familienfreundliche Gemeinde hat aus Ihrer Sicht weniger gefruchtet als erwartet?

Maßnahme:

Begründung:

4. Welche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Audit
familienfreundliche Gemeinde hat aus Ihrer Sicht relativ wenig finanziellen, zeitlichen Aufwand gebraucht und viel Erfolg gezeigt?

Maßnahme:

Begründung:

5. Welche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Audit
familienfreundliche Gemeinde hat aus Ihrer Sicht relativ wenig finanziellen, zeitlichen Aufwand gebraucht und wenig Erfolg gezeigt?

Maßnahme:

Begründung:

6. Welche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Audit
familienfreundliche Gemeinde brauchte einen relativ hohen finanziellen, zeitlichen Aufwand und hat aus Ihrer Sicht viel gebracht?

Maßnahme:

Begründung:

7. Welche Maßnahme im Zusammenhang mit dem Audit
familienfreundliche Gemeinde brauchte einen relativ hohen finanziellen,
zeitlichen Aufwand und hat aus Ihrer Sicht wenig Erfolg gebracht?

Maßnahme:

Begründung:

Demografische Angaben zur Gemeinde

8. Geburtenanzahl seit dem Jahr des Grundzertifikats bis heute:

Jahr	Anzahl der Geburten

9. Anzahl der Hauptwohnsitze seit dem Jahr des Grundzertifikats bis heute:

Jahr	Anzahl der Hauptwohnsitze

10. Hat das Audit *familienfreundliche Gemeinde* dazu beigetragen, dass es Zuzug in Ihre Gemeinde gegeben hat?

Ja, weil

Nein, weil

11. Gibt es seit der Beteiligung am Audit *familienfreundliche Gemeinde* wieder mehr junge Familien in Ihrer Gemeinde als vorher?

Ja, weil

Nein, weil

Angaben zur Gemeinde

Name der Gemeinde:

Name des Ausfüllenden:

Abkürzungsverzeichnis

Familie & Beruf Management GmbH (FBG)

Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)

Rational Choice Theorie (RC-Theorie)

Literaturverzeichnis

Behnke, Joachim; Baur, Nina; Behnke, Nathalie: Empirische Methoden der Politikwissenschaft; 2. Auflage, UTB-Verlage Schöningh; 2010

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2009

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2010

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Booklet zur Zertifikatsverleihung des Audit *familienfreundlichegemeinde* 2011

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Handbuch Audit *familienfreundlichegemeinde*; Stand April 2011

Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Folder zum Audit familienfreundlichegemeinde; (http://www.familieundberuf.at/fileadmin/downloads/Gemeinden/2_Folder_familienfreundlichegemeinde_v.pdf); erhoben am 16. Dezember 2011

Burkart, Günter : Die Entscheidung zur Elternschaft - Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien ; Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, 1994
Burkhart, Günther: Familiensoziologie; UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2008

Diekmann, Andreas; Eichner Klaus; Schmidt, Peter; Voss Thomas: Rational Choice: Theoretische Analysen und empirische Resultate – Festschrift für Karl-Dieter Opp zum 70. Geburtstag; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008

Familie & Beruf Management GmbH: Über uns; <http://www.familieundberuf.at/UEberuns.227.0.html>, vom 13. November 2011

Familie & Beruf Management GmbH: Details zur neuen Aufgabenteilung; (<http://www.familieundberuf.at/Kooperation-mit-dem-Gemeindebund.275.0.html>), vom 13. November 2011

Familie & Beruf Management GmbH: Die Entstehung des Audits; (<http://www.familieundberuf.at/Entstehung-des-Audits.262.0.html>); vom 29. November 2011

Familie & Beruf Management GmbH: Audit *familienfreundliche Gemeinde*; (http://www.familieundberuf.at/fileadmin/user_upload/familienfreundlicheGemeinde/Audit_familienfreundlicheGemeinde_Kurzinfo.pdf), vom 29. November 2011

Familie & Beruf Management GmbH: Rahmenrichtlinie 2006 für das Audit *familienfreundliche Gemeinde*; (http://www.familieundberuf.at/fileadmin/downloads/Gemeinden/1_Richtlinie.pdf); erhoben am 2. Dezember 2011

Fortschrittsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundliche Gemeinde* der Gemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg; 2010

Kräenzl-Nagl, Renate; Lange, Andreas: „Sozialer Wandel: Auswirkungen und Herausforderungen für Familie; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf

Kunz, Volker; Drowe Ulrich [Hrsg.]: Rational choice in der Politikwissenschaft: Grundlagen und Anwendungen; Opladen: Leske + Budrich , 1994

Land Oberösterreich: Familienbericht 2000 des Landes Oberösterreich; (http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xblcr/SID-1385857B-56946119/ooe/Praes_FamBericht2000.pdf); erhoben am 29. November 2011

Lange, Andreas; Kräenzl-Nagl, Renate: „Familie im Spiegel öffentlicher Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse; Weinheim; Deutscher Studien Verlag; 2008

Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf

Österreichischer Gemeindebund: Zukunft ländliche Gemeinde – Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag 2006; RFG-Schriftenreihe 4b/2006; Manz-Verlag, 2006

Österreichischer Gemeindebund: Das Audit *familienfreundliche Gemeinde*; (<http://www.gemeindebund.gv.at/schwerpunkt.php?id=28&m=4&sm=19&PHPSESSID=7b9cbaecf68e8d84fcc73ea2dc3d115e>); erhoben am 2. Dezember 2011

Rotes Kreuz: Homepagetest zum Seniorenwohnheim in Hallwang; (<http://www.roteskreuz.at/sbg/pflege-betreuung/pflegeeinrichtungen/seniorenwohnhaeuser/seniorenwohnhaus-hallwang/>); erhoben am 3. Dezember 2011

Statistik Austria: Bevölkerungsstand, (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>), vom 9. Oktober 2011

Statistik Austria: Familien und Kinder in Familien nach dem Familientyp und Bundesländern 2001 – 2050, (http://www.statistik.at/web_de/static/familien_und_kinder_in_familien_nach_dem_familientyp_und_bundeslaendern_20_023536.pdf); erhoben am 9. Oktober 2011

Statistik Austria: Anzahl der Lebend- und Totgeborene seit 1871 (http://www.statistik.at/web_de/static/lebend- und totgeborene seit 1871_025423.pdf); erhoben am 9. Oktober 2011

Statistik Austria: Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlechtern 1960 bis 2009 (Angaben in Jahren), (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/demographie/043903.html); erhoben am 9. Oktober 2011

Statistik Austria: Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2011 bis 2075 laut Hauptzenario,

(http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_bevoelkerungsprognose_oesterreich_027308.pdf); erhoben am 9. Oktober 2011;

Statistik Austria: Wanderungen insgesamt; Resümee auf der Homepage vom 23. Oktober 2011

(http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_insgesamt/index.html);

Statistik Austria: Privathaushalt und Familien 1984 bis 2010, Tabelle;
(http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_privathaushalte_und_familien_040791.pdf); erhoben am 29. Oktober 2011

Statistik Austria: Einpersonenhaushalte 1971 bis 2001 nach Geschlecht, Familienstand und Altersgruppen; Tabelle;
(http://www.statistik.at/web_de/static/einpersonenhaushalte_1971_bis_2001_nach_geschlecht_familienstand_und_alter_023304.pdf) erhoben am 30. Oktober 2011

Statistik Austria: Kinder in Familien 1981 bis 2001 nach Familientyp und Kinderzahl in der Familie;

(http://www.statistik.at/web_de/static/kinder_in_familien_1981_bis_2001_nach_familientyp_und_kinderzahl_in_der_fa_023084.pdf), vom 11. November 2011

Statistik Austria: Schulen 2009/10 nach Gemeinden und Schultypen;
(http://www.statistik.at/web_de/static/schulen_200910_nach_gemeinden_und_schultypen_043305.xls); erhoben am 2. Dezember 2011

Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten;
(http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten;
(http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011

Statistik Austria: Bevölkerungsstand zu Quartalsbeginn seit 2002; Statistische Datenbank; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Statistik Austria: Ein Blick auf die Gemeinden; Einwohnerzahl und Komponenten der Bevölkerungsentwicklung 2002-2010; (<http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=80103>), erhoben am 11. Dezember 2011

Grundbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg, 2009

Fortschrittsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Deutsch Schützen-Eisenberg, 2011

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Gabersdorf; 2009

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Frankenmarkt; 2010

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Hallwang; 2010

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Kaumberg; 2011

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Moosburg; 2007

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Mühlbach am Hochkönig; 2010

Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde Weinburg am Saßbach; 2010

**Umsetzungsbericht im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde* der Gemeinde
Weissenburg an der Triesting; 2011**

Grafiknachweise

Grafik 1: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 40

Grafik 2: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 7

Grafik3: Münz, Rainer; Reiterer, Albert F.: „Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert“; In: 5. Familienbericht 1999-2009, Band I, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Beruf, S. 10

Grafik 4: Statistik Austria: Bevölkerung zum Jahresdurchschnitt 1952 bis 2075; Erhoben am 9. Oktober 2011

(<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstprog>)

Grafik 5: Statistik Austria: Bevölkerung nach Bundesländern bis 2011 nach absoluten Zahlen; Erhoben am 9. Oktober 2011

(<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstprog>)

Grafik 6: Statistik Austria: Familientypen in Österreich von 2001 bis 2050 in absoluten Zahlen; Erhoben am 9. Oktober 2011

(http://www.statistik.at/web_de/static/familien_und_kinder_in_familien_nach_dem_familientyp_und_bundeslaendern_20_023536.pdf)

Grafik 7: Statistik Austria: Familien insgesamt nach Bundesländern 2001 bis 2050 in absoluten Zahlen; Erhoben am 9. Oktober 2011

(http://www.statistik.at/web_de/static/familien_und_kinder_in_familien_nach_dem_familientyp_und_bundeslaendern_20_023536.pdf)

Grafik 8: Statistik Austria; Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlechtern 1960 bis 2009 (Angaben in Jahren), erhoben am 9. Oktober 2011;

(http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/demographie/043903.html)

Grafik 9: Statistik Austria: Vorausberechnete Bevölkerungsstruktur für Österreich 2011 bis 2075 laut Hauptscenario nach absoluten Zahlen,

(http://www.statistik.at/web_de/static/ergebnisse_im_ueberblick_bevoelkerungsprognose_oesterreich_027308.pdf); erhoben am 9. Oktober 2011;

Grafik 10: Statistik Austria: Wanderungssaldo 1961 bis 2010 nach Staatsangehörigkeit, erhoben am 23. Oktober 2011

(http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/b/documents/webobj/022725.gif)

Grafik 11: Statistik Austria: Internationale Zu- und Wegzüge nach Alter und Geschlecht 2010 in Promille, erhoben am 29. Oktober 2011

(http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/b/documents/webobj/022726.gif)

Grafik 12: Burkart, Günter : Die Entscheidung zur Elternschaft - Eine empirische Kritik von Individualisierungs- und Rational-Choice-Theorien ; Ferdinand Enke Verlag Stuttgart, 1994; S. 84

Grafik 13: Karte der ausgewählten Gemeinden, die sich im Audit *familienfreundliche Gemeinde* befinden; Quelle: Eigene Darstellung; Karte erstellt auf stepmap.de

Grafik 14: Bevölkerungsdichte berechnet auf die Dauersiedlungsraumfläche am 1.1.2011 nach Gemeinden; Quelle: Statistik Austria;

(http://www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerungsdichte_berechnet_auf_die_dauersiedlungsraumflaeche_am_1.1.2011_054285.pdf); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 15: Wanderungen 2010: Binnenwanderung nach Politischen Bezirken; Quelle: Statistik Austria;

(http://www.statistik.at/web_de/static/wanderungen_2010_binnenwanderungen_nach_politischen_bezirken_026375.pdf); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 16: EinwohnerInnen seit 2002 in Moosburg; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 17: EinwohnerInnen seit 2002 in Kaumberg; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 18: Binnenwanderungsbilanz in Kaumberg 2002-2010; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 19: EinwohnerInnen seit 2002 in Weissenbach an der Triesting; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 20: EinwohnerInnen seit 2002 in Frankenmarkt; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 21: Binnenwanderungsbilanz in Frankenmarkt 2002-2010; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 22: EinwohnerInnen seit 2002 in Hallwang; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 23: EinwohnerInnen seit 2002 in Mühlbach am Hochkönig; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 24: Binnenwanderungsbilanz in Mühlbach am Hochkönig 2002-2010; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 25: EinwohnerInnen seit 2002 in Gabersdorf; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 26: EinwohnerInnen seit 2002 in Weinburg am Saßbach; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 27: EinwohnerInnen seit 2002 in Bludenz; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>); erhoben am 3. Dezember 2011

Grafik 28: Binnenwanderungsbilanz in Bludenz 2002-2010; Quelle: Statistik Austria; Grafik: Eigene Darstellung; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 3. Dezember 2011

Bildnachweis

Bild 1: Statistik Austria: Bevölkerungspyramide am 1.1.2011 nach Staatsangehörigkeit Österreich (Bildquelle: Statistik Austria),
(http://www.statistik.at/web_de/wcmsprod/groups/b/documents/webobj/023106.gif) ; erhoben am 9.Oktobe 2011

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Größe der österreichischen Gemeinden; Quelle: Österreichischer Gemeindebund; (<http://www.gemeindebund.gv.at/content.php?m=2&sm=5>); Stand 2. Dezember 2012

Tabelle 2: Gemeinden im Audit *familienfreundliche Gemeinde* im Vergleich zur Gesamtzahl der Gemeinden pro Bundesland; Eigene Darstellung; Quelle: Österreichischer Gemeindebund (<http://www.gemeindebund.gv.at/content.php?m=2&sm=5&PHPSESSID=2c3cfdcbe04f81145d7e0e4589042de6> und <http://www.gemeindebund.gv.at/schwerpunkt.php?id=28&m=4&sm=19#Statistik%20aktuell>) ; Stand: 16. Dezember 2012

Tabelle 3: Ausgewählte Gemeinden nach Bundesland und Stand im Auditprozess; Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 4: Ergebnis des Bereichs „BürgerInnen“; Quelle: Eigene Analyse; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabelle 5: Ergebnis des Bereichs „Verbesserungen“; Quelle: Eigene Analyse; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabelle 6: Ergebnis des Bereichs „Demografie“; Quelle: Eigene Analyse; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabelle 7: Ergebnis des Bereichs „Demografie“; Quelle: Eigene Analyse; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabelle 8: Ergebnis des Bereichs „Evaluierung des IST-Zustands“; Quelle: Eigene Analyse; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabelle 9: Überblick über die zugeordneten Maßnahmen der zehn ausgewählten Gemeinden; Quelle: Eigene Analyse der Evaluationsberichte der zehn ausgewählten Gemeinden; Tabelle: Eigene Darstellung

Tabelle 10: Auswertung der Fragen 2-7; Quelle: Eigene Analyse der Fragebögen, die an zehn Gemeinden ausgeteilt wurden, von denen neun fast vollständig ausgefüllt wurden; Tabelle: Eigene Darstellung;

Tabelle 11: Antworten auf die Fragen nach Zuzug und einem Mehr an Familien; Quelle: Eigene Analyse der Fragebögen, die an zehn Gemeinden ausgeteilt wurden, von denen neun fast vollständig ausgefüllt wurden; Tabelle: Eigene Darstellung;

Verzeichnis des Anhangs

Anhangtabellen:

Tabelle zur Erhebung des IST-Zustands einer Gemeinde, Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Beruf und Management GmbH, Österreichischer Gemeindebund: Handbuch Audit *familienfreundlichegemeinde*; Stand April 2011

Übersicht über die Einwohnerzahl der ausgewählten Gemeinden 2002 (4.Quartal) bis 2011 (1. Quartal); Quelle: Statistik Austria: Bevölkerungsstand zu Quartalsbeginn seit 2002; Statistische Datenbank;
[\(<http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand>\)](http://sdb.statistik.at/superwebguest/login.do?guest=guest&db=debevstand); erhoben am 3. Dezember 2011; Eigene Darstellung

Binnenwanderung 2002 bis 2010 der ausgewählten Gemeinden (Zahlen je 1.000 EinwohnerInnen); Quelle: Statistik Austria: Binnenwanderung nach Gemeinden 2002-2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/050595.html); erhoben am 2. Dezember 2011; Eigene Darstellung

Bevölkerung der ausgewählten Gemeinden nach Alter 2010 (in Prozent und absoluten Zahlen); Quelle: Statistik Austria: Bevölkerung nach Alter 2010; Interaktive Karten; (http://www.statistik.at/web_de/interaktive_karten/049395.html); erhoben am 2. Dezember 2011, Eigene Darstellung

Ergebnis des Bereichs „Politik“; Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Eigene Darstellun

Ergebnis des Bereichs „Öffentlichkeitsarbeit“; Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Ergebnis des Bereichs „Audit *familienfreundlichegemeinde*“; Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Ergebnis des Bereichs „Nachhaltigkeit“; Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Ergebnis des Bereichs „Finanzen“; Quelle: Eigene Analyse der Booklets zur Zertifikatsverleihung der Jahre 2009-2011; Tabelle: Eigene Darstellung

Gegenüberstellung Zahl der Hauptwohnsitze und Geburten seit den Grundzertifikat pro ausgewählter Gemeinde seit dem Grundzertifikat im Rahmen des Audit *familienfreundlichegemeinde*; Quelle: Eigene Angaben der Gemeinden

Fragebogen zur Diplomarbeit über das Audit *familienfreundlichegemeinde*; verschickt im Oktober 2011

Gemeindehomepages

Bludenz: <http://www.bludenz.at/>

Deutsch Schützen-Eisenberg: <http://www.eisenberg.at/>

Frankenmarkt: <http://www.frankenmarkt.eu/home.html>

Gabersdorf: <http://www.gabersdorf.gv.at/>

Hallwang: <http://www.hallwang.at>

Kaumberg: <http://www.kaumberg.at>

Moosburg: <http://www.moosburg-gv.at>

Mühlbach am Hochkönig: <http://www.muehlbach.salzburg.at/system/web/default.aspx>

Weinburg am Saßbach: <http://www.weinburg-sassbach.at/>

Weissenbach an der Triesting: <http://www.weissenbach-triesting.at/system/web/default.aspx>

Abstract

Die Entwicklung der Bevölkerung einer Gemeinde hängt unmittelbar mit der Entwicklung der Gemeinde als Ganzes zusammen, denn nicht nur die Ertragsanteile, durch die sich die Gemeinden neben den Erträgen aus den eigenen Steuereinnahmen wesentlich finanzieren und die pro EinwohnerIn berechnet werden, sondern auch die Altersstruktur entscheiden über die positive oder eine negative Zukunft einer Gemeinde. Gerade junge Menschen stellen für Gemeinden einen sehr wichtigen, auf längere Zeit an die Gemeinde gebundenen Bestandteil dar, wenn sie sich entscheiden, Kinder zu bekommen, da auf deren Leistung, sowohl in Hinblick auf die Wirtschaft, als auch auf sonstige Beiträge zur Gemeinschaft einer Gemeinde wie gesellschaftliches Engagement im Rahmen von Freiwilligenarbeit, gezählt werden kann. Eingebettet in die allgemeine demografische Entwicklung, die durch weniger Geburten, hohe Scheidungsrraten, neue Formen der Familien und eine immer älter werdende Gesellschaft geprägt ist, ist es für Gemeinden immer schwieriger geworden, durch junge EinwohnerInnen, die eigene Zukunft zu sichern. Hier kann ein Standortvorteil helfen, attraktiv für neue EinwohnerInnen zu sein. Für Gemeinden gibt es eine Fülle an Programmen, die eine Standortverbesserung versprechen. Das Audit *familienfreundlichegemeinde*, das vom Familienministerium ins Leben gerufen wurde, und seit 2009 vom Österreichischen Gemeindebund unterstützt wird, verspricht nicht nur mehr BürgerInnenbeteiligung, sondern auch eine positive Entwicklung der Gemeinde hin zu mehr EinwohnerInnen. Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurden ausgewählte Gemeinden, die diesen Prozess bereits abgeschlossen haben, näher untersucht, um herauszufinden, inwiefern sich diese durch die Maßnahmen, die sie im Rahmen des Audit gesetzt haben, in der Bevölkerungszahl und der Geburtenzahl verändert haben. Dabei wurde auch die persönliche Einschätzung der an dem Prozess wesentlich beteiligten Personen wie BürgermeisterInnen einbezogen. Die Rational Choice-Theorie bildet die theoretische Grundlage, anhand derer die Analyse von Motiven, Maßnahmen und Fragebögen vorgenommen wurde.

Die Ergebnisse der Analyse zeigten, dass Gemeinden höchst unterschiedliche Beweggründe haben, beim Audit mitzumachen. Dabei muss nicht unbedingt die Demografie oder einen Standortvorteil zu gewinnen, im Vordergrund stehen. Vielmehr kristallisierte sich im Laufe der Analyse heraus, dass Gemeinden sich dieser Möglichkeiten erst im Laufe des Prozesses bewusst werden. Umso bewusster sich die handelnden Personen ihrer Ziele waren und umso konsequenter sie sie verfolgt haben, umso deutlicher zeigten diese Bemühungen auch positive

Ergebnisse. Zusätzlich gibt die Bürgerbeteiligung dem Prozess eine Bedarfsorientierung und sichert die Akzeptanz der Maßnahmen.

Das Audit *familienfreundliche Gemeinde* bietet einen strukturierten, von professionellen BetreuerInnen begleiteten Prozess, sich als Gemeinde diesen neuen Anforderungen zu stellen. Es wird keine Patentlösung für alle Gemeinden angeboten, sondern jede Gemeinde wird durch die individuelle Begleitung dazu angeleitet, sich unter Einbeziehung der Bevölkerung der lokalen Probleme bewusst zu werden, die Politik und die Bevölkerung für die Lage zu sensibilisieren und gemeinsam Lösungen zu finden.

Abstract (English)

The structure of the inhabitants is a very important factor for the development of the whole municipality.

The income of an Austrian municipality is composed of its own taxes and the profit share of the public taxes. The profit share is divided between the municipalities after considering different aspects – one is the count of the population. That's why the number of inhabitants influences the development of the municipality greatly. Furthermore especially young people are a very important part of the community. When young people decide to get children, they are normally bound to a location for a far longer period. Municipalities need to make a livable infrastructure, like jobs, child care, education, places to settle and much more, for all inhabitants available. Demographic changes – less younger and more older people – make it more difficult for municipalities to survive in the future. To remain a steady population count, they need to gain advantages over other municipalities.

Many programs try to support municipalities gaining a locational advantage over others. One of those is the “familyfriendlycommunity” which is a governmental program. Since 2009 it is supported by the Austrian Association of Municipalities. This program promises not only better public participation, but also a positive development of the civic structure.

To review the change really done by the “familyfriendlycommunity” several municipalities, which have finished the process, have been observed. Important factors for the analysis were population growth, birth rate and also the personal review of the acting people, often the mayors. The basic concept for analysing the theses is the rational choice theory.

The results make clear that municipalities are driven by different motivations by participating in the “familyfriendlycommunity”. Surprisingly in the beginning population growth or getting advantages are not the main reasons to take part. This leads to the assumption that municipalities are not aware of their full possibilities when entering this program, but later they recognize that they can achieve much more than they thought. Generally municipalities are more successful when they consequently follow concrete goals, as for example getting more inhabitants.

Why is the process so successful? The main reason is that the participants of the “familyfriendlycommunity” are individually supported by facilitators and the municipalities have the opportunity to become aware of the existing measures and to achieve goals for the future together with the people.

LEBENSLAUF

Persönliche Daten:

Name: Carina Rumpold
Geburtsdatum: 11. 3. 1985
Staatsbürgerschaft: Österreich
Familienstand: ledig

Schulbildung: 1995 – 2003 BG und BRG Gmünd

2003 – Reifeprüfung

Oktober 2003 – Beginn des Studiums der Politikwissenschaft an der Universität Wien – Abschluss des zweiten Studienabschnitts Wintersemester 2009/10 (Schwerpunkte: Internationale Politik, Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung)

2006 – Studium der Sprache Spanisch an der Fakultät für Romanische Sprachen

Beruflicher Werdegang:

- Seit Oktober 2010 Presseabteilung beim Österreichischen Gemeindebund
- August – Oktober 2010 Stabsabteilung Presse der Wirtschaftskammer Österreich
- Februar-August 2010 Praktikum in der Parlamentsdirektion beim Relaunch der Parlaments-Homepage
- Dezember 2009 – Jänner 2010 Volontariat beim Österreichischen Gemeindebund
- Juli 2009 Praktikum in der Stabsabteilung Presse der Wirtschaftskammer Österreich
- Juli 2008-Juni 2009 freie Journalistin bei den Niederösterreichischen Nachrichten – Bezirksstelle Gmünd
- Februar 2007 Praktikum bei den Niederösterreichischen Nachrichten
- Mitarbeit bei der Studienrichtungszeitung „Politix“ seit Oktober 2003

Fremdsprachen:

- Englisch (sicher in Wort und Schrift)
- Französisch (Grundkenntnisse),
- Spanisch (auf Maturaniveau)